



Plenarprotokoll

27. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 22. März 2001

Gemeinsame Beratung

a) **Regierungserklärung zur Situation nach BSE - Bericht über Kontrollstatus und Lösungen**

1961

b) **Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen in Schleswig-Holstein**.....

1961

Landtagsbeschluss vom 24. Januar 2001
Drucksache 15/646
Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/832

c) **Vorsorgemaßnahmen zur Verhinderung weiterer BSE-Erkrankungen und zur Erforschung der Verbreitungswege von TSE-Erkrankungen**.....

1961

Landtagsbeschluss vom 22. Februar 2001
Drucksache 15/720

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/830

d) **Neugliederung des Verbraucherschutzes**.....

1962

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/841

Heide Simonis, Ministerpräsidentin..... 1962

Martin Kayenburg [CDU] 1969

Lothar Hay [SPD] 1972

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . 1975, 2001

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]..... 1980, 2002

Lars Harms [SSW] 1984

Klaus Müller, Minister für Umwelt,

Natur und Forsten 1988

Claus Ehlers [CDU]	1991	Konsequenzen aus dem Auftreten von BSE	2012
Friedrich-Carl Wodarz [SPD]	1993		
Peter Jensen-Nissen [CDU]	1996	Landtagsbeschluss vom 21. Februar 2001	
Maren Kruse [SPD]	1998	Drucksache 15/717	
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	1999	Bericht der Landesregierung	
		Drucksache 15/831	
Beschluss: 1. Überweisung des Berichts der Landesregierung 15/832 an den Umweltausschuss, den Agrarausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	2012
2. Überweisung des Berichts der Landesregierung 15/830 an den Agrarausschuss, den Umweltausschuss und Sozialausschuss zur abschließenden Beratung	2004	Werner Kalinka [CDU]	2014
		Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]	2015
		Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	2016
		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	2017
		Lars Harms [SSW]	2018
		Beschluss: Beratung abgeschlossen	2019
Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“	2004	Bundesforschungsprogramm zur grünen Gentechnik	2019
Antrag der Fraktion der CDU		Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 15/653		Drucksache 15/736	
Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses		Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	2019, 2027
Drucksache 15/789		Dr. Henning Höppner [SPD]	2021
Antrag der Fraktion der CDU		Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]	2022
Drucksache 15/842		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	2023
Claus Hopp [CDU], Berichterstatter	2004	Lars Harms [SSW]	2024
Ursula Kähler [SPD], zur		Klaus Müller, Minister für Umwelt,	
Geschäftsordnung	2005	Natur und Forsten	2025
		Jürgen Weber [SPD]	2028
Beschluss: Annahme der Beschlussempfehlung Drucksache 15/789		Beschluss: Ablehnung	2028
Bericht der Landesregierung		Tätigkeitsbericht des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2000	2028
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	2005	Bericht des Eingabenausschusses	
Claus Hopp [CDU]	2006	Drucksache 15/685	
Maren Kruse [SPD]	2008	Gerhard Poppendiecker [SPD],	
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]	2009	Berichterstatter	2028
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	2010	Beschluss: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung	2029
Lars Harms [SSW]	2011		
Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung....	2012	Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald	2029
Gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung zur BSE-Problematik/neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit sowie gesundheitspolitische		Antrag der Fraktion der F.D.P.	
		Drucksache 15/802	
		Joachim Behm [F.D.P.]	2029
		Rolf Fischer [SPD]	2031, 2037
		Peter Lehnert [CDU]	2032

Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2033
Anke Spoorendonk [SSW].....	2034, 2036
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	2035
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2037
Beschluss: Ablehnung.....	2038
Schaustellergewerbe fördern	2038
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/807	
Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. Drucksache 15/839	
Klaus-Dieter Müller [SPD]	2038
Hans-Jörn Arp [CDU].....	2039
Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	2041
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2042
Silke Hinrichsen [SSW]	2043
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	2045
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	2045

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen schönen guten Morgen und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, damit wir in die Beratungen eintreten können. Ich darf zunächst auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Realschule Tarp begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Außerdem begrüße ich Damen und Herren der Gemeindevertretung Kuddewörde mit unserem früheren Landtagskollegen Dr. Jürgen Hinz. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich darf weiter mitteilen, dass nach Angaben der Fraktionen Frau Abgeordnete Dr. Christel Aschmoneit-Lücke beurlaubt ist, ebenso der Herr Abgeordnete Günter Neugebauer.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh!)

- Bedauern des gesamten Hauses.

(Heiterkeit)

Erkrankt sind der Herr Abgeordnete Thomas Rother von der SPD-Fraktion und der Herr Abgeordnete Berndt Steincke von der CDU-Fraktion.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 28 und 30 sowie dazu den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/841, auf:

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung zur Situation nach BSE - Bericht über Kontrollstatus und Lösungen

b) Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 24. Januar 2001

Drucksache 15/646

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/832

c) Vorsorgemaßnahmen zur Verhinderung weiterer BSE-Erkrankungen und zur Erforschung der Verbreitungswege von TSE-Erkrankungen

Landtagsbeschluss vom 22. Februar 2001

Drucksache 15/720

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/830

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

d) Neugliederung des Verbraucherschutzes

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/841

Ich erteile jetzt zur Regierungserklärung der Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter Kollegen und Nachbarn, im Familien- und Freundeskreis drehen sich in diesen Wochen viele Gespräche um die Rinderkrankheit BSE, um die Gefahren einer Übertragung auf den Menschen, um verseuchte Lebensmittel und Möglichkeiten, eine weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern. Nach BSE gibt es jetzt auch noch die Maul- und Klauenseuche. Nach gegenwärtigem Wissensstand ist sie für Menschen nicht gefährlich; für die Landwirte jedoch, deren Viehbestände betroffen sind, ist sie eine schlimme Bedrohung. Noch hat sich Gott sei Dank kein Verdachtsfall in Deutschland bestätigt, doch die Gefahr einer weiteren Ausbreitung ist unverändert hoch.

Die Probleme, die mit der BSE-Krise und dem Ausbruch der **Maul- und Klauenseuche** offenkundig geworden sind, werden uns wohl noch sehr lange beschäftigen. Immer wieder wurden wir in der Vergangenheit von Lebensmittelskandalen aufgeschreckt und sind viel zu früh und manchmal wohl auch zu leichtfertig wieder zur Tagesordnung übergegangen. Das sollte uns dieses Mal nicht wieder passieren. Die Frage muss lauten: Wie bewältigen wir die Krise? Auf diese Frage wollen die Menschen von uns eine glaubwürdige Antwort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über Korrekturen in der Landwirtschaft und in der Ernährungswirtschaft sowie in der Agrarpolitik nachdenken, möchte ich dies nicht nur auf die Fleischproduktion und deren Vermarktung beschränkt wissen. Unsere gemeinsame Perspektive sollte es sein, die **Lebensmittelproduktion** als Ganzes sicherer zu machen, den Umwelt- und Tierschutz stärker zu beachten und den Gedanken einer gesunden Ernährung in den Vordergrund zu stellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Umgang mit BSE in den vergangenen 15 Jahren ist ein trauriges Beispiel dafür, wie dringend notwendig und längst überfällig die viel beschworene Agrarwende ist.

1986 nahm die Öffentlichkeit in Großbritannien und in Europa zum ersten Mal die Meldungen über die so genannte Mad Cows Disease zur Kenntnis. Britische Forscher gaben ihr den Namen Bovine Spongiforme

Enzephalopathie, BSE. 2000, 14 Jahre später, erlässt die Europäische Kommission ein zunächst auf sechs Monate beschränktes totales **Verfütterungsverbot** für Tiermehl, um so den wahrscheinlichsten Infektionsweg der Krankheit auszuschließen.

Zwischen diesen beiden Daten liegt eine ganze Kette von Irrtümern, Manipulationen, gut gemeinten Absichten und mangelnden Kontrollen. Der Schutz von Mensch und Tier vor BSE muss stets gegen den Widerstand von nationalen Regierungen und Lobbyisten durchgesetzt werden. Fahrlässig und zum Teil mit krimineller Energie wurden Bestimmungen ignoriert oder umgangen. Dabei ist nur an den Einsatz verbotener Hormone in der Kälbermast oder Antibiotika im Tierfutter zu denken. Schon die Sprache ist hier verärrerisch: Man spricht von „Leistungsförderern“ und meint Antibiotika, die für den Menschen zum Teil schon gar nicht mehr zugelassen sind. Immer wieder blockierten Mitgliedstaaten Maßnahmen der EU, die die Verbreitung der Krankheit eindämmen und BSE bekämpfen sollten. Auch die deutschen Regierungen machten in diesem Spiel leider keine Ausnahme.

Es ist sicherlich kein Trost, aber diese Haltung ist keine spezifisch deutsche Angelegenheit. War es nicht ein Deutscher, so stand ein Brite, Franzose oder Portugiese auf der Bremse. Die Geschichte von BSE ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die gemeinsame europäische Argragpolitik.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erst zum 1. Oktober 2000 wurde das Risikomaterial aus der Lebensmittelproduktion verbannt. Das war mindestens drei Jahre zu spät. Zu lange hatten sich Politiker darauf verlassen, ihr Land sei frei von der Krankheit. So verzichtete Deutschland lange auf BSE-Massentests für Rinder. Auch das entspricht der Haltung: Was nicht sein kann, das nicht sein darf!

Diese kurzsichtige Politik ist spätestens seit dem 24. November 2000 vorbei. Sie ist endgültig gescheitert, als die erste in Deutschland geborene, mit BSE infizierte Kuh in Schleswig-Holstein nach einem freiwilligen Test bekannt wurde. Seitdem hat sich die Situation vor allem für unsere Landwirte dramatisch verändert. Der **Rindfleischmarkt** ist Ende vergangenen Jahres eingebrochen und erholt sich nur sehr langsam. In der Fleisch und Milch verarbeitenden Industrie arbeiten in Schleswig-Holstein ungefähr 5.300 Menschen, die einen Umsatz von 3,5 Milliarden DM erwirtschaften. Schlachthöfe und verarbeitende Betriebe haben als Konsequenz aus der BSE-Krise Kurzarbeit angemeldet. Rund 1.300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind davon betroffen und ein Ende ist nicht abzusehen.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher reagieren äußerst sensibel auf jede neue Meldung. Unsicherheit und Misstrauen gegenüber der Kennzeichnung von Lebensmitteln sitzen tief und jeder Fall, der in der Zeitung genannt wird, macht dieses Misstrauen noch tiefer. Wer kann denn noch verstehen, warum eine Wildschweinbrust nur zu 5 % aus Wildschwein bestehen muss und weswegen es erlaubt ist, Kalbsleberwurst ganz ohne Kalbfleisch herzustellen oder zu verkaufen? Hier wurden in Brüssel eindeutig die falschen Signale gesetzt. Es wurde zu wenig Gewicht auf den Verbraucherschutz gelegt und zu wenig Transparenz gewährt. **Massenproduktion** kam vor Qualität.

Wir werden versuchen, über die Bundesregierung unseren ganzen Einfluss geltend zu machen, um diese Fehlentwicklungen zu korrigieren. Wir wollen in Schleswig-Holstein aber nicht darauf warten, bis andere ihre Entscheidung treffen. Was wir auf unserer Ebene anstoßen und umsetzen können, das tun wir jetzt.

Erstens. Wir haben die Bürgerinnen und Bürger nach dem 24. November in einem beispiellosen Kraftakt informiert. Rund um die Uhr standen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit, die zum Teil gar nicht das Fachwissen hatten und sich dieses in Schnellkursen angeeignet haben, um somit zumindest die dringendsten Fragen der Menschen beantworten zu können. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei der Polizei und anderen Fachkräften bedanken, die sich dafür zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Zweitens. In den kommenden vier Jahren stellen wir zur Finanzierung der BSE-Folgekosten rund 30 Millionen DM in den Haushalt ein. Darüber hinaus werden wir uns weiter dafür stark machen, dass sich die Bundesregierung stärker als bisher geplant an den Kosten beteiligt.

Drittens. Am 2. Februar hatte ich alle betroffenen Gruppen zu einem runden Tisch zum Thema BSE nach Kiel eingeladen. Ich will auch weiterhin externen Sachverstand einbinden und die Erkenntnisse und Kompetenzen, die wir in Schleswig-Holstein haben, nutzen.

Viertens. Die Landesregierung hat unverzüglich dafür gesorgt, dass die Kapazitäten für BSE-Tests in staatlichen und privaten Labors erheblich erweitert wurden.

Fünftens. Das Arbeits- und Gesundheitsministerium berät und kontrolliert seit Dezember regelmäßig Schlachthöfe, Fleischereien und Tierkörperbeseitigungsanstalten, um den Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten.

Nach dem Krisenmanagement der ersten Wochen haben wir in Schleswig-Holstein einen Prozess in Gang gesetzt, bei dem es um deutliche Kurskorrekturen in der Landwirtschaft und in der Agrarpolitik geht. BSE war dabei der Auslöser. Jetzt geht es darum, wie bei uns in Deutschland und in Europa in Zukunft Lebensmittel produziert werden sollen. Für viele Menschen ist die aktuelle Krise ein heilsamer Schock. Ohne sie wäre die aktuelle Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung gar nicht erst auf die Tagesordnung der Politik gekommen. Ich bezweifle, ob Sie vor zwei oder drei Jahren ein Interesse daran gehabt hätten, wenn ich Ihnen die gleiche Regierungserklärung gegeben hätte wie heute.

(Holger Astrup [SPD]: Wohl war!)

Dennoch hatten wir in den vergangenen Jahrzehnten Hinweise genug, doch die wurden immer wieder ignoriert. BSE führt uns jetzt drastisch vor Augen, dass es ein schlichtes „Weiter so!“ nicht mehr geben darf. Vielleicht werden jetzt auch Verbandsvertreter Forderungen nach mehr Sicherheit für die Verbraucher nicht mehr als Panikmache abtun. So hat mir der Präsident des Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, noch am 24. November vergangenen Jahres - das war der Tag, an dem bei uns der erste Fall bekannt wurde - geschrieben, ich solle die „großen Anstrengungen der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft im Sinne eines vorbeugenden Verbraucher- und Gesundheitsschutzes nicht durch überzogene Reaktionen gefährden“.

Ich hatte nur darauf hingewiesen, dass Tiermehl nicht mehr in Tierfutter verfüttert werden sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir Ihnen heute einen Bericht zur Bekämpfung der BSE-Krise und zu Perspektiven für die Landwirtschaft vorlegen, setzen wir ganz bewusst ein Zeichen für Transparenz im Umgang mit der Öffentlichkeit, dem Parlament, den Medien und den Bürgerinnen und Bürgern. Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört es aber auch, eigene Fehler und Versäumnisse zuzugeben, nachzudenken und die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Seit Januar haben unter der Leitung der Staatskanzlei zwei ressortübergreifende Arbeitsgruppen getagt. Sie haben den Ist-Zustand der Verwaltung und der Kontrollen im Agrarbereich beschrieben. Darüber hinaus entwickeln wir jetzt einen Weg für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft und Ernährungsindustrie nach BSE. Es liegen Ihnen die Berichte der Landesregierung zu den Lebensmittel- und Futterkontrollen und zu den Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weite-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

rer BSE-Erkrankungen in schriftlicher Form vor. Viele Ihrer Schlussfolgerungen sind Teil dieser Regierungserklärung. Ich werde daher nicht gesondert auf die beiden Tagesordnungspunkte 28 und 30 eingehen, die später noch beraten werden.

Schleswig-Holstein ist von der gegenwärtigen Krise besonders betroffen, weil Landwirtschaft und Ernährungsindustrie für unser Land bedeutende Wirtschaftszweige sind. So erzielte die **Ernährungswirtschaft** im Jahre 1998 einen Umsatz von 9,5 Milliarden DM. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung betrug im selben Jahr 3,3 %. Im Bundesdurchschnitt waren es nur 1,4 %. 70 % der **Landesfläche** werden landwirtschaftlich genutzt. In den alten Bundesländern sind es durchschnittlich 56 %. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Ersten sein, die Konsequenzen ziehen, um allen Beteiligten wieder eine sichere Zukunft zu garantieren.

Gemeinsam mit Vertretern der Land- und Ernährungswirtschaft, der Verbraucherschützer und der Wissenschaft wollen wir zügig neue Wege in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelproduktion gehen. In unserem eigenen Bereich, für den wir verantwortlich sind, stellen wir dafür schon jetzt die entscheidenden Weichen. Kein anderes Land ist in der Aufarbeitung der Vergangenheit so weit wie wir. Keines nennt so offen seine Fehler. Erstmals legt eine Landesregierung eine so umfangreiche Analyse und Handlungsalternativen vor.

Wenn man sich auf eine Bestandsaufnahme einlässt, birgt das natürlich immer die Gefahr, auf unerfreuliche Erkenntnisse zu stoßen. Man findet Versäumnisse und bürokratische Hindernisse, die effektive **Kontrollen** von Futtermittel, Tierarztpraxen, Bauernhöfen und Schlacht- und Zerlegebetrieben erschweren. Für mich gibt es zu diesem Schritt jedoch keine Alternative. Wir müssen aus Fehlern lernen und überzeugende Ideen für ein Umsteuern in der Landwirtschaft formulieren. Wir müssen die Fehler erst kennen, bevor wir umsteuern können. So - und nur so - können wir das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgewinnen.

Auch in Schleswig-Holstein wurden die Bedrohungen durch BSE nicht ernst genug genommen. Wir alle haben uns viel zu lange in Sicherheit - und zwar in falscher Sicherheit - gewiegt. Wir haben uns darauf verlassen, dass die Produzenten in ihrem eigenen Interesse das Vertrauen ihrer Konsumenten nicht aufs Spiel setzen. Die Mengen an EU-Richtlinien, die jeden Tag auf unseren Schreibtischen landen, haben uns eine Sicherheit vorgegaukelt, die es nicht gibt.

Auf nationaler und auf Landesebene ist es nicht gelungen, die Signale der EU für Produktion von Masse und

Rationalisierungen in den Betrieben mit der vorgeschriebenen Kontrolldichte auf einen Nenner zu bringen. Doch die Rechenformel „mehr Kontrolle gleich weniger Seuchengefahr“ ging auch nicht auf. Ich darf Ihnen jetzt Analysen der Arbeitsgruppe vortragen.

Kontrollen des Tierfutters in den Betrieben fanden in den vergangenen Jahren nicht statt. Bei den Kontrollen von Futterhändlern gab es ein krasses Missverhältnis zum Bundesdurchschnitt. Im Rahmen des Fleischhygienerechts wurden für den EU-Handel zugelassene Schlacht- und Zerlegebetriebe nur zum Zeitpunkt der Zulassung kontrolliert. Die nach unserem eigenen Maßstab notwendige jährliche Prüfung der bereits zugelassenen Betriebe wurde nicht durchgeführt. Die Verarbeitung von Rinderteielen zu Arzneimitteln und Medizinprodukten wurde nur sehr unzureichend kontrolliert. Nur jeder vierte Hersteller, jedes vierte pharmazeutische Unternehmen und 40 % der Apotheken wurden in den vergangenen Jahren untersucht. Auch der Landesrechnungshof spricht in diesem Zusammenhang von einem erheblichen Arbeitsrückstand.

Die Vorgabe, Hersteller und Großhändler von Tierarzneimitteln im Zweijahresrhythmus zu kontrollieren, wurde nur knapp zu einem Fünftel und oft nicht mit einheitlichen Verfahren erfüllt. Bei den Tierarzneimittelkontrollen kommt hinzu, dass es nach wie vor erlaubt ist, dem Tierfutter eigene Antibiotika beizumischen, die nicht eine Krankheit heilen, sondern als Leistungsförderer eingesetzt werden. Bei Menschen können sie so zu Medikamentenresistenzen führen. Die so genannten Autobahntierärzte mit ihren verbotenen Medikamentencocktails tun das Ihre noch dazu.

Wenn das Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt Ordnungswidrigkeiten festgestellt oder Strafanzeige erstattet hat, wurden die Verfahren von der Staatsanwaltschaft häufig eingestellt oder gegen ein Bußgeld zu Ende gebracht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Verstöße gegen das **Arzneimittelrecht** in Zukunft nicht mehr als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat geahndet werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Außerdem setzen wir auf spezielle Schulungen für Polizeidienststellen und Staatsanwälte.

Es gibt keinen Zweifel: Das sind erschreckende Erkenntnisse. Sie alle haben allerdings BSE nicht aufgelöst. Sie zeigen aber, wie groß die Diskrepanz zwischen den Kontrollvorschriften und den tatsächlichen Überprüfungen war. Wir müssen aber auch ehrlich sein, wenn wir uns vorstellen, was ein punktgenaues Erfüllen all dieser Bestimmungen bedeuten würde. Wir haben in Schleswig-Holstein gut 12.000 Rinder-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

halter. Dazu kommen noch 4.000 Halter von Schweinen, Schafen und anderen Tieren. Wenn jeder dieser Betriebe einmal im Jahre kontrolliert würde, dann können Sie sich leicht ausrechnen, wie viele neue Stellen wir hätten schaffen müssen. Die Vorstellung, zu Ihnen zu kommen und zu sagen, 2.000 Kontrolleure scheinen uns gerechtfertigt zu sein, hätte bei Ihnen sicherlich einen Lachkoller ausgelöst. Vor einem oder zwei Jahren hätten Sie uns dies nicht bewilligt.

(Unruhe)

Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie uns das nicht bewilligt hätten, auch wenn jetzt Widerspruch aus Ihren Reihen kommt.

Eines ist mir auch klar: Die Lösung kann nicht lauten, alle vorhandenen Defizite durch Personalzuwachs zu beheben. Das hieße nämlich letztlich, alles beim Alten zu lassen; denn an den Mechanismen der Nahrungsmittelherstellung würde sich damit nichts ändern. Letztlich wäre es eine vordergründige Reaktion, mit der wir die Chance vergeben würden, auf Fehlentwicklungen in der Landwirtschaftspolitik mit intelligenten, zukunftsweisenden Konzepten zu reagieren.

Wir wollen gemeinsam mit den Futtermittelherstellern, der Landwirtschaft, der Ernährungsindustrie, den Verbraucherverbänden und dem Einzelhandel die Weichen in Richtung Zukunft stellen. Es geht uns um eine grundlegende Kurskorrektur zum Beispiel bei der Lebensmittelsicherheit und beim Verbraucher- und Gesundheitsschutz, beim Ausbau des ökologischen Landbaus und bei der Vermarktung ökologischer Erzeugnisse. Es geht um alternative Einkommensperspektiven für Landwirte und um den Umwelt- und den Tierschutz.

Unser Ziel ist es, die Qualität und die Sicherheit der **Lebensmittel** zu gewährleisten. Wir müssen Gefahren für die Gesundheit ausschließen. Wir wollen den Verbraucherinnen und Verbrauchern den Wert qualitativ hochwertiger Nahrung vermitteln.

Günstig zu verkaufen und einzukaufen, das war die Devise für den Handel und für die Verbraucher. Gesunde Lebensmittel und eine ausgewogene Ernährung müssen jedoch mindestens genauso wichtig sein wie billiges Einkaufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Anna Schlosser-Keichel [SPD])

Welche Folgen ein falsches Ernährungs- und Konsumverhalten hat, muss deutlicher betont und schon den Kindern und Jugendlichen beigebracht werden. In diesem Sinne leistet ein **gesundheitlicher Verbraucherschutz** einen wichtigen Beitrag, um die immensen

Kosten, die ernährungsbedingte Krankheiten verursachen, deutlich zu verringern.

Politik und Staat müssen außerdem beweisen, dass sie die Verbraucherinnen und Verbraucher ernst nehmen, und zwar ebenso ernst wie die Landwirte, die Produzenten und die Händler in der Nahrungsmittelindustrie.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben Sie das bisher nicht getan?)

Wenn ein Fehler entdeckt wird, muss die Öffentlichkeit umfassend informiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger reagieren in der gegenwärtigen Situation auch deshalb so misstrauisch und erbost, weil sie in der Vergangenheit oft den Eindruck haben mussten, dass die Verantwortlichen alles tun, um ihre Fehler nicht zugeben zu müssen. Selbst kriminelle Machenschaften wurden so manches Mal mit Schweigen und Wegsehen bemäntelt.

Doch wir können die Agrarpolitik nicht im Alleingang umstellen. Unsere Ansätze müssen sich in eine veränderte Politik auf nationaler und europäischer Ebene einfügen. Die Landesregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass in wichtigen Bereichen der **EU-Agrarpolitik** so schnell wie möglich neue Lösungen gefunden werden. Ich darf Ihnen hierzu einige Punkte nennen.

Als Mitglied der EU unterliegt Deutschland den Regeln des **innereuropäischen Handels** und den internationalen Im- und Exportregeln. Für den Verbraucherschutz und die Kontrolle von Rindfleischproduktion und -vermarktung hat das erhebliche Konsequenzen. Die Bundesregierung muss sich deshalb für ein dauerhaftes EU-weites Verbot des Verfütterns von Tiermehl und Tierfett einsetzen, ebenso für eine verpflichtende Testgrenze von 24 Monaten und ein Ausweiten der Tests auf Schafe und Ziegen.

Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer neuen Landwirtschaft ist die **Grünlandprämie**. In ihr werden bei gleichbleibendem Finanzvolumen die verschiedenen Tierprämien und die Silomaisprämie der EU zusammengefasst. So würde es sich für die Bauern lohnen, auf Kraftfutter und Stallmast zu verzichten und stattdessen auf Grünfütter und Weidehaltung umzusteigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein zweites Thema, das künftig eine zentrale Rolle spielen muss, ist der **Tierschutz**. Damit verbunden ist eine artgerechte Tierhaltung für alle Betriebe. Unser Ziel ist es, Tiertransporte über längere Strecken möglichst zu vermeiden. Welchen Sinn macht es, Rinder

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

zum Schlachten von Portugal nach Finnland zu schaffen und dann die Steaks in Spanien zu verkaufen?

(Unruhe bei der CDU)

Die Exportsubventionen für lebende Schlachttiere, die solche Langstreckenreisen begünstigen, müssen gestrichen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] und Günther Hildebrand [F.D.P.]

Gleichzeitig sollen die europäischen und nationalen Regeln für die Nutztierhaltung verschärft werden. Das umfasst zum Beispiel Tageslicht für Schweine, mehr Platz für Legehennen, eingestreute Ställe für Rinder ebenso wie die Ernährung von Kälbern mit Milch statt mit Milchaustauschern. Ich möchte keine Schweine mit abgeissenen Ohren oder nackte Hühner in Drahtkäfigen mehr sehen, wie es heute noch häufig an der Tagesordnung ist.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In all diesen Fragen von Lebensmittelsicherheit und **Lebensmittelkennzeichnung** bis hin zur neuen Definition der „guten fachlichen Praxis“ unterstützen wir die Bundesregierung. Es kommt darauf an, hier schon kurzfristig Zeichen zu setzen, in welche Richtung das Umsteuern in der Land- und Ernährungswirtschaft gehen soll.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Na, dann mal los!)

Abgesehen vom politischen Rahmen bleibt es noch immer bei der offenen Frage, in welchem Umfang sich der **Bund** an den BSE-Folgekosten beteiligen wird. Sollte die Bundesregierung bei ihrer Haltung bleiben, kein zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen, erwarten wir zumindest, dass der Förderkatalog der **Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“** entsprechend erweitert wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und wenn nicht?)

Grundsätzlich wollen wir die Gemeinschaftsaufgabe noch stärker darauf ausrichten, eine umweltverträgliche Landwirtschaft und eine **nachhaltige Entwicklung** der ländlichen Räume zu fördern. Deutschland würde so seine Förderrichtlinien den EU-Regeln angleichen. Als Konsequenz könnten innerhalb unseres Programms „Zukunft auf dem Lande“ viele Projekte leichter und ohne Vorbehalte durch die EU umgesetzt werden.

Schleswig-Holstein wird noch in diesem Jahr eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einbringen. Ich bin zuversichtlich, dass uns andere Länder bei diesem Anliegen unterstützen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

In der Jahresauftaktpressekonferenz am 12. Januar hatte ich bereits davon gesprochen, dass wir in unserer Bestandsaufnahme auch klären wollen, ob die **Zuständigkeiten** zwischen den Ministerien und Institutionen sinnvoll verteilt sind. An effizienter Arbeit liegt mir sehr viel, auch am Vier-Augen-Prinzip der Kontrolle der jeweils anderen vorgelagerten Stufe. Die Ankündigung, Zuschnitte zu ändern und Aufgaben neu zu verteilen, setzen wir jetzt um.

In Zukunft liegt der gesamte Bereich der Lebensmittelproduktion und des Marketings in der Verantwortung des **Landwirtschaftsministeriums**. Das heißt, die Aufsicht über die Schlachtung, die BSE-Tests und die Fleischschau gehen vom Umweltminister auf die Landwirtschaftsministerin über. Sie allein ist dafür verantwortlich, wenn da Fehler gemacht werden.

(Lachen bei der CDU)

Neben dem Tierschutz liegt nun auch die Lebensmittelüberwachung ganz beim **Umweltministerium**.

(Zurufe von der CDU)

Der Umweltminister ist allein dafür verantwortlich, wenn Fehler in seinem Bereich auftreten.

(Klaus Schlie [CDU]: Na prima!)

Verbraucherpolitik, Verbraucherschutz und insbesondere die Ernährungsberatung werden im **Gesundheitsministerium** zusammengefasst.

(Klaus Schlie [CDU]: Der große Wurf!)

Auch hier gibt es dann einen Ansprechpartner, wenn Fehler auftreten. Wir setzen damit ein Zeichen, dass die **Ernährungsberatung** in Zukunft ein fester Bestandteil der Gesundheitsprävention sein soll.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Empfinden Sie das nicht langsam alles als peinlich, Frau Ministerpräsidentin?)

In den kommenden Wochen wird Ministerin Moser ein neues Konzept zur **Verbraucherpolitik** entwerfen. Sie wird den Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

unter dem Gesichtspunkt eines **präventiven Gesundheitsschutzes** neu organisieren.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Unglaublich!
So schnell!)

Mit diesem Zuschnitt haben wir die Aufgabenfelder und die Verantwortung dafür jeweils klar abgegrenzt. Die Ressorts werden bis zum 15. Mai Konzepte vorlegen, wie und in welchem Zeitrahmen sie die vorhin beschriebenen Handlungsdefizite beseitigen können.

(Klaus Schlie [CDU]: Oh, oh!)

Die Punkte, die ich Ihnen jetzt vorgestellt habe, können wir nur in die Tat umsetzen, wenn die Bundesregierung und die EU-Kommission mitziehen. Doch wir warten nicht, bis der Abschlussbericht aus Berlin vorliegt oder bis sich die EU-Mitgliedstaaten auf ein Aktionsprogramm geeinigt haben. Für mich ist entscheidend, was wir kurzfristig bei uns im Lande tun können, um den Kurswechsel in der Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik einzuleiten.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten unbelastete Lebensmittel. Sie wollen sich darauf verlassen können, dass auf allen Stufen der Produktion vom Feld bis zur Ladentheke hohe Qualitätskriterien eingehalten werden.

Zur Zeit fehlt jedoch ein Konzept, das alle beteiligten Marktpartner einbindet. Häufig werden nur die Endprodukte geprüft. Die vorgelagerten Bereiche wie die Futtermittelhersteller, die Züchter oder die Schlachtereien werden zu einem großen Teil nicht erfasst. Es fehlt ein durchgängig verzahntes und transparentes System und es fehlen vertragliche Bindungen innerhalb der Produktionskette. Darunter leidet das gesamte Qualitätsniveau; denn die viel beschworene „gläserne Kette“ ist nur so stark wie ihre einzelnen Glieder.

Alle beteiligten Unternehmen müssen ein Interesse daran haben, für ihren Teil der Produktion Qualität garantieren zu können. Deswegen steht an erster Stelle die **zertifizierte Eigenkontrolle** der Wirtschaft. Darüber steht die staatliche Überwachung, das sogenannte Controlling. Nur in diesem Zusammenwirken lässt sich die Transparenz in der Produktion erhöhen und nur damit kann sich das Ansehen eines ganzen Wirtschaftszweiges erholen. Das ist die Voraussetzung, dass sich die Verbraucherinnen und Verbraucher wieder mit einem sicheren Gefühl für Fleisch und Wurst aus Schleswig-Holstein entscheiden.

Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir ein integriertes Qualitätssicherungs- und Qualitätsmanagementsystem entwickeln, das diesen hohen Ansprüchen genügt. Dafür schlagen wir ein so genanntes „Konzept der Qualitätstore“ vor. Nach diesem Konzept führt

jedes Unternehmen ein Zertifikat, dessen Kriterien genau beschrieben sind und dessen Ergebnisse dokumentiert werden. Das gilt für den Futterhändler und den Bauern genauso wie für den Schlachtbetrieb, den Würstchenfabrikanten und den Lebensmittelhändler.

Es gibt bereits Beispiele, wie so etwas funktionieren kann, etwa bei EDEKA Nord mit dem Prüfsiegel „Qualitätsfleisch aus kontrollierter Aufzucht“ oder bei den in der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau organisierten Betrieben.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Oder bei Schlachtermeister Jepsen in Flensburg!)

Ein Beispiel für ein hervorragendes und allgemein anerkanntes Qualitätsmanagement sind die Leistungskontrollen des **Landeskontrollverbandes** in der Milchproduktion.

Die Kontrollen organisieren die Unternehmen in eigener Verantwortung und sie haften auch bei Verstößen. Die staatliche Überwachung baut auf der Selbstkontrolle auf und sichert die einzelnen „Qualitätstore“. Die **Zertifizierung** durch die Unternehmen gewinnt so erheblich an Bedeutung und es gibt bei uns in der Bundesrepublik gute Beispiele, wie damit einem Lebensmittel aus der Krise geholfen werden konnte. Ich denke nur an den Weinanbau, bei dem das Vertrauen der Verbraucher zu diesem Produkt wieder gewachsen ist, nachdem die Zertifizierung gegriffen hatte.

Kein Produkt soll in Zukunft ohne ein Zertifikat das nächste „Qualitätstor“ passieren. Das gilt von der Aufzucht bis zum Verkauf an der Ladentheke.

Die vier wesentlichen „Qualitätstore“ möchte ich Ihnen jetzt kurz beschreiben. Zunächst ist die Schlachtung zu nennen. Zu diesem Zeitpunkt müssen Zertifikate vorliegen, die aussagen, wie das Tier gehalten wurde, was es gefressen hat, welche Medikamente es bekommen hat.

Das zweite „Qualitätstor“ ist das Tor zur Verarbeitung. Dieses Tor wird sozusagen nur dann geöffnet werden, wenn für das Produkt im Schlachthof alle Hygienebestimmungen eingehalten werden und Schlachtmethoden sowie Kühlung in Ordnung sind.

Als drittes Tor folgt das Tor zum Handel: Wie wird die Wurst oder wird das Schnitzel gemacht, die beziehungsweise das ich später im Supermarkt oder bei meinem Fleischer kaufe? Wie wird die Ware verpackt, gelagert und transportiert, bis sie beim Einzelhändler ist? Wie wird sie ausgezeichnet?

Viertens gibt es schließlich das Verkaufstor zum Verbraucher. Auf dieser letzten Stufe geht es um den unmittelbaren Kontakt zum Kunden oder zur Kundin. Wie gut werde ich beraten? Sind die Produkte voll-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

ständig und allgemein verständlich etikettiert? Ist etwas darin, was nicht darauf steht, oder umgekehrt?

Wenn ein Produkt die ersten drei Prüfstellen durchlaufen hat und alle Beteiligten zertifiziert wurden, sollte schließlich ein Gütesiegel dafür vergeben werden. Dann hat der Verbraucher ein Qualitätsprodukt in der Hand, das einen höheren Standard als den gesetzlich vorgeschriebenen hat, und er kann es leicht von Massenware unterscheiden.

Ein großer Pluspunkt dieses Systems ist, dass es sich auf jedes andere landwirtschaftliche Produkt und andere Regionen übertragen lässt. Das **Gütesiegel** wird sich deutlich von dem unterscheiden, was wir heute haben. Es muss für die Produkte aus konventioneller Erzeugung ebenso vergeben werden wie für die Produkte aus ökologischem Anbau.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gilt geeignete Verfahren zu finden, wobei der Wettbewerb an kreativen Ideen eröffnet ist. Noch vor der Sommerpause wird das Landwirtschaftsministerium alle Beteiligten zu einem ersten Gespräch einladen.

Es ist ein erfreuliches Signal - dies kann vielleicht auch zur Erheiterung auf der rechten Seite des Hauses beitragen -, dass die **Landwirtschaftskammer** bereit ist, eine Neuausrichtung des Gütesiegels mit eigenen Vorschlägen zu begleiten, und sich bereit erklärt hat, mit uns zusammen an diesem Produktgütesiegel zu arbeiten.

(Beifall im ganzen Haus - Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut! Das ist das einzig Vernünftige!)

Sie hat ein eigenes Konzept vorgelegt, sich aber auch mit unserem Konzept auseinander gesetzt und eingeräumt, dass es durchaus Überschneidungen gibt. Klatschen Sie also bitte auch, wenn es um unser Konzept geht.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir hatten Konzepte! Sie hatten doch noch gar kein Konzept!)

Ein solches integriertes System erfordert Umdenken - beim Handel ebenso wie bei den Verbrauchern. Fleisch, das auf allen Stufen der Herstellung strengen Qualitätskontrollen unterliegt, verursacht auf dem Weg vom Landwirt zum Kunden höhere Kosten. Diese schlagen sich auch in höheren Preisen nieder, die Handel und Konsumenten mittragen müssen. Im harten Wettbewerb der Einzelhandelsketten wurden die Lebensmittel in den vergangenen Jahren so billig wie möglich verkauft, mitunter sogar unter dem Einstandspreis. Der Preis- und Qualitätsdruck für alle Glieder

der Kette vom Bauern bis zum Wurstfabrikanten stieg enorm. Meist ging das auf Kosten der Qualität.

Für das **Qualitätssicherungssystem**, das ich hier kurz skizziert habe, kommt es darauf an, dass der Lebensmittelhandel als Tor zum Verbraucher seiner Verantwortung gerecht wird. Wenn beide Seiten - Handel und Erzeuger - ihr Auskommen finden, stärkt das die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein insgesamt. Es sollte nicht weiterhin das Herumluschen mit alten Verfahren geben, die ja dazu geführt haben, dass wir heute misstrauische Verbraucher haben. Die Verbraucher sollen sich nach ihren individuellen Wertmaßstäben frei entscheiden können. Was sie letztlich an der Ladentheke kaufen, ist ihre Entscheidung. Sie müssen aber auf einer sicheren Basis entscheiden können. Sie müssen wissen, was in dem einen Produkt ist und was in dem anderen Produkt nicht ist, und sie müssen wissen, wie das eine Produkt hergestellt wurde und das andere eben nicht hergestellt wurde. Sie müssen eigene Kriterien zur Beurteilung der Qualität, die sie kaufen, haben. Nur dann, wenn alle daran beteiligt sind, die Verantwortung für die Qualität der Produkte, die sie abliefern, zu übernehmen, kann der Verbraucher sicher sein.

Regionale Qualität wird auch in Zukunft erkennbar bleiben und eine große Rolle spielen. Es ist nicht das Ziel, alle bestehenden Siegel in einem aufgehen zu lassen. Die Vielfalt soll bestehen bleiben: Ökosiegel stehen neben dem „Fair gehandelt“-Zeichen oder einem Gütesiegel für Vegetarier, das ein Produkt völlig ohne tierische Bestandteile kennzeichnet.

Die Entscheidung für geprüfte Qualität oder für Massenware kann den Bürgerinnen und Bürgern aber niemand abnehmen. Jeder muss allein entscheiden, was er haben möchte. Natürlich ist es zunächst ungewohnt, wenn das Kilo Schweineschnitzel plötzlich 27 DM kostet. Aber je größer die Nachfrage nach hochwertiger und sicherer Produktion wird, desto eher werden auch Supermärkte die Produkte zu fast normalen Preisen anbieten können.

Unser Konzept der „Qualitätstore“ macht deutlich, dass jeder in seinem Bereich verantwortlich dafür ist, dass sich in der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik nach dem BSE-Schock wirklich etwas ändert. Politik kann die aktuellen Probleme nicht allein lösen. Sie muss den Rahmen und die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, damit die Reformen in Gang kommen können.

Bei der Umsetzung müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen: Dünger- und Futtermittelindustrie, Landwirte, Schlachtereien, verarbeitende Betriebe und Einzelhandel, Wissenschaft und Politik. Die Verbraucherschützer sowie die Verbraucherinnen und Ver-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

braucher müssen in dieser Kette selbst auch eine bestimmte Aufgabe übernehmen.

Auch die Landesregierung hat keine Patentrezepte, mit denen wir alle Probleme auf einmal lösen können. Wir stellen aber wichtige Weichen für einen neuen Weg in der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion: mit einem System der Qualitätssicherung, das wir nun gemeinsam mit der Wirtschaft auf allen Stufen der Herstellung installieren wollen, mit einer klaren Prioritätenliste für die nächsten Schritte in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und der EU-Kommission sowie mit der Neuverteilung von Aufgaben in den Ministerien.

(Klaus Schlie [CDU]: Das glauben Sie selbst nicht!)

Wir dürfen nicht länger nur an den Symptomen falscher Entwicklungen in der Landwirtschaft und der Agrarpolitik herumdoktern. Für kosmetische Retuschen, wie ich sie aus einigen Ihrer Zwischenrufe herausgehört habe,

(Lachen bei der CDU)

haben die Verbraucherinnen und Verbraucher kein Verständnis mehr.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen jetzt die Grundprobleme angehen. Wir müssen allen, die an der erwähnten Kette beteiligt sind, die Wahrheit sagen. Wir müssen ihnen sagen, dass sie sich umstellen müssen. An unbequemen Entscheidungen kommt niemand von uns vorbei.

(Klaus Schlie [CDU]: Vor allem die Regierung nicht!)

Die Landesregierung hat diese Entscheidungen getroffen. Ich bitte Sie, uns auch weiterhin zu unterstützen, und danke Ihnen für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Heinz Maurus [CDU]: Das war aber nichts!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Jetzt erteile ich dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Oppositionsführer Martin Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, ich habe Ihnen schon gestern in der Aktuellen Stunde gesagt, dass Sie sich an Ihren Ver-

sprechen werden messen lassen müssen. Das will ich heute auch tun.

Grundlage Ihrer so genannten Regierungserklärung ist die Jahresauftaktpressekonferenz vom 12. Januar. Danach wollten Sie unter der Überschrift „Konsequenzen nach BSE“ den Verbraucherschutz stärken und einen Fahrplan zur systematischen Aufarbeitung der BSE-Krise vorlegen. Ihr Ziel war es, den Verbraucherschutz zu stärken. Wenn ich diesen Teil beurteilen und Ihnen dazu ein Zeugnis ausstellen sollte, so würde mir das relativ leicht fallen: Sie haben sich bemüht, Ihre Aufgabe zu erfüllen, aber mehr auch nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine brave Rede, passagenweise eine ordentliche Analyse, ein bisschen Bericht zu BSE, ein bisschen Veränderung - das ist doch keine Regierungserklärung!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im Klartext: Die Häuptlinge bleiben, aber ein paar Indianer werden einem neuen Stamm zugeordnet. Das ist das Fazit dieser Erklärung.

(Beifall bei der CDU)

Der Berg hat mit der Ankündigung zur Regierungserklärung gekreist, aber es ist nicht einmal das sprichwörtliche Mäuschen herausgekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis, Sie haben Ihr Ziel verfehlt. Sie haben offensichtlich nicht mehr die Kraft, weitreichende konsequente Entscheidungen für unser Land durchzusetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie spielen zwar noch nicht als Ministerpräsidentin a. D., aber als Ministerpräsidentin a. A., nämlich als Ministerpräsidentin auf An- und Abruf, bei dem, was Sie uns hier gezeigt haben, die Rolle einer „lame duck“ und nicht mehr:

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Die besten Steuerleute stehen immer am Ufer!)

ohne Durchsetzungskraft im eigenen Kabinett, ohne Durchsetzungskraft in der rot-grünen Koalition!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Ergebnis Ihres groß angekündigten Stufenplans

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

(Martin Kayenburg)

lässt sich ohne großes Wortgeklingel ganz nüchtern in ganz wenigen Punkten wie folgt zusammenfassen, Herr Nabel:

(Zurufe von der SPD)

Erstens. In der Zuordnung des weiten Feldes Verbraucherschutz belassen Sie es beim Kompetenzwarr, anstatt endlich Kompetenz gebündelt in einem Haus anzusiedeln.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zweitens. Das „Konzept der Qualitätstore“ ist doch nichts anderes als das Prinzip der gläsernen Produktion.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eigentor!)

Dieses Prinzip wird doch in anderen Ländern schon längst angewendet, bevor Sie hier in die Puschen kommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Wo denn?)

Neue Begriffe bedeuten noch lange keine neuen Ideen. Insofern müssen Sie aufpassen, dass diese „Qualitätstore“ für Sie keine Eigentore werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie denn dieses Konzept auf dem Markt durchsetzen? Natürlich wäre es schön, wenn alle Schleswig-Holsteiner nur noch Produkte aus Schleswig-Holstein verzehren würden. In diesem Zusammenhang: Qualität gibt es nicht nur bei EDEKA, Qualität gibt es auch bei jedem Schlachter um die Ecke, Frau Simonis!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen Sie denn Ihre **Zertifizierung** in den anderen Bundesländern erreichen? Das erinnert mich an die Kontinentalsperre von Napoleon. „Heide Napoleon Simonis“ macht Schleswig-Holstein für Produkte aus anderen Ländern dicht.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Oder wollen Sie die Verbrauchertore für Qualitätsprodukte aus anderen Ländern öffnen, wenn sie nicht zertifiziert sind? Das müssen Sie einmal erklären, wie Sie das durchführen wollen, Frau Simonis.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Das ist ein Vorschlag, der im Zeitalter des gemeinsamen Marktes völlig unsinnig ist. Ich frage mich, wo da

der Realitätssinn dieser Ministerpräsidentin geblieben ist.

Drittens. Ihre Forderungen an die Bundesregierung oder an die EU-Kommission sind nackte Selbstverständlichkeiten. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass ausgerechnet ein Land wie Schleswig-Holstein - ich erinnere hier an UMTS oder an die Bundeswehr, wo man keinen Mut hatte - bei der Bundesregierung oder bei der EU gerade hierzu irgendetwas durchsetzen könnte. Und die Entschuldigung bauen Sie dann ja auch selbst im Vorhinein in Ihre Regierungserklärung ein.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darin steht deutlich: Wir können diese Dinge nur in die Tat umsetzen, wenn Bundesregierung und EU-Kommission mitziehen. - Ja, Frau Simonis, dann müssen Sie dort einmal wirklich Lobbyarbeit machen, damit Ihre Ideen zur Kenntnis genommen werden!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eines will ich gern zu Ihrer Regierungserklärung anerkennen. In Teilen sind Sie ehrlich gewesen. Sie geben offen zu, dass Tierfutterkontrollen in den bäuerlichen Betrieben in den vergangenen Jahren nicht stattfanden; Schlachthöfe nicht - wie vorgeschrieben - jährlich überprüft wurden; die Verarbeitung von Rinderteielen zu Arzneimitteln und Medizinprodukten nur sehr unzureichend kontrolliert wurde und Hersteller und Großhändler von Tierarzneimitteln ebenfalls nicht ausreichend kontrolliert wurden. Ich meine aber, trotz dieser anerkennenswerten Ehrlichkeit können Sie an dieser Stelle die Frage nach der politischen Verantwortung für diese Versäumnisse nicht ausklammern, Frau Simonis.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Schließlich tragen Sozialdemokraten inzwischen seit 13 Jahren Regierungsverantwortung für Schleswig-Holstein.

(Holger Astrup [SPD]: Gott sei Dank)

Diese Versäumnisse sind Ihnen zuzurechnen und niemand anderem. Ich denke, das sollte man hier heute festhalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da hilft es auch nicht, wenn Sie auf Mängel in anderen Bundesländern hinweisen. Das ist weiß Gott keine Entschuldigung. Wenn ein Autofahrer irgendwo geblitzt wird, kann er auch nicht sagen: Mein Vorfahrer

(Martin Kayenburg)

war zu schnell, deshalb durfte ich auch fahren! - Frau Simonis, die Verantwortung liegt bei Ihnen!

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Aber es scheint ein bisschen in Mode gekommen zu sein, politische Verantwortung nicht wirklich zu übernehmen. Man entschuldigt sich, man gibt Fehler zu. Ich finde, damit machen es sich die Politiker zu einfach. Deshalb erwarte ich schon mehr von Ihnen, Frau Simonis, als der heute gesamtverantwortlichen Ministerpräsidentin, nämlich ein klares Wort zu diesen schweren Fehlern hier in Schleswig-Holstein. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gern an den Bundestagsvizepräsidenten und früheren Bundesinnenminister Seiters. Der hat Konsequenzen gezogen. Er ist zurückgetreten, obwohl er in Bad Kleinen keine persönliche Verantwortung hatte.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich frage: Wo ist hier die Verantwortungsübernahme, wie es sich für einen anständigen Politiker gehört?

Zurück zu Ihrer Regierungserklärung, Frau Simonis! Wenn Sie Probleme beschreiben, müssen Sie sich auch fragen lassen, warum Sie konsequente und unbequeme Entscheidungen nicht schon jetzt treffen. Wir haben Ihnen in unserem Antrag einen Weg gewiesen, bei dem wir Sie unterstützt hätten. Warum bündeln Sie die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz nicht in einem Haus? Wie wollen Sie eigentlich den Verbrauchern klar machen, dass ausgerechnet Lebensmittelüberwachung nicht zum Verbraucherschutz, sondern in das Umweltministerium gehört? Das ist eine völlig unsinnige Gestaltung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Klaus Schlie [CDU]: Koalitionsspiel!)

Es ist doch unbestritten, dass die BSE-Krise und die dadurch ausgelöste Diskussion über Agrarproduktion, Tierhaltung und Nahrungsmittelsicherheit ein Paradigmenwechsel in der Politik erfordern. Ihr Kollege Stoiber hat Ihnen das doch vorgemacht.

(Holger Astrup [SPD]: Ausgerechnet Stoiber!
- Lothar Hay [SPD]: Herr Kayenburg, das war doch der, der alles vertuscht hat, die ganzen BSE-Fälle! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich will gern konzedieren - und auch das tragen wir mit -, dass in der derzeitigen Situation Verbraucherschutz vor allem **Gesundheitsschutz** ist. Deshalb ist in Bayern die Schutzaufgabe für die Verbraucher auch entsprechend gestaltet worden. Dort sind die Kompe-

tenzen für Gesundheit, für Ernährung und für Verbraucherschutz entsprechend zugeordnet worden. Aber zu einem solch entschlossenen Schritt hatte Frau Simonis keine Kraft. Nach ihrer Planung bleiben weiterhin drei Ministerien für die drei wichtigen Fragen, die mit Erzeugung, Kontrolle und Vermarktung von Lebensmitteln zu tun haben, zuständig. Das trägt weder zur Klarheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher noch zu den von der Wirtschaft erwarteten Kompetenzbündelungen bei. Sie bleiben bei Ihrem alten kleinkarierten Muster, Frau Simonis. Offensichtlich haben Sie sich weder gegenüber Ihrem Koalitionspartner noch gegenüber Ihren Kabinettskolleginnen und -kollegen durchsetzen können. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis, Sie haben es immer noch nicht geschafft - ich weiß nicht, ob Ihnen viele Dinge, die Sie hier vorgetragen haben, ein Landwirt oder ein Gärtner aufgeschrieben hat -,

(Lachen bei der CDU)

Klarheit zu schaffen. Es gibt keine Klarheit und Planungssicherheit für die **Verbraucherzentrale**. Nachdem es Frau Franzen und Herrn Buß nicht gelungen ist, ein Konzept vorzulegen, soll nunmehr Frau Moser ran. Was passiert? - Es wird wieder unverantwortlich lange Zeit verstreichen. Das ist das Problem, das wir haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Unser Antrag zur Neugliederung des Verbraucherschutzes ist eine eindeutige und auch die bessere Alternative

(Lachen bei der SPD)

zu Ihrem zögerlichen, halbherzigen Handeln.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir fordern Sie nicht nur auf, die Kompetenzen in einem Ministerium zusammenzuführen, wir zeigen Ihnen auch, wie Sie gerade den schwer gebeutelten ländlichen Raum besser verankern können, mehr für ihn tun können, als Sie bis heute für ihn getan haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bei aller Unterstützung für den Umweltschutz

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie?)

frage ich dennoch: Warum gehen Sie nicht den Schritt, das Landwirtschaftsministerium und das Umweltministerium für die ländlichen Räume und für den Umweltschutz in ein Kompetenzministerium zusammenzule-

(Martin Kayenburg)

gen, und sorgen so dafür, dass wir eine Entwicklung im ländlichen Raum haben werden?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
So wie Bayern!)

Von solchen großen Lösungen, die auch ein Stück Perspektive bedeutet hätten, sind Sie, Frau Simonis, weit entfernt - zum Schaden der Landwirtschaft und zum Schaden für die Ernährungsindustrie. Sie haben nicht den Mut gehabt, Frau Simonis. Wenn Sie jetzt sagen, Sie folgen unserem Antrag und stellen 30 Millionen DM für die schwer gebeutelte Land- und Ernährungsindustrie zur Verfügung, sagen wir: Das sind 30 Millionen DM für vier Jahre. Wir wollten sie in diesem Jahr haben. Diesen Sprung haben Sie wieder nicht getan, das ist das Problem.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In einem Punkt bin ich mir sehr sicher: Wenn die letzte Mark aus diesem Programm ausgegeben werden wird, ist Frau Simonis nicht mehr in dem Amt, in dem wir sie heute sehen!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Simonis, seien Sie doch einmal ehrlich. Sie sind doch nicht einmal bereit, in so einer Krise für die Land- und Ernährungsirtschaft auch nur 0,2 % des Landeshaushaltes zur Verfügung zu stellen. Wo bleibt eigentlich Ihr großer Wurf? - Nichts von alledem! Ich nenne das ein Armutszeugnis für diese Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, Sie haben uns überrascht - das will ich gern gestehen -, als Sie für Ihre Regierungserklärung 40 Minuten angemeldet haben. Wir haben eine wirklich wichtige Rede erwartet. Ich sage, es hätten vier Minuten gereicht für das, was Sie hier erzählt haben.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis, Sie werden mit dieser Regierungserklärung weder dem Ernst der Lage noch dem Ernst des Themas gerecht. Ihre Regierungserklärung war weiß Gott kein großer Wurf. Keine klare Perspektive, lediglich das weitere Versprechen, Konzeptionen bis irgendwann zum 15. Mai erarbeiten zu lassen. Wer soll Ihnen das denn noch glauben nach dem, was Sie hier vorgelegt haben? Kraftlos! Mutlos! Perspektivlos! Ich sage: Diese Regierungserklärung ist ein weiterer Kilometerstein auf dem Weg in Ihren wohlverdienten Ruhestand.

(Lang anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt der Herr Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt kommt wahrscheinlich das Konzept!)

Lothar Hay [SPD]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die BSE-Krise hat die Bevölkerung in Deutschland verunsichert und wachgerüttelt. Die Märkte in der Land- und Ernährungsirtschaft sind eingebrochen. Viele Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen sind stark gefährdet. Wir haben daher mehr als genug Anlass, über unser Verhältnis zur landwirtschaftlichen Produktion nachzudenken und nach Kräften umzusteuern. Ich glaube, dass es viel mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Fraktionen dieses hohen Hauses gibt, als sie gerade in der Rede des Oppositionsführers zum Ausdruck gekommen sind.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Die Folgen von BSE werden uns noch Jahre beschäftigen und nicht nur die öffentlichen Haushalte belasten. Jedoch darf der Blick auf das erforderliche Krisenmanagement nicht den Blick auf die Zukunftsaufgaben verstellen. Wir können es uns nicht leisten, alle Ressourcen in eine finanzielle Kompensation der BSE-Folgen zu stecken, um dann in den nächsten Monaten festzustellen, dass kein Geld mehr für das dringend notwendige Umsteuern in der Agrarpolitik vorhanden ist. Wir müssen die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein erhalten und für die Zukunft fit machen. Die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ist auch in Zukunft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Wir sind in einem langfristigen Prozess zur Neuorientierung der Landwirtschaft. Dabei sind nahezu alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes als Verbraucher beteiligt. Wie sonst ließe es sich erklären, dass schon seit Wochen in nahezu allen Medien auf den Titelseiten Meldungen über BSE, Maul- und Klauenseuche und Agrarpolitik stehen?

Ich möchte an dieser Stelle auch etwas sagen, was im Zusammenhang mit dem ersten Verdachtsfall der **Maul- und Klauenseuche** in Schleswig-Holstein durch die Medien ging. Ich will mich nicht in die uneingeschränkte Mediensichelte des Bauernverbandes einreihen, aber ich bitte die Medienvertreter herzlich,

(Lothar Hay)

sorgsam und schonend mit betroffenen Höfen - auch in Fällen von BSE - umzugehen.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW sowie der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von Pressevertretern umzingelte Höfe schon bei Verdachtsfällen sollten der Vergangenheit angehören. Die existenzbedrohende Situation auf den Höfen darf nicht noch durch die **Berichterstattung** verschärft werden. Das sind wir unseren Landwirten schuldig.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW sowie der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An dieser Stelle spreche ich mich klar für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Schleswig-Holstein aus. Wir müssen die Landwirtschaft durch verstärkte Kontrollen in allen Bereichen sicherer machen und dem Verbraucher die Sicherheit gesunder Lebensmittel in Schleswig-Holstein und aus Schleswig-Holstein gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen existierende und existenzsichere Betriebe als Partner für eine Neuorientierung unserer Landwirtschaftspolitik. Dabei ist der **Verbraucherschutz** oberste Maxime. Lebensmittel aus Schleswig-Holstein müssen Garant für eine gesunde Ernährung sein. Das ist in erster Linie unser Ziel.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Der Landesregierung ist für das **Krisenmanagement** im Zusammenhang mit **BSE** ein Lob auszusprechen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich auch über die Zustimmung aus den Reihen der CDU-Fraktion.

Aus dem Stand ist eine Hotline für besorgte Bürgerinnen und Bürger eingerichtet worden. Den von BSE betroffenen Betrieben ist schnell mit direkten Ansprechpartnern im Ministerium für ländliche Räume geholfen worden. Als erstes Bundesland hat Schleswig-Holstein bereits früh zu Beginn der BSE-Folgediskussion konkrete Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 17 Millionen DM in die Gemeinschaftsaufgabe eingestellt. Dies sollten wir alle im Hause - auch die Opposition - zur Kenntnis nehmen und nicht gebetsmühlenartig die Forderung nach einem 30-Millionen-Programm wiederholen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Auch durch die heute präsentierte Schwachstellenanalyse zu Handlungsdefiziten vor und infolge der BSE-Krise leistet die Landesregierung Pionierarbeit und stellt sich als erste Landesregierung den Anforderungen an eine moderne Landwirtschaft und Verbraucherpolitik. Bei uns in Schleswig-Holstein wird nicht lange geredet, wird nichts unter den Tisch gekehrt, nicht viel versprochen, sondern wir handeln.

(Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Wo?)

Wir müssen uns angesichts der bestehenden und wachsenden finanziellen Anforderungen ein realistisches Bild von den zur Verfügung stehenden Mitteln im Agrarbereich und für die ländlichen Räume insgesamt machen. Auch angesichts der begehrliehen Blicke unseres Koalitionspartners, sehr geehrter Herr Kollege Hentschel, muss ich deutlich entgegenen: Eine eingenommene Mark kann nur einmal ausgegeben werden. Das ist einfache Mathematik.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Auf der Gemeinschaftsaufgabe sowie den Programmen „ZAL“ und „ziel“ lasten wichtige Aufgaben. Ich will mit dem Thema Küstenschutz beginnen. Wir haben gerade vor kurzem neue Prognosen hinsichtlich der Klimaveränderung bekommen. Der **Küstenschutz** muss angesichts des in Beratung befindlichen neuen Generalplans Küstenschutz mit Priorität finanziert werden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Aus den überall in Schleswig-Holstein laufenden LSE wachsen viele Leitprojekte mit Schubwirkung für die **ländlichen Räume**, die nur bis 2006 finanziert werden können. Wir werden viele Konversionsprojekte fördern müssen, um die Standorte nicht wirtschaftlich ausbluten zu lassen.

Wir alle haben in den vergangenen Jahren gelernt, welches Potenzial an wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung in unseren ländlichen Räumen vorhanden ist. Daran haben wir in den vergangenen Jahren unsere Politik für die ländlichen Räume angepasst. Es wäre mehr als nur kurzfristig, wenn wir unsere Politik für die ländlichen Räume unter dem Eindruck der aktuellen Probleme zu einer reinen Agrarförderung zurückentwickeln müssten. Das ist der falsche Weg und fördert nicht die ländlichen Räume.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Das alles soll nicht bedeuten, dass wir nichts tun werden. Ganz im Gegenteil! Die Diskussion über die Zu-

(Lothar Hay)

kunft der Agrarpolitik öffnet uns Chancen umzusteuern, die wir nutzen werden.

Aber nicht alles muss gleich mit öffentlichen Geldern bewirkt werden und nicht alles geht sofort. Der Umbruch im Verbraucherverhalten mit einer Nachfrage nach ökologischen Produkten, die zurzeit gar nicht voll bedient werden kann, zeigt ein wirkungsvolles Mittel. Das wirkungsvolle Mittel ist: die veränderte Verbrauchernachfrage mit ihrer großen Marktmacht! Was wollen wir in Schleswig-Holstein? - Wir wollen eine gläserne landwirtschaftliche Produktion vom Stall bis zur Ladentheke.

Die Landesregierung ist aufgefordert - sie hat dies auch zugesagt -, die **staatlichen Kontrollen** zu verstärken und effektiver zu erledigen. Dabei setzen wir auf Selbstverantwortung und Selbstkontrollen der Land- und Ernährungswirtschaft. Hierfür werden Standards in „Qualitätstoren“ definiert, die in den verschiedenen Produktionsstufen durchlaufen werden müssen. Dies ist zukunftsgerichtet und entspricht dem sozialdemokratischen Verständnis eines modernen Staats- und Gesellschaftswesens.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass die Landwirtschaft natürliche Produktionszeiten beim Umsteuern einhalten muss und nicht auf Knopfdruck - wie eine Fabrikproduktion - umgelenkt werden kann. Auch binden uns die Vereinbarungen in der gemeinsamen **EU-Agrarpolitik**. Dies müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein ehrlich sagen. Wir dürfen nicht unerfüllbare Forderungen aufstellen. Das würde zum Vertrauensverlust beitragen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich vergleiche die EU-Agrarpolitik mit einem großen Tanker. Wenn man den Kurs ändern will, muss man sorgsam damit umgehen, den Kurs neu bestimmen und darauf achten, dass der Tanker dabei nicht auf Grund gerät. Wir aus Schleswig-Holstein werden uns in die Zielbestimmung der neuen EU-Agrarpolitik aktiv einmischen. Das ist nicht nur eine Angelegenheit der Bundesebene. Das ist auch eine Landesangelegenheit. Dafür werden wir uns in Zukunft aktiv einsetzen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein wollen eine Ökologisierung der Landwirtschaft. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung. Wir wollen die Gräben zwischen der ökologischen Landwirtschaft und der

konventionellen Landwirtschaft - wenn sie denn noch bestehen - zuschütten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir als Sozialdemokraten wollen mit allen Landwirten in Schleswig-Holstein zusammenarbeiten.

Allerdings müssen wir uns neu über **regionale Kreisläufe** und Wertschöpfungsketten in Schleswig-Holstein verständigen. Hier sind Ansätze wie das von unserer Fraktion seit längerem und nun auch von Ministerin Künast geplante Verbot von Lebendtiertransporten über vier Stunden Dauer der richtige Ansatz.

Die bedrohende Situation bei der **Maul- und Klauenseuche** zeigt uns deutlich die Gefahren, die aus einem unbegrenzten und teilweise unkontrollierten Transport über Ländergrenzen hinweg erwachsen können. Die MKS-Viren kennen keine Ländergrenzen und lassen sich offensichtlich durch keine Sicherheitsmaßnahme hundertprozentig fern halten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle - auch wenn es im Land viel Aufregung darüber gibt - Folgendes sagen. Die Entscheidung der Bildungsministerin, Klassenfahrten nach Großbritannien und Frankreich wegen der Maul- und Klauenseuche derzeit nicht zu genehmigen, trifft auf die Zustimmung meiner Fraktion. Es ist eine Maßnahme, um das Ausbreiten dieses Virus zumindest in Ansätzen zu unterbinden. Ich hoffe, es gibt noch weitere Maßnahmen. Sie haben - genauso wie ich - heute Morgen wahrscheinlich gehört, dass es 50 km von der deutsch-niederländischen Grenze entfernt in den Niederlanden einen Verdachtsfall gibt. Ich will hier keine Panikmache betreiben. Aber wir müssen sorgsam handeln, uns darauf einstellen, dass es auch uns treffen kann. Diese ersten Maßnahmen sind dazu angetan zu versuchen, ein Ausbreiten der Seuche zumindest in Ansätzen zu verhindern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Lassen Sie mich drei Schlussbemerkungen machen. Wir wollen in Schleswig-Holstein gesunde Lebensmittel produzieren. Deshalb ist es sachgerecht, dass der **Verbraucherschutz** in Zukunft bei der **Gesundheitsministerin** angesiedelt ist. Ich darf mich ausdrücklich bei Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, für die schonungslose Darstellung der Ergebnisse der Schwachstellenanalyse bedanken. Das ist mutig und bei vielen Politikerinnen und Politikern in der Bundesrepublik Deutschland nicht der normale Weg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Organisationsänderungen im Bereich der Exekutive gehören nach Recht und Verfassung in den Aufgaben-

(Lothar Hay)

bereich der Ministerpräsidentin, nicht der Legislative. Sie haben Ihre Entscheidung sachgerecht getroffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was?)

Die Fraktion der SPD trägt diese Entscheidung mit.

(Klaus Schlie [CDU]: Aber wie? - Schwer!)

Qualität gibt es bei EDEKA und bei vielen Schlachtern, Herr Wadephul, nur nicht bei der konzeptionslosen Opposition!

(Lachen bei der CDU)

Von Ihnen habe ich nichts gehört.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf zunächst weitere Gäste begrüßen: unseren ehemaligen Landtagskollegen Hans-Klaus Solterbeck in der Loge

(Beifall)

sowie Oppositionspolitiker aus Belarus, Weißrussland,

(Beifall)

und Mitglieder des SPD-Ortsverbandes Glücksburg. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir fahren nun mit der Beratung fort. Für die F.D.P.-Fraktion hat Frau Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst und gerade an dieser Stelle möchte ich Lothar Hay dafür danken, dass er an hervorragender Stelle in seiner Rede auch einmal von den landwirtschaftlichen Betrieben gesprochen hat, die von BSE betroffen sind, und dass er gezeigt hat, dass auch er sie als Opfer sieht, die nicht der Sensationsgier von Medien ausgeliefert werden dürfen. Herzlichen Dank! Wir müssen anders mit ihnen umgehen.

(Beifall bei F.D.P., SPD, CDU und SSW)

Wir werden erleben, dass es weitere Betriebe in Schleswig-Holstein gibt, bei denen BSE festgestellt werden wird. Wir wissen, dass nur jeder zweite Verdacht tatsächlich berechtigt ist. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die betroffenen Betriebe zu schützen. Sie dürfen nicht an den Pranger gestellt werden.

Kari Köster-Lösche zeigt in ihrem Buch „Das BSE-Komplott“ minutiös das Versagen von EU- und Bun-

desbehörden auf, das zum Übergreifen von BSE von den Britischen Inseln auf Kontinentaleuropa geführt hat. „BSE-Hysterie“ nennt Hans Schuh in seinem Beitrag in der „ZEIT“ die Reaktion von Verbraucherinnen und Verbrauchern auf die Entdeckung des ersten BSE-Falles in Deutschland. „BSE-Komplott“ und „BSE-Hysterie“ sind die zwei Seiten derselben Medaille. Die beiden Begriffe beschreiben und bewerten Tatbestände. Lösungen jedoch muss die Politik finden.

In ihrer Regierungserklärung versucht die Ministerpräsidentin angeblich, Auswege aus der BSE-Krise aufzuzeigen. Wir müssen erleben: Mit ihrer Regierungsmannschaft/-frauschaft ist das ein offensichtlich hoffnungsloses Unterfangen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die Ministerpräsidentin hat eine Menge grüne Kröten geschluckt, freiwillig, wie die Rede zeigt, noch nicht einmal wider besseres Wissen, obwohl der grüne Partner doch schwach ist und arm wie eine Kirchenmaus.

Wer soll Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, da glauben, dass Sie sich beim Kampf um Finanzmittel in Berlin durchzusetzen vermögen? - Niemand glaubt Ihnen das.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Es gibt keine Bündelung der Aufgaben des Verbraucherschutzes, sondern eine Zersplitterung auf Gesundheits-, Agrar- und Umweltministerium. Das heißt doch: Wenn da etwas schief geht, fliegt ein Drittel des Kabinetts. Und das nur, um dem grünen Umweltminister die Schmach eines Aufgabenverlustes zu ersparen - zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher in Schleswig-Holstein!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dass die Lebensmittelüberwachung im Umweltministerium nicht in guten Händen ist, hat der Minister mit seinem Wort von den Lebensmitteln, die teilweise Sondermüll seien, doch eindrucksvoll bewiesen. Da ist es doch verfehlt, ihm alle Aufgaben der Lebensmittelüberwachung zu übertragen, statt ihn von einer Bürde zu entlasten, die er offensichtlich nicht tragen kann.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, die Opposition - das sollte hier einmal deutlich gesagt werden - hat Sie in diese Regierungserklärung getrieben. Sie selbst wollten offensichtlich das Thema aussitzen. Erst die konsequente Oppositionspolitik mit Resolutionen, Berichtsanträgen und Kleinen Anfragen hat die Regierung zum

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Handeln gezwungen. Ein Armutszeugnis für Sie auf der linken Seite des Hauses!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Oh Gott! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ohne jede Vorstellung!)

In der letzten Plenartagung hat die Regierung bei der Behandlung der Oppositionsanträge ein schlechtes Bild abgegeben. Wo andere Regierungen mit eigenen Konzepten gestaltet haben, haben Sie die Konzepte der Opposition schlicht pauschal abgelehnt, egal, wie berechtigt sie waren,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche denn?)

und ohne eigene Handlungskonzepte vorweisen zu können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie denn vorgeschlagen?)

- Herr Hentschel, lesen Sie das Protokoll nach. Unsere Vorschläge zum Thema BSE sind umfassend dokumentiert. Sie brauchen dies nur nachzulesen, wenn Sie es denn können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er hat wahrscheinlich „Alzheimer light“!)

In dieser Tagung, in der drei substantielle Berichtsanträge der Opposition Thema sind - alle drei von der F.D.P. gestellt oder mit initiiert -, hat schließlich auch die Regierung eingesehen, dass Handlungsbedarf besteht - reichlich spät, aber immerhin.

Wir erkennen an, dass sich die Regierung mit ihren Berichten der Pflichtaufgabe unterzogen hat zu bewerten, was alles in ihren Häusern falsch gelaufen ist, und dies auch ordentlich dokumentiert hat.

Wer gestern Abend die Nachrichten gehört hat, weiß, dass die **Maul- und Klauenseuche** in den Niederlanden ausgebrochen ist, damit praktisch an unserer Grenze, und vielleicht schon deutsche Bestände in den Grenzregionen befallen hat. Alle agrarpolitischen Maßnahmen, die im Hinblick auf BSE getroffen werden, müssen auch geeignet sein, vor Maul- und Klauenseuche zu schützen. Doch mit einer **Agrarwende**, egal wohin, lässt sich diese hoch ansteckende Seuche nun wirklich nicht bekämpfen. Dennoch halten Sie an der angeblich überfälligen und viel beschworenen Agrarwende fest. Wer immer wendet, Herr Kollege Hentschel, dreht sich im Kreis. Das geht Ihnen mit Ihren Agrarpurzelbäumen nicht anders.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie täuschen die Menschen im Land, wenn Sie einen Kurswechsel in der europäischen Agrarpolitik ankündigen. Er ist nicht in Sicht und nicht zu erwarten.

Ein Blick auf die Karte der Länder, in denen im Jahr 2000 die Maul- und Klauenseuche aufgetreten ist, zeigt auch dem agrarpolitischen Laien, dass es eine Seuche ist, die vor allem in Ländern ohne moderne Landwirtschaft vorkommt, insbesondere in Asien und in Südamerika, nicht in Australien, Nordamerika und Europa. Nicht Agrarwende steht daher auf der Tagesordnung, sondern die Weiterentwicklung der Landwirtschaft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das sind unsere Forderungen: Produktion gesunder Lebensmittel, die von allen Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden können - denken Sie doch bitte auch an diejenigen, die sich nicht alles leisten können, die sparen müssen und die auf den Geldbeutel achten müssen! -; gesunde, abwechslungsreiche Ernährung, die Erkrankungen aufgrund falscher Ernährung vermindert; Förderung einer Landbewirtschaftung, die das Prinzip der Nachhaltigkeit bei gleichzeitiger Pflege der Kulturlandschaft berücksichtigt; artgerechte Haltung und Ernährung aller Tiere, auch der Hähnchen - und das EU-weit -, damit es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Frau Ministerpräsidentin, wer auch immer Ihnen die Regierungserklärung aufgeschrieben und die Überschrift gewählt hat, er oder sie hat nicht viel vom Thema verstanden. Die Regierungserklärung wird von vier Themenbereichen bestimmt, von denen jedoch nur einer mit BSE zu tun hat.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie haben etwas verstanden?)

Das sind die vier Bereiche: Verfütterungsverbot für Tiermehl - richtig? -, Antibiotika im Tierfutter - einen Skandal gab es in Bayern, nicht in Schleswig-Holstein -, Ökolandbau - der ist bei uns unterentwickelt - und artgerechte Tierhaltung.

Antibiotika im Tiermehl lehnen wir ab, aber mit einer entsprechenden Maßnahme wird die BSE-Krise nicht wirksam bekämpft. Der Öko-Landbau hat seinen eigenen Stellenwert, weil seine Produkte einen Markt haben, aber auch er leistet keinen Beitrag zur Bekämpfung der BSE-Krise. Artgerechte Tierhaltung ist gerade in der Mutterkuhhaltung gegeben und damit kein Problem, das vordringlich angegangen werden müsste.

Zu Deutsch: Unter dem Deckmantel von BSE drängt die Regierungskoalition ihre speziellen agrarpoliti-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

schen Dogmen in den Vordergrund, völlig unabhängig davon,

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja nicht zu fassen!)

welchen Stellenwert sie bei der Bekämpfung der BSE-Krise haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie nutzen die BSE-Krise als Trojanisches Pferd. Darin stecken altbekannte Ladenhüter, zum Teil mit Berechtigung, zum Teil völlig unnötig.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese Krise, die Existenzen vernichtet, Menschen in die Arbeitslosigkeit treibt, ist für Rot-Grün willkommene Gelegenheit, weiter ihr agrarpolitisches Süppchen zu kochen, statt den Menschen zu helfen und nach Auswegen aus der Krise zu suchen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine absolute Frechheit, was Sie hier bringen!)

Zu Recht wird in der Regierungserklärung die sehr späte Heraustrennung und gesonderte Vernichtung des Risikomaterials aus der Lebensmittelproduktion kritisiert, genauso wie die Anwendung der Schnelltests erst ab Ende 2000, obwohl der Test bereits seit Mitte 1999 zur Verfügung stand. - Hier hat die rot-grüne Regierungskoalition eklatant versagt. Das müssen wir doch einmal festhalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bereitstellung von Kapazitäten für **BSE-Schnelltests** ist kein Ruhmesblatt der Regierung. Zu Recht wird die Verantwortung dafür auf das Ministerium für ländliche Räume übertragen. Das Umweltministerium ist sich der wirtschaftlichen Folgen seines Handelns nicht bewusst. Die Kosten für die Tests trägt nicht das Ministerium, also ist dem Minister die Kostenfrage egal. So geht es nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]. Das werden wir uns genauer angucken!)

Die Rechtmäßigkeit der Vergabepaxis durch das Ministerium ist zwar mittlerweile durch ein Gericht festgestellt worden, ich frage aber dennoch, warum beim ersten Termin vor dem Landgericht kein Vertreter des Ministeriums erschien und dem Steuerzahler die Kosten für dieses Versäumnis aufgehalst werden müssen.

Das gilt auch für die Diskrepanz zwischen den Preisen für amtliche und freiwillige Tests: Die Kosten für

amtliche Tests liegen bei bis zu 170 DM, dabei kann eine Gebühr von bis zu 126 DM entstehen, die freiwilligen Tests sind dagegen mit 60 bis 90 DM erheblich billiger. Das führt doch zu dem verqueren Bild, dass BSE-Schnelltests billiger sein könnten, wenn sie nicht gesetzlich vorgeschrieben wären. Wir fragen, ob tatsächlich im geplanten Umfang Testkapazitäten im **Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt** errichtet werden müssen. Die Labore, die bereits über Sachverstand und Kontingente verfügen, werden in Zukunft in der Lage sein, die Tests preisgünstiger und auch kompetenter durchzuführen; dafür müssen nicht neue Kapazitäten geschaffen werden.

Auch die Aufarbeitung der Vergangenheit ist, anders als geschildert, kein Ruhmesblatt für diese Landesregierung. Die F.D.P. hat die Vorfälle in Bad Bramstedt angesprochen; der Staatssekretär war offensichtlich nicht an einer Aufklärung interessiert. Die Landwirtschaftsministerin hat die erbetenen Unterlagen sofort zur Verfügung gestellt, wofür ich mich bedanke. Doch nun mangelt es an einer Aussagegenehmigung für den Leiter der Tierärztlichen Hochschule in Hannover, Professor Pohlenz. Warum eigentlich, wenn es nichts zu verbergen gibt? Oder wollen Sie die Unsicherheit über diese Vorfälle bewusst aufrechterhalten, um Stimmung für Ihre Agrarwende zu machen?

Wenn ein Fehler entdeckt werden sollte, muss die Öffentlichkeit umfassend informiert werden, so Frau Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung. Richtig! Aber was halten Sie davon, ihn auch abzustellen? Nicht nur anzuprangern, sondern Fehler zu beseitigen, das ist die Aufgabe der Regierung.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Im umfangreichen Forderungskatalog fehlt nicht die Forderung nach Streichung der Exportsubventionen für lebende Schlachttiere. Das ist richtig, aber keine akute Maßnahme zur Bekämpfung der BSE-Krise.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso denn nicht?)

Es fehlt auch nicht die Forderung nach der Verschärfung der Regeln für die Nutztierhaltung, aber auch dies ist kein Beitrag zur Bekämpfung der BSE-Krise. Wenn schon, im Übrigen völlig zu Recht, das hervorragende Qualitätsmanagement des **Landeskontrollverbandes** in der Milchproduktion erwähnt wird - ein richtiger Lichtblick in dem Papierstapel -, frage ich mich: Wo bleibt die Würdigung der artgerechten Milchtierhaltung? Das gehört zum Thema „Kuhkomfort“. Frau Birk, wissen Sie, wie es in einem Kuhstall aussieht? Ich glaube nicht.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Wichtig ist Ihnen dagegen, die Legehennenhaltung anzusprechen. Das hat mit BSE nichts zu tun, aber sei's drum. Hat man Ihnen auch gesagt, dass mehr als die Hälfte der Hähnchen, die bei uns verzehrt werden, hier nicht gelebt haben? Jede Verschärfung unserer **Tierschutzbestimmungen** würde dazu führen, dass wir noch weniger Einfluss auf ihre Lebensbedingungen haben, weil dann Hähnchenmast aus wirtschaftlichen Gründen bei uns nicht mehr betrieben würde. Soll demnächst auf den Beipackzetteln von Lebensmitteln zu lesen sein: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie die Ministerpräsidentin? Oder was soll auf dem Gütesiegel stehen?

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Den gesetzlichen Standard mit einem Gütesiegel auszuzeichnen, hält die F.D.P. für falsch.

(Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Einhaltung der gesetzlichen Standards ist selbstverständlich und braucht daher auch nicht besonders belobigt zu werden.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja eine Amokrede!)

Dazu gehört auch die Einhaltung der **Hygienebestimmungen**, deren Verletzungen laut Bericht über die Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen den meisten Anlass zu Beanstandungen gegeben haben. Damit korrespondiert auch, dass in den letzten Jahren die Zahl der Salmonellosen und anderer mikrobiell bedingter Lebensmittelvergiftungen von zusammen etwa 6.000 Erkrankungen etwa gleich hoch geblieben ist. Da gibt es eine Menge zu tun.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die F.D.P. sollte die landwirtschaftliche Sprecherin schnell austauschen!)

Wesentlich für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor dem Verzehr von Fleisch, das mit krank machenden Prionen verunreinigt ist, ist die Umstellung der **Schlachtmethoden**. Es muss ausgeschlossen werden, dass insbesondere Rückenmark beim Schlachten auf dem Schlachtkörper verteilt wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Nach dem Auftreten von BSE sollte in den Schlachthöfen das Verfahren so umgestellt werden, dass die bereits getöteten Tiere nicht mehr in der Mitte durch die Wirbelsäule getrennt werden, sondern links und rechts von der Wirbelsäule. So könnte die Verminen-

gung von **Risikomaterial** aus der Wirbelsäule mit sonstigem Fleisch vermieden werden.

Nun konnte man in der letzten Zeit den Medien entnehmen, dass bei einigen Schlachthöfen immer noch nach der alten Methode geschlachtet wird. Sie von der Regierung sind in der Pflicht, dies sorgfältig zu überwachen. Der MELFF-Bericht aus dem Jahre 1994 ist Ihnen bekannt und Anlass genug, bei Schlachthöfen genauer hinzuschauen.

Wie sehr Regierungserklärung und Maßnahmenkatalog von der Umsetzung alter Dogmen beherrscht werden und wie wenig die Bekämpfung der aktuellen Krise eine Rolle spielt, zeigt die völlig untergeordnete Rolle der **Forschung**. Das ordnet sich ein in den Versuch der Zerschlagung der Agrarwissenschaftlichen Fakultät an der CAU und der ideologisch begründeten Ablehnung der Gentechnik, aber es geht an den wirklichen Erfordernissen vorbei.

Wir wissen nur wenig über BSE, in jedem Fall nicht genug, um die Ausbreitung der Krankheit gezielt unterbinden zu können. Eine Bestandskeulung ist schließlich keine gezielte Maßnahme, sondern ein Schrotschuss.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Mit der Beibehaltung dieser Bekämpfungsmaßnahme dürfen wir nicht zufrieden sein. Wir müssen daher intensive Anstrengungen unternehmen, diese Erkrankung und den genauen Weg ihrer Entstehung zu erforschen. In Schleswig-Holstein sind dafür gute Voraussetzungen gegeben. Es ist nicht zu erkennen, dass die Landesregierung wirklich bereit ist, schleswig-holsteinische Forschungseinrichtungen mit ihren guten Voraussetzungen in ein nationales Konzept zur TSE-Forschung einzubringen.

Lieber kuscht sie vor ihrem grünen Koalitionspartner und seiner ideologisch begründeten Ablehnung von Gentechnik und agrarwissenschaftlicher Forschung;

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

denn auch die Grünen wissen ganz genau: BSE-Forschung geht nicht ohne Gentechnik.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch wenn BSE vom Gesetz her als Seuche bewertet wird, wird weiter darüber gestritten, ob BSE eine Seuche, überhaupt eine Infektionskrankheit oder eine Intoxikation ist. Sicher ist: Sie führt zum Tod. Menschen werden durch den Verzehr von **BSE-Prionen** gefährdet.

Der Zusammenhang zwischen BSE und der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit ist zwar

(Dr. Christel Happach-Kasan)

nicht bewiesen, liegt aber sehr nahe. Aus Vorsorgegründen müssen wir dies berücksichtigen. Daher muss alles getan werden, Tiere mit BSE schnell auffindig zu machen und zu töten. Je schneller sie gefunden werden, umso weniger ist eine Übertragung auf andere Tiere möglich.

Der Lebendtest steht erst für das Ende des Jahres 2002 in Aussicht. Da bietet der Schweizer BSE-Verhaltenstest nach Professor Braun eine Möglichkeit, die Diagnostik von BSE am lebenden Tier zu verbessern. Unsere in Deutschland angewandte Diagnostik ist dringend verbesserungswürdig - auch im Hinblick auf die Kosten. In Deutschland ist nichts passiert. In der nachträglichen Analyse der Tiere, bei denen im Schnelltest BSE nachgewiesen wurde, zeigte sich, dass BSE-Symptome schon am lebenden Tier erkennbar waren; die Krankheit hätte vor dem Schlachten diagnostiziert werden können. Aber offensichtlich haben Tierärzte in Deutschland im Hinblick auf BSE einen geringeren Ausbildungsstand als ihre Schweizer Kollegen; denen nämlich gelingt dies meistens. Die Untersuchung von Schlachttieren auf BSE-Symptome mit der Folge der Aussonderung auffälliger Tiere aus dem regulären Schlachtprozess erspart eine Menge Kosten. Da ist es ein Zeichen von Ignoranz, wenn diese Möglichkeit so total verworfen wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

In dem Bericht über die Vorsorgemaßnahmen sprechen Sie vom - ich zitiere - „selten deutlich ausgeprägten Verhaltensmuster einer BSE-Erkrankung“. Dies ist ein Widerspruch zur Beantwortung meiner Kleinen Anfrage und auch zum Film, der sehr deutlich ausgeprägte Verhaltensmuster zeigt. Die Landesregierung hätte gut daran getan, sich bei der Landwirtschaftskammer einmal umfassend darüber zu informieren. Dort hat es schon Anfang Februar eine Veranstaltung zu diesem Thema gegeben. Die Landesregierung lädt erst für Ende März ein - und sie lädt tatsächlich auch Professor Braun ein, von dem sie gerade erst gesagt hat, dass seine Methode nicht tauglich sei. Wir halten es für eine richtige Maßnahme, alle Möglichkeiten zur Bekämpfung von BSE auszuschöpfen und nicht nur die, die politisch genehm sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Vorbehalt in der Regierung gegenüber den Möglichkeiten der **Verhaltensforschung** ist ein Anachronismus und in einer Regierungskoalition, die ständig nach Alternativen zur Gentechnik sucht, wirklich paradox. Seien Sie von den Grünen doch nicht so fixiert auf chemische Tests, informieren Sie sich doch auch einmal über andere Möglichkeiten! Je weniger wir über BSE wissen, umso umfassender müssen die Vorsorgemaßnahmen sein, die getroffen werden, um die

Rinderbestände vor Neuerkrankungen zu schützen, um Menschen vor dem Genuss von Fleisch zu schützen, das mit krank machenden Prionen infiziert ist. Je mehr wir wissen, umso gezielter ist der Schutz von Mensch und Tier zu verwirklichen.

Für die F.D.P. bleibt unverständlich, warum sich Schleswig-Holstein bei den Schutzmaßnahmen gegen BSE insbesondere an Großbritannien orientiert anstatt an der Schweiz. Wollen Sie damit wirklich suggerieren, dass Sie in Deutschland 100.000 BSE-Fälle erwarten? Wollen Sie sich an der von einem Teil der Medien betriebenen Panikmache beteiligen? Wollen Sie den Wissenschaftlern folgen, die mit Cassandra rufen durch die Blätter geistern?

Es spricht alles dafür, dass die Verhältnisse in der Schweiz eher den Verhältnissen in Deutschland entsprechen. Damit sind die in der Schweiz getroffenen und erprobten Maßnahmen zur Bekämpfung von BSE besser als Vorbild geeignet als die in Großbritannien ergriffene Maßnahmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stets wiederkehrend ist die Forderung von der linken Seite des Hauses nach einem **Verfütterungsverbot** von **Tiermehl**. Damit entsprechen Sie den Wünschen einer weitgehend städtisch geprägten Bevölkerung. Aber Sie fragen nicht, ob dies in dieser Absolutheit und auf Dauer vor dem Hintergrund der Forderung auf Nachhaltigkeit wirklich sinnvoll ist.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die F.D.P. hat überhaupt nichts begriffen!)

- Frau Heinold, ich habe mehr begriffen, als Sie sich überhaupt vorstellen, dass man begreifen kann. Frau Heinold, Sie haben schlicht und ergreifend keine Ahnung. Seien Sie nicht fixiert auf alte Lösungen, sondern suchen Sie nach neuen Lösungen und überprüfen Sie die Lösungen auch im Hinblick auf andere Aspekte! Seien Sie nicht immer nur auf einen Punkt fixiert!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das, was Sie hier fordern, fordert ja nicht einmal die Futtermittelindustrie!)

- Ach, hören Sie doch auf! Stamokap-Thesen habe ich an der Universität zur Genüge diskutiert. Ich habe keine Lust mehr, mich im Landtag mit diesen alten Thesen auseinander zu setzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Hentschel, Sie fordern ja sogar die Kraft-Wärme-Kopplung für jedes einzelne Haus, weil Ihnen Betriebe, die zwei Häuser versorgen, schon zu groß sind. Sie

(Dr. Christel Happach-Kasan)

haben eine Kleinstmentalität, eine Autarkie mentalität, die an vergangene Zeiten erinnert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen alle Hühner einmal um die Erde fliegen, bevor sie verkauft werden!)

- Die Legehennen fliegen nicht. Sie sollten sich einmal bei den Landwirten erkundigen, wie denn das so mit der landwirtschaftlichen Produktion ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Kollege Hentschel fliegt bald!)

- Ja, das kann ich mir eher vorstellen.

Zurzeit - das will ich ganz deutlich sagen - ist die Maßnahme, Tiermehlverfütterung zu verbieten, sinnvoll und ohne Alternative.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bravo!)

Aber es muss erlaubt sein zu fragen - nur wer die richtigen Fragen stellt, kann die richtigen Antworten bekommen -, ob es nicht doch sinnvoll sein kann, Schlachtabfälle von Tieren, die für den menschlichen Verzehr geeignet sind, wieder zu verfüttern, anstatt sie zu verbrennen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: An Wiederkäuer!)

- Ach, doch nicht an Wiederkäuer! Das ist seit 1994 verboten und war in Deutschland nie eine umfassend angewandte Methode. Erkundigen Sie sich doch einmal.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist doch falsch. Die britische Landwirtschaft ist eine andere als die in Deutschland. Erkundigen Sie sich einmal, was wirklich Sache ist, anstatt nur mit ideologisch aufgeheizten Leuten zu sprechen. Sprechen Sie einmal mit denen, die wirklich Erfahrung in der Landwirtschaft haben und wissen, wovon sie reden!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir alle fordern die artgerechte Tierhaltung; ich denke, darin sind wir uns in diesem Hause einig. Wir fordern auch die artgerechte Tierernährung; auch darin sind wir uns wohl alle einig. Schweine sind bekanntlich Allesfresser, keine Vegetarier.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Wie wollen Sie, werte Freunde von der linken Seite des Hauses, die artgerechte Schweinehaltung realisieren? Die zurzeit noch betriebene Verfütterung von Speiseresten birgt große Risiken, wie der Ausbruch

der Maul- und Klauenseuche in Großbritannien zeigt - verursacht aller Wahrscheinlichkeit nach durch infizierte Speisereste aus Asien. Wir werden uns auch in Schleswig-Holstein von dieser Methode auf Dauer verabschieden müssen. Wir müssen den Betrieben, die darin investiert haben, mittelfristig Möglichkeiten geben, sich umzuorientieren.

Aber, werte Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite des Hauses, Sie dürfen nicht nur Forderungen stellen, sondern müssen Lösungen finden, die alle Aspekte berücksichtigen, einschließlich der Nachhaltigkeit, der artgerechten Tierhaltung. Ein Teil der BSE-Krise ist der drastische Rückgang im Rindfleischverbrauch. Dafür haben Sie keine Lösungen parat, zeigen auch keine Bereitschaft, den mittelständischen Betrieben zu helfen, und verbessern in keiner Weise den Verbraucherschutz.

Die Opposition hat der Regierung in der Bewertung der Anfangsmaßnahmen gute Noten erteilt. Ich stehe zu diesem Urteil. Doch das war Anfang Januar. Seither sind die Informationspolitik ungenügend und das Handeln absolut nicht zureichend.

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite des Hauses, sind dieser Krise nicht gewachsen. Es ist schade für unser Land. Wir sollten gemeinsam Anstrengungen unternehmen, um weiterzukommen, statt diese ideologischen Grabenkämpfe zu betreiben, die für keinen Menschen in diesem Land eine Hilfe sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Rainer Steenblock.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir das Vertrauen von Verbraucherinnen und Verbrauchern zurückgewinnen wollen, dann ist eine neue, eine veränderte Landwirtschaftspolitik die zentrale Voraussetzung dafür.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Das, was Sie hier heute geboten haben, meine sehr verehrten Damen und Herren von rechts, ist zu wenig. Die CDU hat keine einzige Aussage gemacht, wie sie sich die neue Agrarpolitik vorstellt. Die F.D.P. hat

(Rainer Steenblock)

sich als beratungsresistent dargestellt, was Sie, Frau Happach-Kasan, gar nicht mitbekommen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, hier geht es um fachliche Kompetenz; halten Sie sich aus dieser Debatte lieber heraus!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir wollen die Debatte über eine neue Landwirtschaftspolitik führen, in der es nicht weiter so geht wie bisher. Wir wollen keine Landwirtschaftspolitik, in der Grasfresser zu Fleischfressern gemacht werden, in der Schweine mit Antibiotika gedopt werden, in der Lebewesen zu Verbrauchsgütern degradiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Das will doch auch keiner! - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist unverschämt! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das ist nicht der Weg, den wir wollen. Wir wollen umsteuern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir brauchen eine neue Weichenstellung in diesem Bereich. Bei 27 Milliarden DM Subventionen in diesem Bereich haben die Verbraucherinnen und Verbraucher ein Recht, über das Wie und das Was dieser Politik mit zu entscheiden und mit zu bestimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese Weichenstellung heißt: Raus aus der Überschussproduktion, rein in eine Qualitätsproduktion!

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Das heißt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihren Steuergeldern keine Tierquälerei finanzieren wollen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

dass wir keine Belastung von Wasser und Boden finanzieren wollen, sondern den Schutz unserer natürlichen Ressourcen, keine Vernichtung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, sondern die Sicherung und Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Das ist die Richtung, in die wir

wollen, und in diese Richtung geht diese rot-grüne Landesregierung mit den Fraktionen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Sie können sich aufregen, natürlich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir? - Sie!)

Ich habe Verständnis dafür, weil Sie - wie andere auch - in der Vergangenheit Versäumnisse gehabt haben. Der Unterschied ist aber, dass wir uns dieser Verantwortung stellen. Die Ministerpräsidentin hat auf diese Verantwortung und auf die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, hingewiesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Toll!)

Ich würde mir wünschen, dass auch Sie die Fehler, die Sie in der Vergangenheit mit Ihrer Agrarpolitik gemacht haben, einmal eingestehen und Konsequenzen ziehen würden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Ach, Herr Kubicki, so etwas Unhistorisches wie das, was Sie gerade dargestellt haben, ist hier irrelevant.

(Zurufe)

Wir brauchen eine Landwirtschaftspolitik, in der es darum geht, dass wir die Fehler der Vergangenheit nicht mehr machen. Natürlich brauchen wir den Schulterchluss mit den Bäuerinnen und Bauern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee! - Unruhe)

Die Sensibilität ist in der Landwirtschaft sehr viel größer, als es die Funktionäre, die hier aufgetreten sind, deutlich machen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es geht nicht darum, Gräben zwischen ökologischem Landbau und konventionellem Landbau zuzuschütten. Diese Gräben sind glücklicherweise zugeschüttet worden. Jeder in der Landwirtschaft weiß, dass wir in diese Richtung wollen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher verlangen das und wir brauchen in diesem Bereich eine vernünftige Vermarktungsförderung. Der Staat muss dies subventionieren, nicht auf Dauer, aber diesen Umstieg muss diese Gesellschaft, wenn sie verantwortlich ist, mit Steuermitteln unterstützen.

Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir in eine Politik hineinkommen, in der der **ökologische Land-**

(Raider Steenblock)

bau mehr gefördert wird. Gerade in den ersten beiden Jahren, in denen die Landwirte des ökologischen Landbaus das Problem haben, dass sie ihre Produkte nicht unter dem Label vermarkten können, brauchen wir eine stärkere Unterstützung für den ökologischen Landbau. Deshalb bin ich sehr dafür, dass die Prämien in diesem Bereich erhöht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch im Bereich der Beibehaltungsförderung, bei der wir ehrlicherweise zugeben müssen - da stimmen mir wohl alle zu, die bisher Verantwortung getragen haben -, dass wir nicht das Optimum erreicht haben, brauchen wir auch im Sinne der Landwirte die Auszahlung der Vermarktungsförderung, die bisher in den Ökofonds gegangen ist, an die Betriebsleiter auf den Höfen, damit sie selber in die Vermarktung ihrer Produkte mehr Geld stecken und die Ungleichgewichte, die wir im Vergleich zu anderen Bundesländern zurzeit haben, ausgeglichen werden können.

Wenn wir uns einmal vorstellen, dass ein Bauer, der auf seiner Fläche Mais anbaut, dafür eine Prämie bekommt, die etwas über 700 DM, genau bei 720 DM liegt,

(Claus Ehlers [CDU]: Stimmt!)

wenn er auf dieser Fläche zum großen Teil Gülle entsorgt, und dass jemand, der ökologischen Landbau beibehält, 240 DM bekommt,

(Zurufe von der CDU)

dann zeigt das, dass wir im Bereich des Prämiensystems tatsächlich umbauen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen ein Prämiensystem, das die ökologische Wahrheit sagt und - lieber Claus Ehlers - das auch die Arbeitsleistung auf dem Lande sehr viel besser honoriert, als es bisher der Fall ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn wir in diese Richtung gehen wollen - und ich glaube, dass wir gute Gründe haben, gemeinsam in diese Richtung zu gehen -, dass wir Arbeitsleistung in der Landwirtschaft stärker subventionieren als die Fläche,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann bin ich sehr dafür, dass wir uns in Deutschland - so habe ich die Ministerpräsidentin auch verstanden - dafür einsetzen, dass auf EU-Ebene in dieser Richtung etwas verändert wird, dass wir in Deutschland die Möglichkeiten nutzen, die uns die EU schon jetzt lässt,

zum Beispiel über Modulation oder Cross Compliance Arbeitsleistung besser zu honorieren, Arbeitskraft im ländlichen Raum zu stärken, um Leistungen, die die Landwirte für die Umwelt erbringen, viel stärker in die Subventionierung einzubeziehen. Das ist der richtige Weg, den wir weitergehen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist auch ein richtiger Weg, um den ländlichen Raum zu stärken.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da müssen Sie die Regierung angucken!)

Wenn wir beim Prämiensystem sind, müssen wir auch die **Investitionen im ländlichen Bereich** deutlich verbessern, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Veredelung, im Bereich der Weiterverarbeitung.

Wir haben das Problem der **Tiertransporte** angesprochen. Ich bin sehr einverstanden mit dem, was die Ministerpräsidentin zu unserer Verantwortung im Tierschutz gesagt hat. In diese Richtung können wir als ganzes Haus gehen. Das bedeutet aber auch, dass wir die Infrastruktur dafür schaffen müssen, zum Teil wieder schaffen müssen beziehungsweise alle Anstrengungen dafür unternehmen müssen, dass wir zum Beispiel die Schlachthofinfrastruktur in diesem Lande erhalten und ausbauen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Infrastruktur kommt, wenn die Gesetze angepasst sind! Aber doch nicht andersherum!)

Wenn wir keine regionalen Schlachtkapazitäten haben, brauchen wir auch nicht lange darüber zu räsonieren, wie lange Tiere auf den LKWs unterwegs sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch glatter Unsinn, den Sie erzählen!)

Dabei geht es natürlich um eine artgerechte Tierhaltung. Auch da sind wir uns einig. Frau Kollegin Hapbach-Kasan, Sie haben das Beispiel mit der Käfighaltung gebracht und zu Recht darauf hingewiesen, dass viele Hähnchen, die wir hier verzehren, nicht in Deutschland aufgewachsen sind, sondern dass sie zum Teil im außereuropäischen Ausland - von Rumänien bis hin nach Südafrika, wo Riesenanlagen mit Millionen von Tieren aufgebaut worden sind - produziert werden. Aber die Konsequenz, die Sie daraus ziehen, wir sollten dann unsere Standards nicht so hoch setzen,

(Rainer Steenblock)

weil wir von der nicht artgerechten Haltung aus dem Ausland überrannt werden, ziehe ich nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte vielmehr eine hochwertige Qualitätsproduktion haben und auf jedem Hähnchen beziehungsweise jeder Eierschachtel, die ebenfalls zum Teil aus Südafrika hierher transportiert wird, stehen haben, dass sie aus tierquälerischer Massenhaltung kommen. Dann können die Verbraucher, die ja heute häufig gar nicht wissen, woher die Produkte kommen, tatsächlich entscheiden. Wenn auf den Produkten Informationen über die Haltung stehen, haben die Verbraucher die Chance, über den Kauf zu entscheiden.

(Beifall - Martin Kayenburg [CDU]: Die Informationen stehen drauf! Sie müssen nur lesen können! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie heute auch schon!)

- Nein! - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich über Verbraucherinformationen und Kennzeichnungsregelungen unabhängig von parteipolitischen Meinungen ernsthaft unterhalten, müssen Sie doch mit mir zu der Feststellung kommen: Was heute als Produktinformation auf den Lebensmittelverpackungen steht, ist für viele Verbraucherinnen und Verbraucher absolut unverständlich. Die Verbraucherinnen und Verbraucher können aufgrund der heutigen Form der **Produktinformation** nicht tatsächlich entscheiden, was sie kaufen wollen. Wenn wir tatsächlich über Verbraucherpolitik nachdenken wollen, brauchen wir eine Offensive in diesem Bereich, dass wir Produkte so kennzeichnen, dass Verbraucher nach ihren Kriterien entscheiden können, was sie kaufen wollen.

Die Ministerpräsidentin hat auf das Problem Kalbsleberwurst hingewiesen: Welcher Verbraucher kann denn aufgrund der chemischen Begriffe, die auf der Verpackung stehen, wissen, dass darin tatsächlich gar kein Kalbfleisch ist? Das weiß doch keiner. Dazu müsste er Chemie, Lebensmittelrecht oder was weiß ich studiert haben. So kann es nicht weitergehen. Was da passiert, ist eine Veralberung der Verbraucher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch die Ministerpräsidentin hat angedeutet, dass es nicht nur um die Stärkung des Ökolandbaus geht, sondern dass wir natürlich auch die große Mehrheit der Landwirte im Blick behalten wollen. Wir müssen uns auch mit diesen Landwirten auseinander setzen, denn die Bereitschaft, umweltgerechter zu wirtschaften, ist bei diesen Landwirten auch da. Sie wollen eine Qualitätsproduktion. Ich kenne keinen Landwirt, der sagt, ich will hauptsächlich Masse machen, egal wie. Das

ist eine Landwirtschaft, in die unsere Bauern durch Strukturen hineingedrängt worden sind, die sie zwar nicht verhindert haben, die sie aber nicht gewollt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb bin ich der Ministerpräsidentin auch dankbar dafür, dass sie das Problem der **Grünlandprämie** angesprochen hat. Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein ist die Grünlandnutzung ein ganz zentraler Bereich. Ich habe die Maisprämie bereits angesprochen: Sie ist eines der größten Verbrechen der Agenda 2000 gewesen, weil durch sie die Silo-Mais-Prämie beibehalten wurde, und zwar ohne ökologischen und letztlich auch ohne betriebswirtschaftlichen Sinn und Verstand.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.]

Gerade hier in Schleswig-Holstein brauchen wir Prämien, die Futtermittelanbau und Grünland zumindest auf die gleiche Ebene stellen wie Mais. Ich will allerdings deutlich sagen: Auch in meiner Partei wird die Grünlandprämie häufig als das A und O dargestellt. Wenn Grünlandprämie ökologisch richtig verstanden wird, dann dürfen wir allerdings nicht das einjährige Gras prämiieren. Häufig findet man nur noch eine Pflanze im Grünland. Dort steht dann Weidelgras und die Gülle, die man auf dem Mais nicht mehr losgeworden ist, wird auf das Gras gekippt. Das kann nicht die Alternative sein, die hier als Grünlandprämie verstanden wird. Auch hier muss es eine vielseitige Struktur geben, dann ist es das Vernünftige, was wir hier in Schleswig-Holstein - ausgehend von unseren natürlichen Voraussetzungen - für die Weidehaltung brauchen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich glaube, dass in diese Richtung eine Landwirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein nicht nur in der Lage ist, **Verbrauchervertrauen** zurückzugewinnen. Ich glaube, dass es unsere augenblickliche Pflicht ist, unseren Landwirten wieder eine Perspektive zu geben. Das machen wir nicht nur im Rahmen der Verbraucherpolitik, sondern auch im Rahmen der Landwirtschaftspolitik. Unsere Landwirte brauchen eine Einkommensperspektive. Die wird es nur dann geben, wenn sie ihre Produkte wieder zu vernünftigen Preisen vermarkten können. Preise, die vernünftig sind, sind eigentlich Preise, die nicht subventioniert sind. Das muss das Ziel der Agrarpolitik sein, nämlich aus der

(Raider Steenblock)

Subventionierung herauszukommen. Das wird kurzfristig nicht möglich sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kein Landwirt wird es auf Dauer ertragen können, in ganz großen Teilen seiner Berufsausübung ein beamtenähnlicher Empfänger des Staates zu sein. Deshalb müssen wir zu einer Landwirtschaft kommen, in der jeder Landwirt für seine Produkte auch die gerechten Preise bekommt. Das muss das gemeinsame Ziel unserer Agrarpolitik sein. Subventionen sind eine Krücke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Unsere augenblickliche Pflicht ist es, hier unterstützend einzugreifen. Für uns geht es um sehr viel mehr: Es geht um die Zukunft der ländlichen Räume. Wenn wir diese Zukunft ernst nehmen, dann brauchen wir auch ein System, das die Gelder nicht nur in eine Flächenprämienlandwirtschaft steckt. Wir brauchen eine Landwirtschaftspolitik, die den ländlichen Raum insgesamt im Blick hat. Das heißt, Verarbeitungsbetriebe und kleinere und mittlere Betriebe, die landwirtschaftliche Produkte veredeln und weiterentwickeln, zu stärken und zu halten.

Eine Regionalpolitik muss in Zukunft sehr viel stärker von der Gemeinschaft unterstützt werden. Deshalb freue ich mich auch über die Ankündigung der Bundesratsinitiative der Landesregierung. Wir werden der Landesregierung mit großem Engagement unsere Unterstützung anbieten, damit wir die Förderungsstruktur, die wir hier in Deutschland und auf europäischer Ebene haben, so umstricken können, dass eine nachhaltige Förderung des ländlichen Raums möglich wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Das ist das Bohren dicker Bretter. Darüber kann man sich nicht mit kurzlebiger Polemik hinwegsetzen, wie Sie das hier vorgeführt haben. Wenn wir dieses Bohren dicker Bretter tatsächlich ernst nehmen, dann brauchen wir mehr Gemeinsamkeit, als in dieser Debatte deutlich geworden ist. Wir brauchen von Ihrer Seite die Anstrengung, sich mit den auf dem Tisch liegenden Problemen auseinander zu setzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Die Landesregierung und die rot-grünen Fraktionen haben sich dieser Herausforderung gestellt. Wir sind damit auf einem Wege, der gut und - gar keine Frage - schwer ist. Wir haben uns auf dem Weg gemacht und Sie stehen im nörgelnden Abseits.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem ersten Fall von BSE vor vier Monaten begann eine sehr kontroverse Diskussion um die zukünftige Gestaltung und Zukunft der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland. Es ist unbestritten, dass die betroffenen Betriebe vor existenziellen Problemen stehen. Es wird vieles dafür getan, um diesen Problemen zu begegnen. Der durch die BSE-Krise angerichtete Schaden wirkt sich auch nachhaltig negativ auf das Vertrauen der Verbraucher aus. Das ist kein Wunder, wenn vorher von offizieller Seite stets verkündet wurde, Deutschland sei BSE-frei.

Dass heute trotz wesentlich besserer Kontrollen als je zuvor der Verbraucher immer noch stark verunsichert ist und sich beim Kauf von Fleisch nur zögerlich verhält, kann niemanden wundern. Das Vertrauen ist weg, das müssen wir feststellen.

Ausgehend von dieser Tatsache ist es - neben allen kurzfristigen Maßnahmen - notwendig, langfristig das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen. Mal ehrlich: Wenn Ihnen jemand immer wieder sagt: „Vertrau mir!“, und Sie stellen im Nachhinein fest, dass das Vertrauen nicht gerechtfertigt war, würden Sie diesem Menschen noch einmal vertrauen? Wohl eher nicht. Ähnlich verhält es sich auch mit den Verbrauchern. Sie haben vertraut. Vielleicht haben sie auch manches nicht wahrhaben wollen, wie auch so viele andere in der Politik. Dieses Vertrauen müssen wir nun zurückgewinnen. Ein „Weiter so!“ gibt es nicht mehr.

(Beifall bei SSW und SPD)

Dieses haben sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung und die Land- und Ernährungswirtschaft erkannt. Um es gleich zu sagen: Ich werde hier nicht der ökologischen Landwirtschaft das Wort reden. Sie hat ihre Berechtigung und kann eine Marktnische abdecken. Ob dies dann die von manch einem angestrebten 20 % sein werden, bezweifle ich eher. Letztlich wird dies der Verbraucher entscheiden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr vernünftig!)

Worum es geht, wenn ich über die Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher rede, ist eine Veränderung der Land- und Ernährungswirtschaft hin zu einer

(Lars Harms)

nachhaltigen Wirtschaftsweise und hin zu einer von Anfang bis Ende „durchsichtigen Produktion“.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Gut! - Beifall bei SSW und SPD)

Durchsichtige Produktion bedeutet in erster Linie **Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen**. Dies gilt für die gesamte Land- und Ernährungswirtschaft, nicht nur für die Fleischproduktion. Es gilt auch für pflanzliche Produkte. Damit sind nicht nur BSE-Tests, sondern auch eine Vielzahl von anderen Tests gemeint.

Die genannten Zahlen machen deutlich, dass in Schleswig-Holstein Kontrollen im Bereich der Futter- und Lebensmittel durchgeführt werden. Begründet sind sie in einer Vielzahl von Verordnungen, Richtlinien und Gesetzen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Hier finden wir alles: von der Aromenverordnung bis hin zur Zuckerartenverordnung.

Auch geht der Bericht ausführlich auf Verfahrensabläufe und die Aufgabenwahrnehmung in der Futtermittel- und Lebensmittelkontrolle ein. Trotzdem glauben wir, dass man die Kontrollen - beispielsweise von Futtermitteln - noch vereinfachen kann. Eine entscheidende Grundvoraussetzung für eine Vereinfachung im Bereich der Futtermittelkontrollen ist eine **Positivliste** der erlaubten **Inhaltsstoffe**, damit jedem klar ist, was Futtermittel enthalten dürfen. Positivlisten und eine entsprechend offene Deklaration sind klar und deutlich und vereinfachen die Kontrollen.

Was ich jedoch im Bericht zu den Kontrollen vermisse, ist eine ausführliche Beschreibung dessen, was die Landesregierung hinsichtlich gegebenenfalls erforderlicher zukünftiger Konsequenzen plant.

Es ist von der Landesregierung ein Konzept für ein **Gütezeichen** geplant, das darauf beruhen soll, dass vorwiegend eine Eigenkontrolle durch die Land- und Ernährungswirtschaft sowie durch den Einzelhandel erfolgt. Trotzdem müssen wir unserer Meinung nach immer noch Stichproben durchführen. Wie viele dies sein müssen und wie viel Personal und Infrastruktur vorzuhalten sind, geht leider weder aus dem Bericht noch aus der Regierungserklärung hervor. Hier würden wir gern wissen, ob das Land für die nächsten Jahre entsprechende Kontrollen durchführen kann oder auch nicht, und ob die Landesregierung ansonsten entsprechende Maßnahmen plant.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Die Aussage allein, „die Lösung kann nicht lauten, alle vorhandenen Defizite durch Personalzuwachs zu beheben“, reicht nicht aus.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Bei den Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen geht es aber nicht nur um die BSE-Tests, wie ich anfangs schon gesagt habe. Es geht beispielsweise auch um Tests, ob in einem Lebensmittel gentechnisch behandelte Bestandteile enthalten sind oder nicht.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Der Verbraucher will auch hierauf eine vernünftige Antwort. Er muss die Chance haben, selber entscheiden zu können, ob er gentechnisch behandelte Lebensmittel zu sich nehmen will oder nicht.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass der Verbraucher in Zukunft kritischer sein wird als früher. In Flensburg wird gerade im Bereich des Nachweises von gentechnisch veränderten Stoffen in Pflanzen geforscht.

(Lothar Hay [SPD]: Gut so!)

Der Nachweis an sich ist schon ohne weiteres möglich, aber die Quantifizierung der Inhaltsstoffe ist immer noch schwierig. Wie viel gentechnisch bearbeitetes Material in den einzelnen Lebensmitteln ist, ist immer noch schwer zu bestimmen. In Flensburg scheint man auf dem Weg zu sein, dieses Problem zu lösen.

Dies hätte zur Folge, dass eine genaue Deklaration der Inhaltsstoffe dann besser möglich wäre als bisher. Dieses Projekt wurde auch vom Land Schleswig-Holstein unterstützt, was auch als wichtige Unterstützung der Land- und Ernährungswirtschaft der Zukunft anzusehen ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme nun zu der Frage der **Vorsorgemaßnahmen** zur Verminderung weiterer BSE- und TSE-Erkrankungen. Der Bericht des Sozialministeriums, auf den ich in der noch folgenden Debatte heute Nachmittag näher eingehen werde, macht deutlich, dass ein Zusammenhang zwischen Nahrungsaufnahme und BSE-Erkrankung besteht. Das zeigen auch neueste wissenschaftliche Untersuchungen in Großbritannien. Der Übertragung von BSE durch Futtermittel kommt somit heute die größte Bedeutung zu.

Dies scheint nicht die neueste Erkenntnis zu sein; denn der Bericht über die Vorsorgemaßnahmen zur Verhinderung weiterer BSE-Erkrankungen macht deutlich, dass es bereits Mitte der 90er-Jahre mehrere europäische Vorschriften zu alternativen Verfahren der Tierkörperbeseitigung gegeben hat. Man war sich also schon bewusst, dass auf diesem Sektor etwas getan

(Lars Harms)

werden muss, jedoch wurde es zugelassen, dass tierisches Rohmaterial aus der Tierkörperbeseitigung oder Wiederkäuerabfälle von nicht verzehrtauglichen Tieren ebenso wie zum Verzehr geeignete Knochen abweichend von den gültigen Behandlungsparametern bearbeitet wurden. Daher ist es umso erfreulicher zu erfahren, dass die **Tierkörperbeseitigungsanstalten** in Schleswig-Holstein belegen konnten, dass sie in den zurückliegenden Jahren die Verarbeitungsparameter eingehalten haben. Aber auch der Vorstoß des schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministers bereits 1990 und 1997, ein EU-weites **Verfütterungsverbot** zu fordern, ist ein Zeichen für einen vorausschauenden Verbraucherschutz.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es ist aber davon auszugehen - der Bericht weist auch darauf hin -, dass über einen langen Zeitraum hinweg Futtermittel in Deutschland eingesetzt wurden, die den hiesigen Anforderungen nicht entsprachen. Diese Erkenntnis ist meines Erachtens fatal. Sie zeigt aber auch, wie inkonsequent EU-Vorschriften sein können. Diese Inkonsequenz scheint sich nun weiter fortzusetzen, indem das Tiermehlverfütterungsverbot des EU-Agrarministerrates nur ein halbes Jahr gelten soll. Ich wünsche mir, dass man hier endlich Nägel mit Köpfen macht und einen schwierigen Alleingang Deutschlands in dieser Sache verhindert.

Daher begrüßen wir auch die erneute Initiative der Bundesministerin für den Verbraucherschutz, Frau Künast, sich für ein dauerhaftes EU-weites Tiermehlverfütterungsverbot einzusetzen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Infektion bei BSE- und TSE-Erkrankungen erfolgt bevorzugt im jugendlichen Alter der Tiere. Dies belegt auch der Bericht der Landesregierung. Daher scheint es mir angebracht, alle tierischen Futtermittelkomponenten, die an Kälber verabreicht werden, von deren Speisekarte zu verbannen, Milchaustauscher, die tierische Fette enthalten, nicht weiter als Futtermittel zuzulassen, bis es hierfür eine Unbedenklichkeitserklärung gibt, ist eine sinnvolle Maßnahme. Wir haben lange genug Fehler bei der Tiermehlverfütterung gemacht und sollten daher, solange noch Zweifel bei den Milchaustauschern bestehen, dieses Verbot aufrecht erhalten.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Das Tiermehlverfütterungsverbot ist jedoch nur ein Bestandteil, lieber Kollege Jensen-Nissen, das dazu beiträgt, das Problem in den Griff zu bekommen. Ein

weiterer wichtiger Aspekt ist die Verbesserung der **Testverfahren**. Wir wissen, dass derzeit nur am toten Tier getestet werden kann, und die Erfolgsaussichten sind bisher als gering einzustufen, da die bisherigen Testverfahren nur bei hoch infektiösen Tieren anschlagen. Dies ist uns allen bekannt. Daher ist es unumgänglich, dass wir zu neuen Testverfahren gelangen, die nicht nur genauer sind, sondern auch am lebenden Tier durchgeführt werden können.

Der Bericht macht deutlich, dass an labordiagnostischen Verfahren geforscht wird, die künftig Untersuchungen am lebenden Tier zulassen. Eine solche Verfahrenstechnik weckt neue Hoffnungen und wird uns in erheblichem Maße in der BSE-Krise voranbringen. Leider liegen der Landesregierung hierzu keine näheren Angaben vor. Solange es aber noch Unsicherheiten gibt - dies macht der Bericht auch deutlich -, hat der Verbraucher- und Gesundheitsschutz immer oberste Priorität.

(Beifall bei SSW und SPD)

Das bedeutet weiterhin, dass Bestände, in denen BSE festgestellt wurde, zu keulen sind. Erst wenn wir in der Lage sind, eine hundertprozentige Sicherheit durch Lebendtests zu gewährleisten, können wir diese Tötungsmaßnahme abschaffen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Da gibt es nie eine hundertprozentige Sicherheit!)

- Aber sehen Sie doch einmal, wir arbeiten daran!

(Beifall bei SSW und SPD - Zurufe von der CDU)

Aus gegebenem Anlass möchte ich kurz auf die Problematik der Maul- und Klauenseuche eingehen. **MKS** gibt es jetzt an 326 Orten in Großbritannien und die Seuche breitet sich auf der Insel weiter mit rasanter Geschwindigkeit aus. Es ist erst wenige Tage her, dass das Virus auf das europäische Festland übergegriffen hat. Noch gilt Deutschland von offizieller Seite aus als MKS-frei. Doch machen wir uns nichts vor: Wir müssen jeden Tag damit rechnen, dass der erste bestätigte MKS-Fall in Deutschland gemeldet wird. Wenn die Seuche kommt, wird sie die Landwirtschaft noch schlimmer treffen als BSE.

Der Hintergrund für die rasante Ausbreitung dieser Seuche ist nicht nur, dass der Erreger durch den Wind weitergetragen werden kann, sondern eine Hauptursache für die Übertragung liegt auch in den bestehenden land- und ernährungswirtschaftlichen Strukturen.

(Lothar Hay [SPD]: Ja!)

Durch den ausgedehnten nationalen und internationalen Handel mit Tieren und Lebensmittelprodukten

(Lars Harms)

werden Seuchen binnen kürzester Zeit über Hunderte von Kilometern verbreitet.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist das!)

Daher ist das **Verbot von Tiertransporten** die einzig richtige Konsequenz.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Hätten Sie das doch sehr viel eher gemacht!)

Hiermit sind Transporte gemeint, die eine bestimmte Entfernung überschreiten. Sowohl aus Tierschutzgründen als auch zur Vorbeugung von Seuchen müssen wir hier schnell Regelungen schaffen. Das ist auch im Interesse der Landwirtschaft, Herr Kollege Jensen-Nissen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Was man im Zusammenhang mit der Maul- und Klauenseuche feststellen kann, ist, dass man in Großbritannien die Seuche trotz Keulung und Verbrennung ganzer Bestände nicht in den Griff bekommt. Leider greift die Seuche so schnell um sich, dass die Behörden mit der Verbrennung nur schwer hinterher kommen. Wenn man davon ausgeht, dass dies so ist, dann stellt sich die Frage, ob man unsere Tierbestände gegen diese Version des MKS-Erregers impfen kann und sollte. Mir ist klar, dass dann zumindest kurzfristig mit einem Embargo zu rechnen ist, da es Länder gibt, die Fleisch von geimpften Tieren nicht ins eigene Land lassen. Aber erstens sind die Grenzen ohnehin schon vorsorglich wegen der Maul- und Klauenseuche geschlossen worden und zweitens sollte man in Abwägung zwischen der Gefahr, die von MKS ausgeht, und der kurzfristigen Einschränkungen des Absatzmarktes für Fleisch über die Impfung nachdenken. Hiermit meine ich nicht, dass bundesweit prophylaktisch geimpft werden sollte, sondern es ist nun vielmehr über eine Ringimpfung in einem bestimmten Umkreis der betroffenen Betriebe nachzudenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regierungserklärung macht deutlich, dass sich die gesamte Land- und Ernährungswirtschaft durch die BSE-Krise verändert hat. Vordergründig wird dies auch in der Entwicklung innerhalb der Land- und Ernährungswirtschaft deutlich. Die Fleisch verarbeitenden Betriebe haben erheblich unter der Krise zu leiden, während man bei Milchprodukten, Fisch und Gemüse erhebliche Umsatzsteigerungen verzeichnen kann.

Die gesamte Ernährungsbranche konnte ihren Umsatz im vergangenen Jahr noch einmal steigern. Die ganze

Branche ist aber durch BSE und Schweinemastskandale in Verruf gekommen. Das heißt, der gesamte Wirtschaftszweig wird auch langfristig darunter leiden, wenn der Verbraucher nicht zur Verkaufstheke zurückkehrt - auch die Teile der Land- und Ernährungswirtschaft, denen es jetzt vielleicht noch gut geht. Ein schlechtes Image droht immer auch auf vordergründig Unbeteiligte abzufärben.

Der Markt wird zunehmend international. Wenn wir nicht durch Qualität und glaubhafte Kontrollen unserer Lebensmittel nachweisen können, dass unsere Waren unbedenklich sind, werden wir es schwer haben, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die vielen neuen Qualitätsanforderungen, die in Zukunft an die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft gestellt werden, sind nicht dazu da, sie zu behindern, sondern sie wettbewerbsfähiger für den europäischen Markt zu machen. Ohne diese Maßnahmen werden wir es schwer haben zu bestehen. Daher sind die Ideen zum Gütesiegel, wie sie auch in der Regierungserklärung beschrieben worden sind, eine gute Sache.

(Beifall bei SSW und SPD)

Ich erwähne in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache, dass das genannte Konzept der Landesregierung für ein Gütesiegel nicht zwingend nur auf Schleswig-Holstein begrenzt ist. Ich werde darauf heute Nachmittag in der Debatte zum Gütezeichen Schleswig-Holstein noch näher eingehen.

In der Regierungserklärung wird mitgeteilt, dass sich Ressortzuständigkeiten ändern werden. Nach Auffassung des SSW kann es sich hierbei nur um strukturelle Änderungen in der Ablauforganisation handeln, die wir durchaus mittragen.

Seit Beginn der BSE-Krise ist deutlich geworden, dass die Zusammenarbeit zwischen Frau Ministerin Franzen auf der einen Seite und Herrn Minister Müller auf der anderen Seite gut funktioniert hat. Für diese gute Zusammenarbeit in dieser Krisensituation möchten wir beiden ausdrücklich unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beide Minister werden in Zukunft noch eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen haben. Deswegen spricht rein gar nichts dafür, dass das Ressort für die ländlichen Räume mit dem Umweltressort zusammengelegt wird, wie es die CDU vorschlägt.

(Beifall bei SSW und SPD)

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Landwirtschaft in erheblichem Maße ändern muss und wird. Auslöser hierfür war die BSE-Krise. Krisen sind im ersten Moment so ziemlich das Schlimmste, was

(Lars Harms)

jemandem passieren kann. Krisen haben aber auch immer die Eigenschaft, dass sie die Menschen zwingen, neue Wege zu gehen. Viele dieser Wege sind in unseren landwirtschaftlichen Debatten in den letzten Monaten schon in den verschiedensten Beiträgen skizziert worden.

Gleichwohl möchte ich die wichtigsten dieser neuen Wege für die Landwirtschaft noch einmal nennen. Erstens geht es um die Orientierung hin zu einer **nachhaltigen Landwirtschaft**. Damit ist keine komplette Ökologisierung der Landwirtschaft gemeint. Vielmehr geht es darum, im Bereich der Landwirtschaft neue Wege zu ebnen, die auf eine qualitativ hochwertigere Produktion abzielen. Dies erreichen wir mit nachhaltigen und verstärkt umweltorientierten Bewirtschaftungsformen. Wir müssen jedoch auch Grundlagen schaffen, die den Landwirten eine Umorientierung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft überhaupt ermöglichen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Zweitens geht es um die Änderung der **Förder- und Subventionsstrukturen**: weg von der mengenbezogenen Förderung. Die bisherigen Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft sind überwiegend mengenorientierte Förderkulissen, die unweigerlich dazu führen mussten, dass die Landwirte vornehmlich quantitativ gewirtschaftet haben. Das war nicht ihre Schuld; das lag vielmehr am System. Wenn wir aber etwas verändern wollen, müssen wir auch die Kriterien für die Fördermaßnahmen ändern. Das bedeutet, dass wir die Maßnahmen an ökologische Auflagen koppeln müssen. Wir müssen die Mittelzuweisung für die gute fachliche Praxis an eine artgerechte und eine flächenbezogene Tierhaltung binden. Aber auch hierbei gilt es den Landwirten Übergangsmöglichkeiten einzuräumen, damit eine Umstellung erreicht werden kann. In der Regierungserklärung wird daher eine **Grünlandprämie** genannt, die es möglich macht, auf Kraftfutter und Stallmast zu verzichten und stattdessen ein Umsteigen auf Grünfutter und Weidehaltung lohnend zu machen. Das ist - wie ich glaube - der richtige Weg.

(Beifall bei SSW und SPD)

Drittens erwähne ich die Erschließung der Landschaftspflege als eine staatlich unterstützte Einnahmequelle. Wir müssen finanzielle Anreize für Landwirte schaffen, damit sie künftig vermehrt **landschaftspflegerische Maßnahmen** auf ihren Flächen durchführen. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass Landwirte bei der Knickpflege ihren Aufwand geltend machen können. Das ist eine Forderung, die die Landwirtschaft schon lange stellt, und diese Forderung passt auch sehr gut in das neue Konzept.

Viertens geht es um die Erschließung weiterer wirtschaftlicher Standbeine wie beispielsweise der dezentralen Energiegewinnung. Hier wird neben der Windenergie besonders die **Energiegewinnung** aus Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung ein wertvoller Bereich, der künftig von Interesse für die Landwirtschaft sein kann. Das bedeutet aber auch, dass die Landwirte gewillt sein müssen, völlig neue Wege zu beschreiten. Dies gilt natürlich gerade auch für CDU und F.D.P., was Kraft-Wärme-Kopplung angeht.

Ich bin überzeugt, dass die Landwirtschaft auch in Zukunft ihre Chance haben wird und die derzeitige BSE-Krise nur eine vorübergehende Krise ist. Gleichwohl sollten wir die Krise als Chance betrachten und unserer Land- und Ernährungswirtschaft helfen, sich fit für die zukünftigen Anforderungen zu machen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, will ich Besucherinnen und Besucher begrüßen. Auf der Tribüne haben Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte vom Gymnasium Harksheide Platz genommen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Minister Müller das Wort.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ministerpräsidentin hat angekündigt, heute reinen Tisch zu machen. Das ist keine Aufgabe, die besonders angenehm ist. Es ist besonders dann keine angenehme Aufgabe, wenn man auch eigene Schwächen oder eigene Fehler zugeben hat. Trotzdem ist genau das der Stil dieser Landesregierung, nichts unter den Tisch zu kehren, sondern sich offen und ehrlich auch zu den Bereichen zu bekennen, die eben nicht so gut funktioniert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das gilt auch für den Bereich der **Lebensmittelkontrollen**. Anstatt die Lebensmittelbetriebe zwei- bis dreimal im Jahr zu kontrollieren, haben wir die Kontrollen nur in knapp einem Drittel der Fälle durchgeführt. Anstatt Lebensmittelproben in einem Umfang von ungefähr fünf pro tausend Einwohner zu ziehen,

(Minister Klaus Müller)

haben wir dies nur in einem Umfang von knapp 85 % getan.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das haben wir alles schon gehört!)

Damit kann man nicht zufrieden sein. Man muss darangehen, Korrekturen vorzunehmen.

Frau Happach-Kasan, wenn Sie uns jetzt sagen, wir beschränkten uns nicht auf die BSE-Bekämpfung, sondern redeten über alles Mögliche, so kann ich nur entgegnen: Sie stecken den Kopf in den Sand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie begreifen nicht, was in der Bevölkerung los ist. Wir haben es mit dem Problem zu tun, dass das Vertrauen verschwunden ist. Deshalb versucht diese Landesregierung zusammen mit den Landwirten quer durch das Land, dieses Vertrauen wiederzugewinnen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.] Davon merkt man aber wenig!)

Dies ist kein Selbstzweck und ist keine Ideologie. Wir stellen heute im Landtag zur Diskussion, was wir tun und was wir im Kabinett beschlossen haben. Die Opposition ist offensichtlich nicht in der Lage, darauf einzugehen. Das schaffen Sie nicht, weil Sie nicht über Inhalte, sondern nur über irgendwelche Sandkastenspiele reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir treten für eine vollständige und vor allem verständliche Kontrolle von Lebensmitteln ein. Wir wollen, dass alles auf den Tisch kommt, dass die Menschen aber auch verstehen, was dahinter steht. Wir wollen nicht in die nächste Falle tappen, in die Falle gentechnisch veränderter Lebensmittel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte einmal sehen, wie Sie sich in zwei oder drei Jahren rechtfertigen, wenn Landwirte Ihren Weg beschreiten und gentechnisch veränderte Lebensmittel anbauen würden. Diese Landwirte könnten genauso einbrechen, wie es in Großbritannien oder in den USA geschehen ist. Sie sind dann für diesen Weg verantwortlich. Rot-Grün geht einen anderen Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf von der CDU: Sie wissen nur nicht genau, welchen!)

Wir haben im Rahmen der BSE-Krise für ein kompetentes **Krisenmanagement** gesorgt. Auch hier gilt mein Dank noch einmal Frau Franzen, mit der wir gut

und intensiv zusammengearbeitet haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die BSE-**Testkapazitäten** schnell und zuverlässig aufgebaut worden sind. Wir haben dabei staatliche Kapazitäten genauso wie private Kapazitäten genutzt und das ist gut so. Wir sorgen dafür, dass die Preise für die Tests jetzt sinken. Wir tun dies mit Augenmaß. Wir behalten die Qualitätsstandards im Auge. Wir betreiben keinen Dumpingwettbewerb. Das würde keinem einzigen Landwirt dienen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir werden dafür sorgen, dass die 15 Euro pro Tier, sobald sie von der EU-Kommission ausgezahlt worden sind, dann auch nahtlos an die Landwirte beziehungsweise die Schlachtbetriebe ausgezahlt werden. Dies wird auch rückwirkend geschehen. Wir haben dafür gesorgt, dass mit den Schlachtbetrieben eine freiwillige Vereinbarung erreicht wurde, in der sich die Betriebe dazu bekennen, nicht nur das gesetzlich Notwendige zu tun, sondern darüber hinauszugehen und auch jüngere Tiere zu testen, wie es in den vergangenen Sitzungen auch vom Landtag diskutiert worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich hoffe, dass sich auch diejenigen Schlachtbetriebe, die diese freiwillige Vereinbarung noch nicht unterschrieben haben, hierzu entschließen können.

Ich habe insofern ein gutes Gefühl, wenn entlang der „Qualitätstore“ dieser Bereich, der bisher im MUNF angesiedelt war, jetzt in die guten Hände der **Landwirtschaftsministerin** übergeben wird, damit eine saubere Schnittstelle im Sinne von **Verbraucherschutz** und im Sinne einer guten Zusammenarbeit in der Landesregierung geschaffen werden kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In den Bereichen, für die wir dies heute anbieten, sagen wir der konventionellen Landwirtschaft: Wir ändern den Weg, den wir bisher beschritten haben. Der Tanker - oder welches Bild Sie auch immer wählen wollen - wird seinen Kurs ändern. Dazu gehört, dass die **Gemeinschaftsaufgabe** „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ geöffnet werden muss, und zwar für Vertragsnaturschutz, extensive Grünlandbewirtschaftung, ökologischen Landbau, Vermarktung ökologischer Produkte, vorsorgenden Bodenschutz und investive Naturschutzmaßnahmen. Dafür wird sich diese Landesregierung einsetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir setzen uns für die **Grünlandprämie** ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die **Tier- und Flächenprä-**

(Minister Klaus Müller)

mien in Zukunft mit Agrarumweltauflagen verknüpft werden. Das ist der Weg zu mehr Verbrauchervertrauen in die konventionellen Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden den Weg, den MLR und MUNF bereits beschritten haben, nämlich die gute fachliche Praxis im Interesse der Landwirte und der Verbraucher zu konkretisieren, jetzt auch im Blick auf den Bereich der Tierhaltung einschlagen.

Aber wir sagen auch deutlich, dass es noch einen zweiten Sektor gibt; der ist kleiner, zurzeit noch viel kleiner, aber trotzdem wichtig, weil auch Pioniere sehr wichtig sind. Das ist der **ökologische Landbau**. Dazu gehört, dass Sie sich fragen müssen, warum 90 % aller Eltern, aller Mütter und Väter, für ihre Neugeborenen Nahrung aus ökologischem Landbau kaufen - 90 %! Das ist eine Entscheidung am Markt, die ein Zeichen setzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir hoffen, dass das in Zukunft nicht nur für Babys und Kleinkinder gelten wird, sondern bis ins hohe Alter, wie es auch sein sollte. Deshalb wollen wir die **Umstellungsförderung** in den ersten zwei Jahren auf 550 DM erhöhen. Das ist der Anteil, den der Staat dazu beiträgt, die hohen Ausgaben, die es gibt, und die niedrigen Preise, die in der Zeit erzielt werden können, zu kompensieren. Damit schließen wir uns dem Beispiel Sachsens an. Ich glaube, dass wir uns da in guter Gesellschaft befinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die **Beibehaltungsprämie** komplett auszahlen, weil es in der Verantwortung der Landwirte liegt, wie sie für die Vermarktung eintreten. Ein anderes Vorgehen hat sich nicht bewährt. Es wird eine Info-Beratung geben und wir werden auch versuchen, in den Kantinen des Landes der öffentlichen Verantwortung gerecht zu werden. Auch hierhin muss der ökologische Landbau seinen Weg finden.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir werden im Bereich des Tierschutzes unsere Förderung von Agrarinvestitionen an **artgerechte Tierhaltung** binden. Wir werden die Tierhaltungsverordnung verschärfen. Ich freue mich jetzt schon darauf, dass der Abgeordnete Garg seine Fraktion davon überzeugt, bei Hennen, Schweinen und allen anderen Tieren zu einer artgerechten Tierhaltung zu kommen. Ich bin gespannt, ob sie nicht nur klatschen, sondern dem nachher zustimmen wird.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir setzen uns für eine „Beteiligungskultur“ ein, dass **Verbraucherinnen und Verbraucher** in ihren Organisationen - wie im Umweltbereich, im sozialen und gewerkschaftlichen Bereich - Rechte bekommen, dass sie nicht nur passiv dabei sind, sondern mit einbezogen werden. Das ist eine Frage von **Zivilgesellschaft**, so wie sie von Frau Ministerpräsidentin Simonis schon seit Jahren gefördert wird. Auch das wird in den Verbraucherbereich einzugreifen.

Nun zum Bereich der Opposition. Ich habe in Ihren Reden heute nur Selbstgefälligkeit, Selbstherrlichkeit gehört. Es gab kein einziges Wort der Selbstkritik zu Ihrer Verantwortung in den vergangenen Jahren.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Sie haben 16 Jahre lang in Bonn und in Brüssel die Weichen für die Fehler gestellt, die wir heute auszubaden haben. Sie sind nicht zur Selbstkritik fähig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wo war die Opposition in den vergangenen Jahren beim Thema Kontrollen? Vor dem 24. November 2000 hat keiner von Ihnen jemals das Wort Kontrolle in den Mund genommen. Sie wissen gar nicht, wie das zu schreiben ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Wo waren Sie denn?)

Wenn ich jetzt höre, Sie meinen, das Heil zur BSE-Bekämpfung und des neuen Verbrauchervertrauens sei in der Frage der Umressortierung zu finden, sage ich Ihnen: Gehen Sie auf die Straße und fragen Sie die Leute, was sie interessiert. Sie interessiert die Form der Landwirtschaft, der Kennzeichen, der Beteiligung und der Information, nicht die Frage, wohin welches Kätzchen geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wenn Sie jetzt den alten Hut wieder herausholen, Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium zusammenzulegen, sage ich Ihnen, das ist pure Ideolo-

(Minister Klaus Müller)

gie und der Grund, warum Sie im Februar letzten Jahres gescheitert sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Lachen und Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Mit der Regierungserklärung, die die Ministerpräsidentin heute abgegeben hat, mit den Entscheidungen im Kabinett wird Schleswig-Holstein den neuen Weg der Bundesregierung und der Verbraucherschutzministerin Renate Künast kräftig unterstützen und dabei deutliche eigene Akzente setzen.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ehlers das Wort.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Müller, wir als CDU-Fraktion haben nichts gegen den ökologischen Landbau.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wehren uns aber dagegen, dass hier Schwarzweißmalerei betrieben wird und Gräben aufgerissen statt zugeschüttet werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Sie malen nur schwarz! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ob wir mit dem **ökologischen Landbau** weiter vorankommen, das entscheiden wir nicht mit finanziellen Zuwendungen, im Kabinett oder hier im Plenum. Das entscheidet nur einer und das ist der Verbraucher.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Darüber unterhalten wir uns nachher.

(Heiterkeit im ganzen Haus)

Wir danken der Verwaltung sowohl für den Bericht zu Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen wie auch für den Bericht über Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Zu beiden Berichten darf ich im Namen der CDU-Landtagsfraktion Stellung beziehen.

Der Bericht zu Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen bestätigt, dass hier noch erheblicher Forschungsnachholbedarf besteht. Über viele Jahre hinweg ist in den Ländern der Europäischen Union **Tierkörpermehl** nach unterschiedlichen Standards hergestellt worden, insbesondere in England. Bis April 1997 war es in der Europäischen Union zulässig, eine bei uns als unzureichend geltende Druckhitzebehandlung anzuwenden. Das hatte zur Folge, dass Futtermittelkomponenten auch bei uns eingesetzt wurden, die nach unseren Maßstäben nicht sicher waren. Deshalb sprechen wir uns zum einen für eine offene Deklaration der Futtermittel und zum anderen insbesondere für eine **Positivliste** aus, damit wir in das ganze Geschehen Transparenz hineinbekommen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die geltenden Vorschriften der Europäischen Union sind nett gemeint, aber in Teilen wirkungslos. Weiterhin können aus Drittländern Fleischimporte zu uns gelangen, die von Tieren stammen, die mit Tiermehl gemästet wurden, und weiterhin kommen Fleischwaren zu uns, die von nicht BSE-getesteten Tieren stammen. Solange das der Fall ist, müssen die Verbraucher auf die **Herkunft** der Fleischwaren achten und im eigenen Interesse Produkte aus innereuropäischen Ländern nachfragen. Es ist deshalb überhaupt nicht zu verstehen, wenn Gaststätten hier im Land damit werben, dass sie argentinisches Rindfleisch auf der Speisekarte haben und kein deutsches.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Zusammenhang darf ich auch anmerken, Herr Minister: Deutsches Fleisch ist kein Müll oder Sondermüll! Mit der Aussage haben Sie nicht gerade zum Verbrauchervertrauen beigetragen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Das kommt vielleicht darauf an!)

Hier wird der Eindruck vermittelt, dass früher in der Produktion alles falsch gelaufen ist. Meine Damen und Herren, wir Bauern bringen unsere Kundschaft doch nicht selbst um!

(Konrad Nabel [SPD]: Es soll solche geben! - Weitere Zurufe)

Die Wahrscheinlichkeit, dass Milchaustauscher BSE verursachen können, ist zwar häufig geäußert worden, aber bisher nicht belegt. Der **vorsorgende Verbraucherschutz** hat Entscheidungen notwendig gemacht und dazu stehen wir. Tierische Fette, die im Verdacht

(Claus Ehlers)

stehen, bei Kälbern BSE auszulösen, werden nicht mehr eingesetzt. Aber auch hier bleibt ein Risiko. Denn diese Entscheidung ist in Deutschland gefallen und in den übrigen Staaten der Europäischen Union nicht verbindlich. Alles, was wir uns hier überlegen, alles, was wir neu einführen und was zu einem höheren Produktstandard führen wird, muss EU-weit umgesetzt werden, sonst bleiben wir im Geschäft mit der Landwirtschaft und der gesamten Ernährungsindustrie auf der Strecke.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, insbesondere die **Produktionsstandards** führen bei uns zu höheren Kosten. Wir haben den freien europäischen Markt, wir haben den liberalisierten Weltmarkt: Die anderen machen die Geschäfte und wir gucken in die Röhre. Deshalb brauchen wir europäische Standards, egal was wir machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine spezifisch deutsche Entscheidung ist auch die Vernichtung noch vorhandener Tiermehle. Niemand vermag zu sagen, wie viel Tiermehl innerhalb der Europäischen Union „herumvagabundiert“ und wo diese Mengen letztlich bleiben. Angesichts der kriminellen Energie, die in der Vergangenheit teilweise entwickelt wurde, kann ich nicht ausschließen, dass am Ende doch einiges davon im Futtertrog landet, wenngleich für einige Tiermehle ein Verbringungsverbot besteht.

Der Stand der Entwicklung von Lebendtests auf BSE wird am Schluss des Berichtes sicherlich ebenso zutreffend wie kurz dargestellt. Kurzfristig wird keiner dieser Tests marktfähig sein. Das ist unser großes Problem. Warten und hoffen ist hier die Devise für die Landwirtschaft und auch für den Verbraucher.

Ich komme jetzt zum Bericht über **Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen** in Schleswig-Holstein. Wie schon der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zu entnehmen war, sind seit dem Tiermehlverbot in Futtermitteln für Wiederkäuer die Kontrollen nicht - wie es eigentlich nötig gewesen wäre - verstärkt, sondern deutlich zurückgefahren worden.

Für Futtermitteluntersuchungen wurden 1997 - hier die Zahlen und Fakten - noch 208.000 DM ausgegeben, 1998 168.900 DM

(Klaus Schlie [CDU]: Hört, hört!)

und 1999 lediglich noch 98.000 DM.

(Klaus Schlie [CDU]: Dann ist Herr Müller also ein Schnacker!)

Unter Berücksichtigung der ebenfalls aus diesem Haushaltstitel bezahlten Bodenproben - man kann sich sicherlich darüber unterhalten, ob so eine populistische Maßnahme überhaupt notwendig ist -, die mit 30.000 DM veranschlagt sind, hat die Landesregierung praktisch nicht auf die Verbotsentscheidung der Europäischen Union reagiert.

(Beifall bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Wer so reagiert, muss sich auch Kritik gefallen lassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Tatsache, dass Tierfutterkontrollen auf den Höfen in den vergangenen Jahren nicht stattfanden, ist wahrhaft kein Ruhmesblatt für die Landesregierung.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das ist ein Skandal!)

Dem Tierfutter werden weiterhin einige Antibiotika zugesetzt, die als Leistungsförderer dienen, die aber nach unserer Auffassung im Futter nichts zu suchen haben.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Gerade aber im Bereich der **Futtermittel** sind weiterhin Praktiken erlaubt, die niemand mit gesundem Menschenverstand akzeptieren kann. Darüber hinaus sind Stoffe, die verboten sind, im Tierfutter eingesetzt worden. Eine flächendeckende Kontrolle wird es nicht geben können, aber es müssen zusätzliche Barrieren eingebaut werden, um die Leichtigkeit, mit der manches beschafft werden konnte, zu beenden.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landwirtschaft hat es nicht nötig, sich auf Zusatzstoffe einzulassen, die ihren Ruf in irgendeiner Form ruinieren, den Verbrauchern den Magen umdrehen und der Politik eine neue Handhabe für ideologiebefrachtete Maßnahmen liefern. Illegale Praktiken gehören an den Pranger gestellt. Es ist aber immer noch besser, die Schwelle so hoch zu setzen, dass es dazu gar nicht erst kommt, und wenn die Landwirtschaft selbst die treibende Kraft ist, derartiges in Zukunft zu verhindern.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird immer einige Mitmenschen geben, die für den eigenen Profit alles wagen und rücksichtslos vorgehen.

(Claus Ehlers)

Dies darf jedoch nicht Anlass sein, Kontrollen in der Form durchzuführen, wie es in der Vergangenheit geschehen ist. In der Vergangenheit war oftmals nichts verlässlicher als fehlende Kontrollen.

In der **Lebensmittelkontrolle** sind die Zahlen allein schon beeindruckend. Im Jahr 1999 wurden nahezu 54 % aller Betriebe kontrolliert. Über 18.600 der insgesamt rund 34.600 Betriebe wurden mit mehr als 30.500 Kontrolluntersuchungen auf die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen überwacht. In den Vorjahren wurden diese Zahlen teilweise noch übertroffen. Die Kreise und kreisfreien Städte, die für diese Kontrollen zuständig sind, haben offensichtlich im Gegensatz zur Landesregierung ganze Arbeit geleistet.

Nicht minder beeindruckend sind 3,5 Seiten rechtliche Grundlagen für die Durchführung der **Futtermittelkontrollen** und vier Seiten rechtliche Grundlagen für die Durchführung der amtlichen Lebensmittelüberwachung. Wer sich diese Seiten zu Gemüte führt, hat den Eindruck, es werde rundum kontrolliert und überwacht. Leider wissen wir, dass dies so nicht zutrifft.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Der von der Landesregierung vorgelegte BSE-Bericht ist eine Liste der Mängel und Defizite, die ich in dieser Form noch nicht gesehen habe. Ich bewundere den Mut der Landesregierung, dass sie diesen Katalog, der in aller Deutlichkeit ihre Schwächen aufzeigt, so vorgelegt hat.

(Beifall bei der CDU)

Dieser BSE-Bericht belegt das Versagen der Landesregierung in 13-jähriger Regierungsverantwortung. Aber auch die Auflistung der Mängel beseitigt diese noch nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Claus Ehlers [CDU]:

Ja, Herr Präsident, noch drei Sätze.

Hohle Phrasen sind kein Ersatz für zielgerichtetes Handeln. Wenn Sie nur einen Teil dessen, was im BSE-Bericht vorhanden ist, umsetzen können, haben Sie gerade das erreicht, was Sie schon vor Jahren hätten lösen können. Ihr vorgelegter Bericht hätte schon vor Jahren vorgelegt werden müssen, um die Mängel offen zu zeigen. Dies muss nach unserer Auffassung dazu führen, dass wir zu tief greifenden Veränderungen kommen. Die Landesregierung hat in der

Vergangenheit versagt. Es spricht vieles dafür, dass Sie nicht den Mut und die Kraft aufbringen, um die von Ihnen selbst aufgelisteten Probleme aufzuarbeiten und zu beseitigen. Es spricht leider vieles dafür, dass diese Landesregierung nicht geeignet ist, das Land voranzubringen und in dieser wichtigen Frage das Notwendige zu leisten.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wodarz das Wort.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! BSE - das war lange der Aufmacher, das war der Schocker, das war eine Horrorvision. Es ist nicht besser geworden, denn die Maul- und Klauenseuche ist hinzugekommen. Allerdings ist die Diskussion über das Problem sachlicher und teilweise tiefgründiger geworden, nur - muss ich feststellen - nicht hier im Landtag. Das gilt insbesondere für die Ausführungen des Oppositionsführers, Herrn Kayenburg. An Ihnen ist die eben von mir beschriebene positive Entwicklung offensichtlich vorbeigegangen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Klaus Schlie [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Was Sie hier an Beschimpfungen und Sprechblasen losgelassen haben, spottet wirklich jeder Beschreibung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie schon von einem Kleingärtner sprechen, dann hätten Sie sich lieber von einem Kleingärtner beraten lassen sollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Auch hier haben Sie nicht zugehört! Ich habe „Gärtner“ gesagt!)

Dann wäre Ihre Rede wesentlich inhaltsvoller geworden. Vielleicht hätten Sie sich auch noch vom Herrn Kollegen Ehlers informieren lassen können. Auch dann wäre Ihre Rede besser geworden.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Und dann kommen Sie mit Ihren Rücktrittsforderungen! Das ist doch wirklich der Gipfel, wo Sie doch vielleicht an Herrn Stoiber oder Herrn Koch hätten

(Friedrich-Carl Wodarz)

denken können! Das war so daneben. Das war kaum zu ertragen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Martin Kayenburg [CDU]: Warten Sie erst einmal den Sonntag ab! - Klaus Schlie [CDU]: Schauen Sie sich einmal das Wahlergebnis an!)

Wo sind denn - frage ich Sie - die konzeptionellen Anträge der Opposition gewesen? Frau Happach-Kasan, Sie haben inhaltlich interessante Frage gestellt. Das ist richtig. Aber ich kann keine Konzeption und keine Alternative zu dem Vorgehen der Regierung erkennen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Zur Versachlichung der Diskussion gehört auch die Tatsache, dass BSE nichts mit der Größe eines Betriebes zu tun hat. Frau Happach-Kasan, darin stimmen wir überein.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Lars Harms [SSW])

Es hat aber sehr wohl etwas mit den Fütterungsstrategien zu tun. Dann kommen wir doch wieder sehr schnell auf die industrielle Agrarpolitik mit all ihren Begleiterscheinungen, die Sie ja richtig beschrieben haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist auch nicht erwiesen!)

Sie haben sie nur wieder infrage gestellt. Ein landwirtschaftlicher Betrieb, der von BSE betroffen ist, hat selten unsachgemäß gewirtschaftet. Er ist meist der Leidtragende am Ende einer Kette aus Ignoranz, Missachtung des Tieres als Mitgeschöpf, Profitgier, Regelversäumnissen und Regelverstößen sowie - das sollten wir nicht unter den Tisch kehren - Verbrauchern, die bei den Dingen, die nun wirklich zum Lebensunterhalt notwendig sind, den Nahrungsmitteln, oft jede Sorgfalt außer Acht lassen und nach dem Billigsten greifen. Damit ist aber nur ein Teilaspekt beschrieben.

(Beifall der Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Nun hat die Schwachstellenanalyse Schwachstellen bei den Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen aufgedeckt. Das ist gut so. Darüber ist schon lange gesprochen worden. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Rede deutlich gemacht, wo wir handeln müssen und es zu Veränderungen kommen muss.

Liebe Frau Kollegin Happach-Kasan, Sie können es noch so gebetsmühlenartig wegreden: Es ist gesagt worden!

(Martin Kayenburg [CDU]: Was ist gesagt worden?)

Man wird die **Kontrollen** effektivieren müssen. Das ist richtig. Zum Teil sind zusätzliche Mitarbeiter eingestellt worden. Nur wäre es ein grundlegender Fehler, wenn man annähme, wir könnten das Problem BSE mit staatlichen Kontrollen lösen.

Meine Damen und Herren, das „Bauernblatt“ schreibt - und der Bericht bestätigt den Verdacht -, dass zwischen 1994 und 1997 Tiermehle nach Deutschland eingeführt worden sind, die mit unwirksamen Sterilisationsverfahren hergestellt worden sind.

Dann wieder eine ganz interessante Zahl: In diesem Zeitraum 1994 bis 1997 wurden 27 der 29 bis zum 13. Februar dieses Jahres in Deutschland bestätigten BSE-Kühe geboren. Die EU hatte diese Verfahren bis 1997 zugelassen.

Ein **Verfütterungsverbot** für Tiermehl an Wiederkäuer bestand bei uns schon seit 1994. Ich spekuliere hier nicht, ob beim In-Verkehr-Bringen von Tiermehl in Rinderfutter kriminelle Energie oder Schlamperei vorherrschend war. Es wurden Tausende von Tonnen gerade aus Großbritannien exportiert. Viele von Ihnen haben vielleicht den „Spiegel“ gelesen, in dem die verschlungenen Pfade des Transportes von englischem Tiermehl recherchiert wurden. Der Bericht liest sich wie ein Krimi. Man bekommt sogar eine Gänsehaut.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was Sie da unterstellen, finde ich ziemlich frech! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es geht um Ihre englischen Freunde!)

- Sie können das nachlesen. Ich zitiere nur. Herr Kayenburg, sagen Sie es, wenn Sie es besser wissen; bisher haben Sie diese Kompetenz noch nicht bewiesen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie suggerieren! Das ist das Problem!)

So verkauften zum Beispiel die Italiener Anfang der 90er-Jahre rund 750 t Tiermehl nach Deutschland. Bis 1997 war die Zahl auf 5.500 t angestiegen. Ich zitiere wieder: „Da kam billiges Kraftfutter aus Italien“, so ein bayrischer Futtermittelhersteller. Woher das Tiermehl wirklich stammte, wusste niemand.

Tatsache ist aber, dass sich nach dem Verfütterungsverbot von Tiermehl in Großbritannien der Export auf den Kontinent verdreifachte. Wir wissen auch, dass die offiziellen Statistiken eher untertreiben.

(Claus Ehlers [CDU]: Das ist ein wirklicher Skandal!)

(Friedrich-Carl Wodarz)

- Ja, natürlich ist das ein Skandal. Erzähl das mal deinem Fraktionsvorsitzenden!

(Martin Kayenburg [CDU]: Der Regierung!)

Erleichtert wurden diese Geschäfte auch durch eine wohl verbreitete Meinung unter Fachleuten, auch Wissenschaftlern, Funktionären und Landwirten, die das Verfütterungsverbot eigentlich für unsinnig ansahen. Diese Stimmen sind leiser geworden. Man hört nicht mehr auf sie. Frau Happach-Kasan, wenn Sie auch noch so ein Plädoyer halten: Wir werden bei dieser Frage nicht auf Sie hören.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir Tiermehl ersetzen können. Wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir - die Grünlandprämie ist zum Beispiel einer der Bausteine - einen kurzfristigen Nachfrageüberhang nach Ersatzstoffen für die Deckung zusätzlichen Eiweißbedarfes zu einer vernünftigen Angebotsstruktur auf diesen Markt bekommen.

Wie bei den Nahrungsmitteln bedarf es auch für **Futtermittel** einer „gläsernen Produktion“.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Hier - das ist gesagt worden - brauchen wir eine **Positivliste** und die offene Deklaration.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

In diesem Zusammenhang ist mir völlig unverständlich - Herr Kayenburg, Sie werden gleich wieder intervenieren -, warum es bis zum heutigen Tag keine Klage gegen Futtermittelhersteller gibt,

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die verunreinigtes Futtermittel verkauft haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gegen Großbritannien!)

Wenn ich Zeitungsberichten trauen kann, wären zumindest in Bayern verdächtige Hersteller zu ermitteln. - Herr Kubicki - ich brauche Sie wohl nicht zu belehren -, sowohl das BGB als auch das Produkthaftungsgesetz gäben hier Möglichkeiten für eine Schadensersatzklage.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie können auch gegen Großbritannien vorgehen!)

Jeder kleine Einzelhändler kann zu Schadensersatz herangezogen werden, wenn eine Ware eine zugesagte Eigenschaft nicht hat und dadurch dem Käufer ein Schaden entstanden ist. Warum geht das eigentlich hier nicht bei uns in Deutschland?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Wodarz, fragen Sie mal die Justizministerin, ob das geht!)

In Amerika gibt es den Ralph Nader. Das ist ein Einzelkämpfer. In Deutschland gibt es mächtige Verbände, die sich auf die Fahnen geschrieben haben, die Interessen der Landwirte zu vertreten.

(Konrad Nabel [SPD]: Und Kubicki! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Funke!)

Warum helfen diese Verbände ihren Landwirten nicht? Warum klagen sie nicht gegen unseriöse Futtermittelhersteller? - Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Es wird immer das Argument Wettbewerb herangezogen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Was?)

Auf dem Automobilmarkt herrscht ein mörderischer Wettbewerb und kein Mensch würde Verständnis dafür aufbringen, wenn deshalb ein Auto nicht verkehrssicher wäre. Ein Auto bekommt eine Zulassung, wenn es einen gewissen Standard einhält. Was hier selbstverständlich ist, muss doch auch auf Futter- und Lebensmittel anwendbar sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere einen Grundstandard für Lebens- und Futtermittel. Für Vielfalt und Abwechslung bleibt noch genügend Spielraum zur individuellen Bedürfnisbefriedigung. Das wäre kein Problem.

So wie wir beim Auto private Kontrolleure haben, die die Einhaltung gesetzlicher Standards überprüfen, so müssen wir zu einer **Qualitätskontrolle** bei Futter- und Lebensmitteln kommen, die die Verantwortung der Hersteller deutlich macht, und zwar - das betone ich - ohne dass sich der Staat aus der Verantwortung stehlen darf.

Die Ministerpräsidentin hat die „Qualitätstore“ beschrieben. Das halte ich für den richtigen Weg. Der Staat hat in diesem Prozess aber nur die Rolle des „Oberaufpassers“. Die Verantwortung für das gute Produkt liegt bei der Wirtschaft.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Friedrich-Carl Wodarz)

Frau Happach-Kasan, ich wollte eigentlich nicht auf die Gentechnologie eingehen. Aber nach Ihrem Plädoyer muss ich das tun. Ich möchte aus „AGRARfinanz“ zitieren, einer Zeitschrift, der Sie wohl nicht unterstellen werden, dass sie ideologieverdächtig ist:

„Gentechnik als die andere Lösung für die Landwirtschaft wird öffentlich ebenfalls gefordert.“

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das hat sie doch gar nicht gesagt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie bauen einen Popanz auf!)

- Hören Sie doch einmal zu, hören Sie ganz ruhig zu!

„Sichere Landwirtschaft, BSE-freies Fleisch sollen so gewährleistet werden. Sind die Risiken der Gentechnik wirklich schon eindeutig erforscht? ‘Normale’ chemisch-synthetisch hergestellte Zutaten wie Atrazin, DDT, Lindan oder Avoparcin waren ja auch als ‘unbedenklich’ zugelassen und wurden nach Jahren als dann doch schädlich verboten. Muss das mit der Gentechnik wiederholt werden?“

Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD], Konrad Nabel [SPD], Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Die Landesregierung hat als erstes Bundesland eine Reihe ehrlicher Berichte abgegeben, nichts geschönt und nichts verschwiegen. Es sind organisatorische Verbesserungen angekündigt worden. Wenn wir aber ehrlich sein wollen - das müssen wir -, wissen wir: Der Staat allein kann es nicht richten. Wir brauchen einen Diskurs über eine Neuorientierung der Landwirtschaft, der auf einer breiten Ebene bereits begonnen hat und weitergeführt wird.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter!

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Wenn allerdings Herr Kayenburg für die CDU erklärt: „Wir brauchen keinen ökologisch-ideologischen Umbau der Landwirtschaft, unsere Landwirte können auf Basis der derzeitigen Bewirtschaftung weiterarbeiten“, so kann ich nur sagen: Herr Kayenburg, mit uns nicht!

Andere sind an dieser Stelle wesentlich weiter. Ein „Weiter so!“ à la Kayenburg wird es für die SPD-Fraktion nicht geben. Wir werden auf die EU-Politik einwirken. Das soll nicht als Ausrede dienen. Wir werden uns nämlich auch nicht vom Handeln in Schleswig-Holstein ablenken lassen. Dann gehen wir eben in Schleswig-Holstein voran. Das wird ein guter Weg sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen das Wort.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Das, was die linke Seite dieses Hauses heute Morgen abgeliefert hat, ist ein Sammelsurium von agrarpolitischen Unwahrheiten und Unkenntnissen, bei denen sich einem die Haare sträuben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

All denjenigen, die hier als Zuschauer sitzen - ich sehe hier auch Frau Professor Stöve-Schimmelpfennig -, die sich über Jahrzehnte in der Ausbildung von jungen Landwirten engagiert und ihnen auf wissenschaftlicher Grundlage zukunftsorientiertes Handeln beigebracht haben, müssen sich die Haare sträuben, wenn sie hören, was hier von Herrn Steenblock, von Herrn Wodarz und von anderen zu Protokoll gegeben worden ist.

(Zuruf von der SPD: Das ist Quatsch! - Weitere Zurufe von der SPD)

Dies ist der eigentliche Skandal in diesem Haus.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Herr Steenblock, Sie müssen - -

(Lars Harms [SSW]: Da sitzt er!)

- Ich weiß, wo er sitzt! -

(Konrad Nabel [SPD]: Sie können niemanden angucken!)

- Herr Nabel, ich höre Sie ja. Sie sind laut und deutlich. Deshalb muss ich Sie nicht angucken.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie gucken niemanden an! Sie gucken immer nur auf die Fenster!)

Herr Steenblock, wenn Sie sich einmal mit der offiziellen Politik Ihrer Bundesregierung beschäftigen, müssen Sie den Leuten hier einmal erklären, wieso Ihr

(Peter Jensen-Nissen)

Außenminister den Vertrag von Nizza unterschrieben hat, der die Beschlüsse von Berlin von 1999 festschreibt, die Sie und Ihre Bundesregierung zu verantworten haben. Sie haben sie bis zum Jahr 2006 zementiert. Sie erzählen den Leuten ständig, sie sollten sich umorientieren. Das ist unehrlich, unredlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Dann, -

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist ein anderer Tagesordnungspunkt!)

- Herr Steenblock, gucken Sie einmal hierher!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Heiterkeit)

Ich sage das sehr deutlich, weil dies hier keine Karnevalsveranstaltung ist.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stellen sich hier hin und fordern die Gründlandprämie.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Sie als Minister sind dafür verantwortlich, dass die Maßnahmenfläche der Umweltprogramme in diesem Land, die früher 25.000 ha umfasste, auf unter 6.000 ha zurückgefahren wurde. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie aber zeigen mit den Fingern auf Bayern und Baden-Württemberg, die von der EU notifizierte und genehmigte Umweltprogramme in einem hohen Maße kofinanziert haben. Die Wahrheit ist: Sie und die jetzige Bundesregierung sind das Schlusslicht bei der ökologischen Förderung der Landwirtschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke einmal, anhand dieser wenigen Beispiele konnten Ihre Unfähigkeit und Ihre Scheinheiligkeit deutlich gemacht werden.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Fröhlich, Sie können sich noch so lautstark äußern, Sie sind für eine Agrarpolitik innerhalb der Europäischen Union verantwortlich, die 1999 in Berlin festgeschrieben wurde und die in ihren Grundzügen im Grunde genommen nicht zukunftsorientiert ist. Das ist die Wahrheit.

Ich möchte noch eines sagen: Wer hier immer davon spricht, dass die Preise subventioniert seien, dem kann

ich nur antworten, dass ich mich darüber freue, Herr Kollege Steenblock. Der Kollege Willi Voigt,

(Lothar Hay [SPD]: Guter Mann ist das!)

Staatssekretär im Energieministerium, hat das ganz anders bezeichnet. Er hat gesagt, das seien nützliche Aufwendungen des Staates, um staatliche Ziele zu erreichen. Welche Definition bevorzugen Sie denn jetzt?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie sagen doch schlichtweg die Unwahrheit, wenn Sie davon reden, die Preise würden subventioniert. Es gibt Flächenprämien, den Schweinemarkt, den Gemüsemarkt, den Kartoffelmarkt: das alles sind im Wesentlichen unreglementierte Bereiche. Auf diesen Märkten gibt es keine Subventionen, sondern es handelt sich um offene und freie Märkte innerhalb der Europäischen Union. Nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer dann behauptet, es werde immer mehr, der kennt die Zahlen in unserem Lande nicht. Aus der Agrarstatistik, die Frau Franzen jedes Jahr veröffentlicht, geht deutlich hervor, dass in diesem Land immer weniger Kühe bei einer immer höheren Leistung gehalten werden, wobei die Zuchtfortschritte nicht durch gentechnische Maßnahmen, sondern allein durch den biologisch-technischen Fortschritt erreicht wurden. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. Hiermit haben unsere Landwirte und Züchter eine für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft zukunftsorientierte Haltung an den Tag gelegt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will Ihnen noch einmal anhand von Haltungssystemen zeigen, wo die Unwahrheit gesagt wird. Der Kollege Steenblock erdreistet sich, in Pinneberg zu sagen: „Was das betrifft, hat die rot-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein ihre Hausaufgaben nicht gemacht.“ - Bravo, kann ich dazu nur sagen; dem kann ich nur zustimmen. Das ist ja in Ordnung. „Da hinken wir hinter den anderen Bundesländern hinterher“, sagte Steenblock offiziell, der sich von der Landesregierung enttäuscht zeigte. Oh Wunder! Was kommt dann? Er sagte weiter: „Mehr als 700 Millionen DM zahlte das Land den Bauern jährlich an Subventionen.“ Dies stand in einer Pressemitteilung aus Bad Bramstedt.

Wer solches sagt, sollte letztlich nicht so unwahrhaftig sein und sich vor dieses Parlament stellen und über die Landwirtschaft herziehen.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist unzusammenhängendes Zeug!)

(Peter Jensen-Nissen)

Herr Steenblock, über das Stadium solcher Haltungsformen, wie sie von Ihnen als in Zukunft mögliche dargestellt wurden, dass nämlich Kühe über sechs Monate angebunden werden, ist die schleswig-holsteinische Landwirtschaft schon längst hinweg. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es treibt mich nun wirklich um, da ich nicht weiß, was diese Landesregierung will.

(Zurufe von der SPD)

- Nun hören Sie einmal zu!

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie sind immer so laut, Frau Fröhlich. Das ist unangenehm.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Abgeordnete heißt Frau Heinold.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Die Ministerpräsidentin hat gesagt, Verbraucherpolitik, Verbraucherschutz und insbesondere die Ernährungsberatung werden im Gesundheitsministerium zusammengefasst. Das war der Originalton der Ministerpräsidentin heute Morgen. Aber was steht im Bericht der Landesregierung?

(Holger Astrup [SPD]: Lesen Sie einmal vor!)

Darin steht:

„Zu weiteren Aussagen zur Ernährungs- und Verbraucherberatung wird auf die im Juli 2001 vom Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus vorzulegende Gesamtkonzeption hingewiesen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wussten bis gestern Abend nicht, was die linke und was die rechte Hand tun. Das ist symptomatisch für Ihre Politik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Kruse das Wort.

Maren Kruse [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! BSE und MKS haben eine breite gesellschaftliche Debatte über die Lebensmittelproduktion ausgelöst, von der alle

Beteiligten - Zulieferer, Landwirte, Verarbeiter und Verbraucher - betroffen sind. Die Politik hat diese Debatte aufgegriffen und wir haben daher alle Chancen und Möglichkeiten, eine Neuausrichtung der bisherigen Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik mit dem Prinzip der **Nachhaltigkeit** auf allen beteiligten Feldern anzustreben. In den vergangenen Jahrzehnten haben Agrarpolitik und -wissenschaft sowie große Teile der Gesellschaft weitgehend verdrängt, dass agrarische Produktion immer im Zusammenwirken mit Pflanzen und Tieren, also lebendiger Natur, sowie ländlicher Entwicklung stattfindet.

Gewerblich-industrielle Strategien der **Produktkostenminimierung** durch überzogene Spezialisierung stehen jedoch im Widerspruch zu nachhaltigen, für die Gesundheit des Verbrauchers unbedenklichen sowie umwelt- und naturverträglichen Produktionsweisen. Diese Fehlentwicklung beschränkt sich leider nicht nur auf Schleswig-Holstein oder Deutschland. Diese Krisen haben das Vertrauen der Verbraucher in die Sicherheit und Qualität unserer **Lebensmittel** tief erschüttert. Das haben wir mehrfach gehört. Sie zeigen aber auch exemplarisch, dass die bisherige Agrarpolitik und die Lebensmittelproduktion in eine Sackgasse geraten sind. Das bietet gleichfalls die große Chance, in einer gemeinsamen Anstrengung von Verbrauchern, Landwirten, Umwelt- und Tierschutzverbänden, Politik, Wissenschaft und Beratung neue Wege zu beschreiten: sichere, gesunde, umweltverträgliche Qualität statt Masse - sowohl in der Produktion als auch im Verbrauch. Damit den Lebensmitteln vom Verbraucher wieder Vertrauen und Wertschätzung entgegengebracht werden und wieder angemessene Erzeugerpreise erzielt werden können, muss Lebensmittelproduktion zuallererst Qualitätsproduktion sein.

(Beifall bei SPD und SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Das ist aber nicht neu!)

An dieser Stelle muss ich dann doch kurz auf den populistischen CDU-Antrag eingehen,

(Holger Astrup [SPD]: Das kann man wohl sagen! - Lars Harms [SSW]: Welcher?)

in dem formuliert wurde:

„Die Beratungstätigkeiten ... müssen erweitert werden, um der Zielsetzung einer gesicherten und wettbewerbsfähigen Erzeugung von landwirtschaftlichen Gütern und einer gesunden Nahrungsmittelproduktion gerecht zu werden.“

Niemand - das sage ich ausdrücklich - kann durch

(Maren Kruse)

Beratung die Produktion oder irgendein Lebensmittel sicherer machen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn Sie, Herr Kayenburg, oder Ihre Fraktion das leisten wollen, dann entspricht das dem Motto: „Wir machen so weiter wie bisher!“ - Genau das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt beim SSW)

14 Millionen bis 16 Millionen DM mehr für die **Landwirtschaftskammer** vor allem für den Bereich der Beratung, wie Sie es fordern - das hat ja gestern die Pressekonferenz ergeben -, machen nicht ein einziges Lebensmittel sicherer

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann können Sie gleich aufgeben! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

und haben mit unserem Ziel, dem **gesundheitlichen Verbraucherschutz** und der Qualität unserer Nahrungsmittel oberste Priorität einzuräumen, absolut nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Qualität kann man nicht in unsere Nahrungsmittel hineinberaten. Hier würde nämlich mehr - nämlich Geld - nicht mehr - nämlich Aufklärung - bewirken, wenn die Grundlagen gleich blieben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir wussten immer schon, dass Sie beratungsresistent sind!)

Die Rahmenbedingungen - ich meine hier ausdrücklich nicht mehr Staat - für Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Handel müssen so gestaltet werden, dass sich eine umwelt- und naturverträgliche Produktion durchsetzt und sich die Erzeugung gesunder Lebensmittel wirtschaftlich lohnt.

(Beifall bei SPD und SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört die Aufklärung der Verbraucher über die Vorzüge von Produkten regionaler Herkunft, artgerechter Tierhaltung und ökologischer Produktion, von Herkunftsnachweisen und Qualitätsproduktion mit dem Ziel, dass gesunde Lebensmittel wieder wertgemäß honoriert werden. Qualitätsproduktion bedeutet für uns neben den genannten Faktoren auch Verbesserung von Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelqualität im Sinne von vorsorgendem Verbraucherschutz und Transparenz in Lebensmittelproduktion und -ver-

marktung. Wir meinen es ernst mit der „gläsernen Produktion“ vom Stall oder Feld bis zur Ladentheke,

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das merken wir!)

weil wir die Sorgen und Nöte der Bürger und Bürgerinnen ernst nehmen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Orientierung und **Information** für die Verbraucher müssen erleichtert werden. Dazu ist es unerlässlich, dass bei der Festlegung von **Qualitätsstandards** Verbraucherinnen und Verbraucher auch angemessen beteiligt werden. Nur so können sie zukünftig selbstbewusst und intelligent eigene Entscheidungen treffen. In Zusammenarbeit mit den Beteiligten - ich habe sie eingangs genannt: Zulieferer, Landwirte, Verarbeiter und Verbraucher - werden wir in einer Offensive für den Verbraucherschutz das Vertrauen der Verbraucher wiedergewinnen können.

Aus allen vorgenannten Gründen ist der CDU-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerin Franzen das Wort - nicht ohne mir den Hinweis zu erlauben, dass eine begrenzte Redezeit zur Verfügung steht, die überschritten werden kann. Das zöge dann aber Konsequenzen gemäß der Geschäftsordnung nach sich.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will noch einmal auf den Futtermittelbericht eingehen und freue mich, dass das in Teilen auch von Ihnen gemacht worden ist. Ich will ganz klar bekennen: Wir haben zu wenig kontrolliert, wir sind zu selten auf den Höfen gewesen. - Das steht in dem Bericht und daraus wird auch kein Geheimnis gemacht.

Ich will aber noch auf einiges hinweisen, bei dem wir in Schleswig-Holstein, so glaube ich, ganz gut aussehen. Wir haben in knapp 500 Untersuchungen ab 1997 überhaupt nur in fünf Fällen einen Hinweis auf **Verunreinigungen im Futter** gehabt - diese wiesen einen Grad von weniger als 0,5 % auf -, und zwar bei **Fischmehl**. Das verdanken wir unserer guten Lage; das ist nicht unser Verdienst. Aber es gibt hier nun einmal Fischmehl billig und zuhauf. Deshalb hat man hier Tiermehl offensichtlich nicht eingesetzt. Insofern sieht Schleswig-Holstein sehr gut aus. Zwar wurde jetzt auch Fischmehl per Bundesgesetz mit verboten,

(Ministerin Ingrid Franzen)

aber es ist - ich glaube, darüber sind wir uns hier alle einig - nicht BSE-relevant.

Ich möchte kurz auf einige Debattenbeiträge eingehen und fange einmal bei der kleineren Fraktion, der F.D.P., an; man muss ja nicht immer zuerst auf die CDU antworten. Frau Happach-Kasan, Sie sagen, viele Punkte seien nicht BSE-relevant. Darauf sage ich: Das war auch in Ihrer Rede nicht der Fall. Wir befinden uns in einer Generaldebatte über Landwirtschaft, wenn auch bedingt - das ist doch kein Wunder - durch BSE und MKS.

Sie sagen im Grunde sehr deutlich: Tiermehl soll wieder in die Nahrungsmittelkette. Das ist Lobbyarbeit der F.D.P.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Warum ist es denn dem Bundestag im Dezember gelungen, ein solch gutes Gesetz innerhalb von drei Tagen zu verabschieden? - Weil die Lobbyisten keine Zeit bekommen haben, Stellung zu nehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Das ist auch eine tolle Aussage!)

- Genauso ist es gewesen. Sie werfen mir vor, ich würde nach Großbritannien schauen und so Panik verbreiten. Der Vorwurf an uns alle - auch an Sie - muss doch lauten: Wir haben 15 Jahr lang nicht dort hingeguckt, haben gedacht, das sei nicht nötig. Da liegt der Fehler, nicht darin, jetzt einmal hinzuschauen. Das war höchste Zeit; das hätten Sie einmal viel früher machen sollen. Sie haben das - genau wie wir - mitverschuldet.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, man solle vielmehr auf die Schweiz schauen, die sei der Maßstab. Frau Künast ist doch mit ihren Experten dort hingefahren. Aber sie ist nicht mit dem Ergebnis, das Sie wollen, zurückgekommen. Die Maßnahmen der Schweiz sind bei uns nicht anwendbar. Das wussten wir auch vorher.

Zum SSW will ich sagen: Das Ausmaß der **staatlichen Kontrollen** haben wir noch nicht beschrieben. Wir haben im Haushalt 2001 die Zahl der Stellen zum Teil schon erhöht und werden die Vorgehensweise in diesem Bereich, natürlich gemeinsam mit dem Parlament, diskutieren. Heute ist in Cottbus Agrarministerkonferenz - ich sehe nicht, dass ich da noch hinkomme -, auf der die Bundesregierung dazu Vorschläge unterbreitet. Wir werden uns das sehr genau anschauen. Denn Vorschläge machen kann jeder. Die Frage ist, wer die Kosten übernimmt.

Unsere Philosophie ist - ich denke, das hat Frau Simonis hier sehr gut vorgetragen -, alle gemeinsam in die Verantwortung zu nehmen. Wir wollen die **Selbstzertifizierung** und intelligentes **Controlling** statt Kontrolle. Darin liegt eher die Lösung als darin, dass jeder noch 100 Leute zusätzlich bekommt. Wir wollen doch alle nicht, dass der Staat die volle Kontrolle übernimmt. Wenn das so wäre, sagten die Landwirte zu Recht: Was wollen Sie hier denn drei Tage in der Woche?

Zu Herrn Ehlers sage ich: Ich freue mich, wenn wir uns zu manchem einig werden. Die Tendenz diesbezüglich ist ja steigend, insbesondere wenn wir uns nicht in diesem Hause treffen. Aber das alte Gedankengut schimmert immer wieder durch. Sie haben das sehr gut versteckt, aber wir kennen uns ja lange genug. Sie haben wieder das Lied gesungen: Wenn wir unsere Standards erhöhen, steigen bei uns die Kosten, und deshalb muss das EU-weit geregelt werden. - Das könnte man unterschreiben, wenn man nicht wüsste, was Sie damit gemeint haben. Jahrelang haben Sie Hand in Hand mit dem Bauernverband und vielen anderen verhindert, dass das **Risikomaterial** aus der **Nahrungskette** herausgenommen wurde. Erst am 1. Oktober 2000 ist das beschlossen worden, bis dahin haben Sie immer argumentiert: Das verursacht für uns zu hohe Kosten, das geht nicht - und das, obwohl wir jahrelang gewusst haben, was das für ein Mist ist, den wir in die Lebensmittel tun.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und jetzt schauen Sie sich einmal um: Das ist BSE-relevant. Welche Kosten verursacht das denn für Kosten und wie steht das im Verhältnis zu den 5 Millionen DM, die das gekostet hätte?

(Klaus Schlie [CDU]: Seit wann regieren Sie eigentlich in Schleswig-Holstein? Das ist ein Unsinn, den Sie erzählen!)

Seien Sie einmal ehrlich und sagen Sie das, was Sie meinen. Wenn Sie sagen „EU-weit“, dann meinen Sie: Bloß nicht bei uns, bloß keine eigene Verantwortung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Glocke des Präsidenten)

Wir müssen die Spitze sein, wenn wir eine EU-weite Regelung fordern.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Ja. - Was das Tiermehl angeht, so haben Sie keine Aussage gemacht. Aber Reimer Böge ist schon mit der Forderung zu hören, das Verbot nicht zu verlängern.

Abschließend will ich mich noch kurz dem Oppositionsführer zuwenden: Wenn man einfach den alten Hut aus dem letzten Wahlkampfprogramm holt, MUNF und MLR zusammenlegt und ein bisschen BSE-Soße darauf tut, so ist dies keine Lösung. Sie wollen zwar glauben machen, dass das eine neue Politik ist, aber mit den Lösungen, die der Verbraucher von uns in Sachen BSE erwartet, hat dies nichts zu tun. Dafür sind Sie auch nicht gewählt worden.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Umweltminister Müller, ich darf darauf hinweisen, dass dies die dritte Debatte zum Thema BSE ist. Wir als F.D.P.-Fraktion haben schon in der ersten Debatte zurückgeblickt und festgestellt, dass es selbstverständlich auch Versäumnisse der schwarz-gelben Bundesregierung gegeben hat, und dies hier dargestellt. Zu Recht hat die Landwirtschaftsministerin darauf hingewiesen, dass es insbesondere an der Verweigerung gelegen hat, **Risikomaterial** frühzeitig aus der Nahrungsmittelkette herauszunehmen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Richtig!)

Wir haben das schon lange geleistet, als Sie noch nicht einmal wussten, wie viele Versäumnisse Sie begangen haben.

Es wurde immer wieder beklagt, dass die F.D.P. keine eigenen Vorschläge gehabt habe. Immerhin hatte sie so viele Vorschläge, dass die rot-grüne Mehrheit in der letzten Agrarausschusssitzung ein Drittel unserer Vorschläge übernommen hat - immerhin ein Drittel! Das ist gar nicht einmal so schlecht. Wir haben Dinge aufgegriffen, die Sie überhaupt nicht berücksichtigt haben. Sie hatten in Ihren Vorschlägen in keinsten Weise die **Forschung** berücksichtigt, genauso wenig den Erhalt der Wettbewerbsbedingungen. Ich danke Herrn Kollegen Steenblock, dass insbesondere er sich für meine Vorschläge eingesetzt hat.

Kollege Jensen-Nissen hat hier noch einmal deutlich das Einmaleins der EU-Agrarpolitik aufgezeigt.

(Lachen bei der SPD)

Er hat darauf verwiesen, wie begrenzt zurzeit unsere Möglichkeiten tatsächlich sind. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite des Hauses, Sie haben ordentlich zugehört; denn was dort gesagt wurde, muss man wissen, wenn man mit Vorschlägen kommt. Etwas im Hauruck-Verfahren zu ändern, geht eben nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die hoch gepriesene **Grünlandprämie** ist von der F.D.P. lange gefordert worden. Rot-Grün hat sich eben nicht dafür eingesetzt, dass sie Bestandteil der Agenda 2000 wird. Jetzt beklagt man es - ein bisschen spät.

Ganz große Verwunderung ergreift mich, wenn hier immer wieder auf die **Gemeinschaftsaufgabe** verwiesen wird. Wir wissen doch alle: In den letzten Jahren hat Rot-Grün die Mittel, die für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung standen, nie abgefordert,

(Zuruf von der F.D.P.: So ist das!)

weil Sie gar nicht das Geld hatten, das im Landshaushalt gegenzufinanzieren. Trotzdem wollen Sie jetzt weiter auf die Gemeinschaftsaufgabe setzen. Was soll das denn? Sie bauen damit einen Popanz auf.

(Zuruf von der F.D.P.: Sie haben sie nie genutzt!)

- Sie haben die Mittel nie genutzt und werden sie auch in Zukunft nicht nutzen!

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Umweltminister, es ist schon entnervend, wenn Sie kritisieren, die Oppositionsfractionen hätten nie nach den Lebensmittelkontrollen gefragt. Heißt das, Sie arbeiten erst dann, wenn wir einen Berichts Antrag stellen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Klaus Schlie [CDU])

Sie bestätigen damit, dass die Regierungsfractionen von der Opposition, die wach gewesen ist und die mit ihren Fragen, Berichts anträgen und Resolutionen doch die richtigen Maßnahmen vorgeschlagen hat, in eine Regierungserklärung getrieben worden sind. Kollege Steenblock, ich bin dankbar, dass jemand den Reden der Opposition zugehört hat. Das ist nicht gerade üblich; daher möchte ich das herausstellen. Ich meine, dass wir beim Thema Tierschutz mit unseren Meinungen nicht weit auseinander liegen. Als Opposition müssen wir darauf aufmerksam machen, dass die besten Tierschutzbestimmungen nichts nützen, wenn es

(Dr. Christel Happach-Kasan)

im Land keine Tiere mehr gibt, auf die sie Anwendung finden.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh)

Herr Eichstädt, auch in Lauenburg weiß man das. Stellen Sie unseren Kreis doch nicht in ein so schlechtes Licht. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Beim Thema **Tierschutz** müssen wir sehr wohl auf EU-Bestimmungen achten. Wir sollten darauf achten, sie als Qualitätsmerkmal darzustellen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir damit nicht die Betriebe aus dem Lande treiben.

Bei allen Beiträgen vermisste ich ein wenig die Berücksichtigung der Tatsache, dass die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, tatsächlich höhere Preise zu akzeptieren, vergleichsweise gering ist. Sie kennen sicherlich alle die Umfragen aus dem **Lebensmittelhandel**. 80 % der Bürgerinnen und Bürger sagen, sie seien bereit, höhere Preise zu zahlen, bevor sie den Laden betreten. Wenn sie aus dem Laden kommen, stellt man fest, dass sie zu 95 % zu den billigsten Produkten gegriffen haben. Theorie und Praxis liegen da weit auseinander. Frau Ministerin Franzen, es ist immer leicht, der Opposition Lobbyarbeit vorzuwerfen, wenn man keine Argumente hat, warum man den Standpunkt nicht differenzierter behandelt.

Staatssekretär Wille - nicht gerade ein Freund der F.D.P. - hat auf der Grünen Woche noch einmal deutlich gemacht, dass man beim Thema **Tiermehl** etwas differenzierter vorgehen muss und nicht nur den Absolutheitsanspruch durchsetzen darf. Mir geht es bei diesem Thema nicht um die Tiermehlproduktion, sondern um das Thema Tierernährung. Schweine in der Zucht brauchen schlicht und ergreifend bestimmte Aminosäuren. Wir können wählen, ob wir diese über Tiermehl zuführen, wobei sie hier aus Schlachtabfällen hergestellt werden, oder ob wir sie als chemische Produkte - synthetisch hergestellt - zuführen wollen. Die beiden Alternativen haben wir. Es gibt keine Nullhypothese.

Das zweite Thema ist der Umweltschutz. Es ist sehr wohl umweltrelevant, ob wir die Tonnen von Tiermehl, die es gibt, tatsächlich thermisch verwerten wollen. Die Folge wäre eine hohe NO_x-Belastung. Das ist ein Umweltthema, auf das wir achten müssen.

Das dritte Thema ist die Nachhaltigkeit. Es wird immer wieder gesagt, für 1 kg Rinderbraten brauchte man 5 kg Weizen. Das ist richtig. Wenn wir aber berücksichtigen, dass etwa zwei Drittel des Schlachtkörpers aus Abfall besteht, dann heißt das, dass für 1 kg Rinderbraten 15 kg Weizen gebraucht werden. Da

muss man sich fragen, ob das Thema Nachhaltigkeit nicht auch einmal im Rahmen einer solchen Debatte diskutiert werden kann und nicht immer nur dann, wenn es um die Agenda 21 geht. Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema, das bei allen Themen Berücksichtigung finden muss. Ich würde mir wünschen, dass die rot-grünen Fraktionen nicht nur darüber redeten, sondern wirklich darüber nachdächten.

Kollege Astrup, ich könnte noch einen weiteren Diskurs anfügen. Mit Rücksicht auf Ihre Mittagsstimmung bin ich aber gern bereit, dies jetzt zu beenden.

(Holger Astrup [SPD]: Ich bedanke mich!)

Ich sage nur noch ein Wort zum CDU-Antrag. Wir sind in der F.D.P.-Fraktion ein wenig verärgert; das will ich deutlich sagen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.], Holger Astrup [SPD] und Lars Harms [SSW])

Wenn wir uns als Abgeordnete zum Thema **Verbraucherschutz** einigen, entweder einen gemeinsamen oder keinen Antrag zu stellen, und dann erst Rot-Grün und anschließend Schwarz noch mit einem eigenen Antrag kommen, dann machen wir das nicht mit.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich dafür, dass Sie Ihren Antrag zurückgezogen haben. Das war eine gute Maßnahme. Diesem Punkt können wir nicht zustimmen. Wir haben einen eigenen Antrag zur Stärkung der **Landwirtschaftskammer** eingebracht. Wenn Herr Kollege Astrup sagt, er sei gut, dann hätte er ihm zustimmen können. Das wäre besser gewesen. Wir haben immer deutlich erklärt, dass wir nicht für die Zusammenlegung von Umweltschutzministerium und Agrarministerium sind. Wir sind der Meinung, dass Umwelt und Naturschutz einen eigenen Stellenwert haben. Wir wollen dieses Ministerium - unabhängig vom Amtsinhaber - erhalten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Steenblock hat das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte Ihnen gern sofort die mir noch zustehenden elf Minuten für die Mittagspause zur Verfügung gestellt. Das ist aber leider durch den Kollegen Peter Jensen-Nissen verhindert worden. Zu seinem Beitrag muss ich etwas sagen. Ich mache das, weil wir uns in den Fach-

(Rainer Steenblock)

debatten sehr viel besser verstehen, als das hier deutlich wird.

Lieber Kollege Jensen-Nissen, das, was Sie heute dargeboten haben, war nicht die höhere Mathematik der Landwirtschaftspolitik, sondern das kleine Einmal-eins des Populismus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Danke, gleichfalls!)

Ich habe mir abgewöhnt, zu all dem, was - auch über mich - in der Zeitung steht, ständig Gegendarstellungen zu schreiben.

(Lachen bei der F.D.P.)

Wenn eine Zeitung schreibt, in Schleswig-Holstein gingen jedes Jahr 700 Millionen DM an Subventionen der EU in die Landwirtschaft, dann ist das völlig richtig. Wenn nun irgendein Redakteur daraus macht: 700 Millionen DM zahlt das Land, dann schreibe ich keine große Gegendarstellung, um das aufzuklären.

(Lachen bei der CDU)

Lieber Kollege Jensen-Nissen, sich dann mit so etwas hier hinzustellen und die Glaubwürdigkeit von Politikern anzugreifen, ist nicht nur lächerlich, sondern echt absurd. Das hat mit sachlicher Auseinandersetzung nichts zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zu Ihrer Information: Das schöne Foto mit den Kühen ist auf einem Hof entstanden, der seit 20 Jahren ökologischen Landbau betreibt, der zertifiziert artgerechte Tierhaltung betreibt und bei DEMETER organisiert ist. Ich würde mir wünschen, dass Tiere überall in Schleswig-Holstein nach diesen Kriterien gehalten würden. Dann wären wir sicherlich ein Stück weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich möchte an dieser Stelle dem Kollegen Claus Ehlers danken. Seine Meinung weicht zwar in einigen Teilen von meiner Meinung ab, er hat jedoch sehr sachlich dargestellt, worum es geht. Das ist eine Grundlage, auf der wir Vertrauen zurückgewinnen können. Wir können über Sachinhalte streiten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn Sie, Herr Kayenburg, sich aber weigern, inhaltliche Punkte, über die wir streiten, überhaupt in die Diskussion einzuführen, oder wenn unter Herabsetzung von Personen diskutiert wird, dann werden wir es

nicht schaffen, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Lassen Sie uns über Inhalte streiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es geht um Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit und ich finde es beachtlich, dass die Landesregierung heute einen großen Schritt in Richtung Glaubwürdigkeit gemacht hat, indem sie ihre Fehler ehrlich genannt hat. Ich bekenne mich auch zu meinen Fehlern, die ich in diesem Bereich während meiner Amtszeit gemacht habe. Wir - auch ich - haben das nicht ernst genug genommen. Wir müssen daraus Konsequenzen ziehen. Dazu war die Debatte, die heute auch von der Regierung angeregt wurde, der erste Schritt. Lassen Sie uns diese Debatte so führen, dass Politik insgesamt ein Stück Glaubwürdigkeit zurückgewinnt. Lassen Sie uns an dieser Stelle arbeiten und nicht polemisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zu den Entscheidungen. Ich schlage vor, die Drucksache 15/646 sowie die Drucksache 15/720 durch die Berichterstattungen für erledigt zu erklären. Wird dem widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so beschlossen.

Ich schlage weiter vor, die Berichte Drucksachen 15/832 und 15/830 zur abschließenden Beratung an die Ausschüsse zu überweisen, und zwar den Bericht Drucksache 15/832 federführend an den Umweltausschuss, mitberatend an den Agrarsausschuss und den Sozialausschuss, den Bericht Drucksache 15/830 federführend an den Agrarsausschuss, mitberatend an den Umweltausschuss und den Sozialausschuss.

Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Nun steht der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/841 - ich habe nichts anderes gehört -, zur Sachabstimmung an.

(Klaus Schlie [CDU]: Abschnittweise! - Zuruf von der SPD: Das andere geht schneller!)

- Wie wünschen Sie den Antrag denn parzelliert zu haben?

(Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Nach den Nummern 1, 2, 3 und 4!)

(Präsident Heinz-Werner Arens)

- Okay! Auf Wunsch der CDU stimmen wir abschnittsweise über ihren Antrag ab.

Wer Nummer 1 des Antrages der Fraktion der CDU - Verbraucherschutz ist Gesundheitsschutz - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Nummer 1 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Wer der Nummer 2 - Stärkung des ländlichen Raumes - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Nummer 2 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wer Nummer 3 - Stärkung der Landwirtschaftskammer - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Nummer 3 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wer Nummer 4 - Stärkung der Verbraucherzentrale - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Nummer 4 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den gesamten Antrag. Wer dem Antrag Drucksache 15/841 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Ich unterbreche die Sitzung. Wir sehen uns um 15 Uhr wieder.

(Unterbrechung: 13:13 bis 15:01 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/653

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses

Drucksache 15/789

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/842

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hopp, das Wort.

Kummt Se man ruhig no vörn. Dann wüllt wi dat ok örnlich möken.

Claus Hopp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Agrarausschuss - wie viele andere zuständige Ausschüsse auch, unter anderem in der vergangenen Woche der Finanzausschuss - hat sich mit diesem Thema beschäftigt. Ich möchte hier gleichzeitig - mit Genehmigung des Herrn Präsidenten - über die Debatte im Agrarausschuss berichten und meinen Redebeitrag - gleichsam in verbundener Debatte - leisten. Der Agrarausschuss hat eine Empfehlung auszusprechen, die ich hier kurz erläutern möchte. Vielleicht können Sie das dann gleichzeitig als meinen Debattenbeitrag gelten lassen, Herr Präsident.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nein, erläutern Sie kurz die Empfehlung. Wir werden den mündlichen Bericht hören und dann sind Sie der erste Debattenredner.

Claus Hopp [CDU]:

In Ordnung! - Herr Präsident, wir empfehlen, dass das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ in seiner jetzigen Form fortgeführt wird, und wir bitten den Landtag, die entsprechenden Mittel dafür bereitzustellen. - Das ist mein Bericht.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank Herr Berichterstatter, ich danke für diesen ausführlichen Bericht.

(Heiterkeit)

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich zunächst über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen lassen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Halt, stopp, Moment!)

Der Ausschuss hat empfohlen, dass wir einen Bericht hören.

(Wortmeldung der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Frau Abgeordnete Kähler zur Geschäftsordnung.

Ursula Kähler [SPD]:

Meines Wissens hat der Agrarausschuss eine andere Empfehlung, eine sehr viel umfangreichere Empfehlung, beschlossen. Deshalb möchte ich darum bitten, dass das noch einmal geklärt wird. Der Finanzausschuss hat eine andere Information erhalten.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja, dazu sind wir gern bereit.

Claus Hopp [CDU]:

Entschuldigen Sie bitte. Ich habe erst jetzt verstanden, was Sie mit Ihrer Frage wollten. Der Agrarausschuss hat selbstverständlich beschlossen, die Ministerin möge hier einen mündlichen Bericht geben. Darum bitten wir.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann habe ich das doch richtig verstanden.

Über diese Beschlussempfehlung möchte ich jetzt abstimmen lassen. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Wir werden dann gleich den Bericht hören.

Bevor es dazu kommt, möchte ich Besucherinnen und Besucher begrüßen. Auf der Tribüne haben sich Schülerinnen und Schüler der Grund- und Hauptschule Hamdorf sowie Mitglieder des SSW-Kreisverbandes Nordfriesland eingefunden. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für den Bericht erteile ich jetzt der Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus, Frau Franzen, das Wort.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte das gern wahrnehmen und mündlich vortragen. Einleitend sage ich aber, dass es selbstverständlich nur ein Zwischenbericht ist. Das heißt, wir haben nach wie vor die Chance, diese Sache gemeinsam zu gestalten. Ich darf das Parlament auch daran erinnern, dass es die Herrschaft im Bereich des Haushaltes hat. Deshalb habe ich mich in einem Korsett zu bewegen - um das einmal so zu nennen -, obwohl ich finde, dass ich nicht unbedingt eines nötig hätte. - Das war eine Bemerkung, die nicht unbedingt ganz so ernst gemeint war.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall im ganzen Haus)

Wir haben - auch im Verhältnis zu anderen Bundesländern - eine sehr gute Ausgangslage, denn wir haben ein Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“, das über 35 Jahre alt ist. Das haben wir recht groß, aber auch ein bisschen selbstkritisch, letztes Jahr in diesem Haus gefeiert. Das heißt, wir haben ein **eingeführtes Gütesiegel**. Fachleute, die von Marketing eine Ahnung haben, wissen: Wenn man ein solches eingeführtes Gütesiegel wegwerfen würde à la Bayern - Bayern sagt, das ist verbraucht, das hat Stoiber laut und deutlich gesagt -, müsste man für teures Geld ein neues Gütesiegel auf dem Markt etablieren. Das kostet etwa 30 bis 40 Millionen DM. Das empfehle ich wirklich nicht. Ich glaube, wir haben mit diesem Gütezeichen - auch so, wie es aussieht: grün-weiß; auf der Wetterkarte tauchen wir immer ähnlich auf - ein eingeführtes Markenzeichen, über das es sich lohnt, gemeinsam nachzudenken.

Allerdings finde ich, dass in Zeiten von BSE und Maul- und Klauenseuche die Institutionen, die dieses Markenzeichen begleiten, der Qualitätsausschuss und die Kammer, darüber nachdenken müssen, ob alles so richtig gewesen ist und so bleiben kann, wie es bisher war. Sie merken, meine Antwort dazu ist deutlich, sie lautet nämlich Nein.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir von der Mittagspause wieder auf die Sitzung umschalten!

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Ich möchte noch einmal daran erinnern, was die Ministerpräsidentin, die in ihrer Regierungserklärung auch etwas zu diesem Themenbereich gesagt hat, hierzu gefordert hat. Da sind die „Qualitätstore“, die zu durchschreiten und zu erlangen sind, und zwar im Wege von Zertifizierung, von ISO-Normen, von Selbstkontrollen, sodass auch hier die jeweilige Institution, die es begleitet und erteilt, nur noch ein Controlling machen muss. Das kann dann auch deutlich preiswerter sein, als uns viele heute vorrechnen.

Ich möchte eine weitere Maßgabe nennen, die für mich wichtig ist. Ich weiß, dass zumindest die linke Hälfte des Hauses, soweit sie rot gefärbt ist, das genauso sieht wie ich.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] - Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] - Zuruf von der CDU)

- Ja, die Grünen sehen das anders. Ich denke, man muss schon darüber nachdenken, dass so ein **Siegel**

(Ministerin Ingrid Franzen)

und die Konzeption für die erteilende Behörde sowohl für den **konventionellen Bereich** als auch für den **ökologischen Bereich** zusammen erarbeitet werden können.

(Beifall der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Frauke Tengler [CDU])

Es kann doch nicht sein, dass wir alle davon reden, die Gräben wieder zuschütten zu wollen, die da sind - das wissen wir alle, auch wenn das immer wieder bestritten wird -, wir dann aber für jede einzelne landwirtschaftliche Form eine eigene Institution aufbauen. Ich plädiere dafür, das nicht so zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und vereinzelt bei der F.D.P.)

Ich finde, dann gehört auch der ökologische Landbau, dem es ja im Moment gut geht, wo die Nachfrage auch gut ist - es sei ihm von Herzen gegönnt! - auf den Prüfstand. Auch hier müssen die Bauern gefragt werden, ob sie es ernst meinen und wo sie kooperieren können. Wenn das geht, hat man zumindest mit der Ministerin ein Problem.

Ich denke, hier gibt es noch eine Menge zu besprechen. Ich werde zu Gesprächen darüber einladen. Ich weiß auch, dass die Landwirtschaftskammer - ohne Begleitung der Ministerin, deshalb hat es eine kleine „Aufmerksamkeit“ der Ministerpräsidentin mir gegenüber gegeben; da lerne ich immer noch - den Ausschüssen dieses vorläufige Konzept schon vorgestellt hat. So wie wir die Landwirtschaft hier in Schleswig-Holstein positionieren wollen, hin zu Qualität, hin zu Regionalität, haben wir Chancen. Das ist für mich ganz wichtig. Das muss kein Ausschlusskriterium nach dem Motto sein: „Nur so oder ihr bekommt es gar nicht!“, aber es muss eine Betonung der Regionalität stattfinden. Das sage ich auch als Tourismusministerin.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Das gilt nicht nur für den ökologischen Bereich, der das ja sehr gut vormacht, sondern das gilt auch für den konventionellen Bereich. Ich werde also - selbstverständlich die Kammer, aber auch andere Institutionen - zu einem breiten Gespräch bei mir einladen.

Nicht nur die Kammer ist dabei, Strukturänderungen vorzunehmen. Auch RSH - Rinderzucht Schleswig-Holstein - hat zum Beispiel ein Konzept vorgelegt. Auch die Hauptgenossenschaft wäre bereit, Zertifizierung für Abläufe auf Bauernhöfen mithilfe einer Anschubfinanzierung zu unterstützen. Das könnte eine Ergänzung zum Gütesiegel darstellen.

Trotz der Krise, die ich erlebt habe, finde ich, dass sich unsere Wirtschaft sehr in unserem Sinne nach vorn bewegt. Ich möchte die Debatte mit den Parlamentariern darüber gern fortsetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für diesen so bereitwillig erteilten Bericht.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Hopp das Wort.

Claus Hopp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nun komme ich endlich zu dem, was ich eben schon wollte. Natürlich hatten wir es so vereinbart - entschuldigen Sie, Frau Ministerin -, dass Sie zunächst einen mündlichen Bericht geben und erst dann hier die Diskussion stattfindet. Ich möchte allerdings anmerken, dass sich der Agrarausschuss ausdrücklich damit einverstanden erklärt hat, dass Sie den Bericht mündlich geben. Wir hätten auch einen schriftlichen Bericht verlangen können. Den hätten wir dann in den Fraktionen schon ausgiebig diskutieren können. Das wäre sicherlich für das Parlament günstiger gewesen. Wir haben Rücksicht darauf genommen, dass das personell nicht überbesetzte Ministerium gerade in der jetzigen Zeit eine Menge zu tun hat.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ beschäftigt uns heute nicht zum ersten Mal. Auch die zuständigen Ausschüsse haben sich in den vergangenen Wochen wiederholt mit diesem Thema beschäftigt, unter anderem, Frau Kollegin Kähler, in der vergangenen Woche der Finanzausschuss. Man hat sich in diesem Zusammenhang auch von der Landwirtschaftskammer informieren lassen. Hierbei habe ich den Eindruck gewonnen, dass sich die Sozialdemokraten in dieser Frage etwas bewegt haben, das heißt, dass sie die Notwendigkeit des Gütezeichens erkannt haben und - wie ich hoffe - mittlerweile auch bereit sind, finanziell eine entsprechende Unterstützung zu geben.

Ich darf mit freundlicher Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus der Rede der Ministerpräsidentin von heute Morgen ausschnittsweise zitieren. Ich hoffe, dass ich, obwohl sie so schnell spricht, alles richtig habe mit-

(Claus Hopp)

schreiben können. Dort hat die Frau Ministerpräsidentin gesagt:

„Es ist ein erfreuliches Signal, dass die Landwirtschaftskammer bereit ist, eine Neuausrichtung des Gütesiegels mit eigenen Vorschlägen zu begleiten. Sie hat bereits ein eigenes Konzept vorgelegt, mit dem wir uns in den kommenden Wochen beschäftigen werden.“

Ich begrüße diese Entwicklung. Die Situation war vor einem halben Jahr noch etwas anders. Deshalb danke ich vielmals dafür.

Bei der **Landwirtschaftskammer** Schleswig-Holstein gibt es die **Abteilung Gütezeichen**. Diese Abteilung hat ein hervorragendes Konzept entwickelt. Auch die Ministerpräsidentin hob heute Morgen hervor, dass zum Beispiel Edeka ein hervorragendes Konzept verfolgt. Dieses ist von der Landwirtschaftskammer entworfen und immer wieder geprüft worden. Auch hier sehe ich doch eine große Übereinstimmung.

(Konrad Nabel [SPD]: Das war es dann aber auch!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, dass wir in Schleswig-Holstein in der glücklichen Lage sind, ein Gütezeichen zu haben, das weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt ist und um welches uns andere Bundesländer beneiden. Über 90 % aller Schleswig-Holsteiner können mit dem Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ etwas anfangen, auf Bundesebene sind es immerhin noch 65 %, die Qualitätsprodukte mit diesem Gütezeichen nicht nur kennen, sondern damit auch das Agrarland Schleswig-Holstein mit seinen hervorragenden Produkten verbinden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir brauchen deshalb, Herr Kollege Steenblock, nichts Neues zu erfinden,

(Beifall bei der CDU)

wie es in der Diskussion im Agrarausschuss vorgebracht wurde, sondern wir können hier auf Bewährtes zurückgreifen. Das sagte ich bereits.

Meine Fraktion empfiehlt daher dringend, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag beschließen möge, das hervorragende Konzept der Landwirtschaftskammer weiter zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das schließt nicht aus, dass wir durchaus zusätzliche Argumente aufnehmen können. Hierzu, Frau Ministerin, gehört auch der ökologische Landbau, den Sie hier

eben besonders hervorgehoben haben. Wir haben mit dem ökologischen Landbau nie Probleme gehabt. Dieser gehört deshalb selbstverständlich gleichberechtigt hier mit hinein.

Darüber hinaus erwarten wir, dass entsprechende **finanzielle Förderung** durch das Land Schleswig-Holstein erfolgt.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Claus Hopp [CDU]:

Bei den letzten Haushaltsberatungen wurden die Mittel für das **Gütezeichen** leider Gottes um 370.000 DM gekürzt. Wir schlagen daher vor, dass der entsprechende Ansatz noch im laufenden Haushaltsjahr wieder aufgestockt wird; denn auch der Finanzminister könnte sich - wie ich glaube - einer solchen Regelung anschließen. Wer nämlich etwas einnehmen will - das gilt auch für Steuern -, muss erst einmal etwas investieren. Eine bessere Investition als in ein Gütezeichen gibt es eigentlich nicht.

(Holger Astrup [SPD]: Wer hat Ihnen bloß die Rede geschrieben?)

Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir gerade in der jetzigen Situation, in der wir wieder um das Vertrauen der Verbraucher werben müssen, dringend darauf angewiesen sind, dass dieses Gütezeichen weiterhin positiv besetzt wird. Ich darf deshalb den Antrag noch einmal kurz verlesen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nein, das ist nicht nötig; der ist bekannt.

(Beifall und Heiterkeit im ganzen Hause)

Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Claus Hopp [CDU]:

Na gut, wenn es nicht nötig ist, Herr Präsident, dann verweise ich auf unseren Antrag und bitte freundlichst um Zustimmung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Kruse das Wort.

Maren Kruse [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind in der Agrarpolitik - wir haben es heute Morgen gehört - an einem Punkt angekommen, an dem unsere bisherigen Verfahren und Instrumente auf den Prüfstand gestellt und im Hinblick auf einen konsequenten Verbraucherschutz und verlässliche Deklarationen neu ausgerichtet werden müssen. Ziel muss es sein, gesunde und kontrollierte Lebensmittel in Schleswig-Holstein zu produzieren. Dabei kommt auch dem Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ eine neu zu bestimmende Rolle zu.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das **Gütezeichen der Vergangenheit** kann diesen **neuen Anforderungen** so nicht standhalten.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Weder war es geeignet, BSE auszuschließen, noch hat es dem Verbraucherwunsch, in Schleswig-Holstein hergestellte Lebensmittel zu erhalten, voll genügt. Folgerichtig hat der Landtag daher zunächst einen Rückzug aus der Finanzierung des bisherigen Gütezeichens vollzogen.

Doch sind die **Verdienste des Gütezeichens**, Kollege Hopp, durchaus zu würdigen. Das Gütezeichen ist in Schleswig-Holstein und auch bundesweit bekannt. Darauf wollen wir aufbauen. Die Mitfinanzierung durch die Wirtschaft ist ständig gewachsen, die Kriterien zur Vergabe und die Systemkontrollen sind in vielen Bereichen weiterentwickelt worden. Auch die Bemühungen der Landwirtschaftskammer, das Gütezeichen neu auszurichten, begrüßen wir sehr.

Heute haben wir die Schlussfolgerungen der Landesregierung aus der BSE-Problematik präsentiert bekommen. Entscheidend wird sein, in Zukunft eine „gläserne Produktions- und Kontrollkette“ von der landwirtschaftlichen Produktion bis zur Ladentheke sicherzustellen. Die Produkte müssen in den verschiedenen Produktionsstufen „Qualitätstore“ passieren, um den Anforderungen zu genügen. Hierbei kann das Gütezeichen eine wichtige Rolle übernehmen.

Klar muss jedoch sein: Wenn Landesmittel weiter zur Verfügung gestellt werden sollen, werden wir bei den neuen Kriterien für das Gütezeichen mitbestimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen in diesem Zusammenhang Sorge dafür tragen, dass der Verbraucher nicht durch eine Vielzahl unterschiedlicher Siegel und Zeichen für Lebensmittel

verwirrt wird. Die Idee von Ministerin Künast, nur jeweils ein Gütesiegel für konventionell und ökologisch erzeugte Lebensmittel zu verwenden, ist daher zu begrüßen, und die Vorgaben für dieses bundesweite Siegel sind vom Gütezeichen in Schleswig-Holstein aufzugreifen. In jedem Fall ist sicherzustellen, dass Produkte mit dem Gütezeichen aus Schleswig-Holstein tatsächlich alle „Qualitätstore“ in Schleswig-Holstein durchlaufen haben und nicht zum Beispiel ein Katen-schinken mit einem Gütezeichen ausgezeichnet wird, der von einem Schwein stammt, das in den Niederlanden geboren oder gemästet wurde.

(Beifall bei der SPD)

Nur so kann für das **Marketing** neben den **Kontrollsystemen** für die „Qualitätstore“ ein glaubhafter regionaler Bezug entstehen und genutzt werden. Ich bin mir sicher, dass dieser regionale Bezug zu einem Land als positives Image auch weiterhin genutzt werden soll. Dabei soll das Gütezeichen sowohl für Produkte aus dem konventionellen wie auch aus dem ökologischen Landbau offen sein.

Ein wesentlicher Punkt bei dem **neuen Gütezeichen** für Schleswig-Holstein ist die Mitverantwortung und Mitfinanzierung der Kontrollsysteme durch die Land- und Ernährungswirtschaft. Sie haben ein wirtschaftliches Interesse und damit eine hohe Verantwortung für gesunde Lebensmittel, aus der wir sie nicht entlassen werden. Neben der inhaltlichen Neuausrichtung des Gütezeichens ist auch die Finanzierung neu zu strukturieren. Ich habe dabei auf die vorrangige Finanzierung durch die Land- und Ernährungswirtschaft hingewiesen. Dabei sollte allerdings auch die Frage der Einbindung von Mitteln der CMA diskutiert werden. Es ist jedoch zu früh, von der Landesregierung ein Finanzierungskonzept zu erwarten, wie es im Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/653, verlangt wird. Vielmehr sollten wir uns anhand eines Berichtes zunächst über die Entwicklung des Gütezeichens berichten lassen, bevor wir in die Beratung des Haushalts 2002 eintreten.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dem Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/842, können wir meinen Ausführungen zufolge nicht zustimmen, weil er vorschnell ist und die Verbraucher wieder einmal nicht mitnimmt. Ich glaube, Herr Kollege Hopp, hier sollte sich die CDU bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im letzten halben Jahr hat es wohl keine Sitzung gegeben - weder des Agrarausschusses noch des Landtages -, in der uns nicht der gütezeichenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Claus Hopp, die Qualität dieses Gütesiegels vorgeführt hat. Ich freue mich, dass er damit auch ein bisschen Erfolg gehabt hat. Das muss man wohl so feststellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ihr könnt bei dem Lieblingsthema eures Kollegen Hopp ein bisschen wacher sein. Ich finde es nicht in Ordnung, dass das so lange dauert. Ich freue mich aber, dass auch die Ministerin inzwischen anerkannt hat, dass es einen Wert bedeutet, ein solches **Gütesiegel** zu haben, und dass es nicht viel Sinn macht, es wegzuworfen, wie die Bayern dies beabsichtigen. Wir wissen, dass sowohl das Land Schleswig-Holstein als auch die Wirtschaft über 70 Millionen DM in dieses Gütesiegel investiert haben. Es macht keinen Sinn, das gerade in einer Zeit wegzuworfen, in der Verbraucherinnen und Verbraucher wissen wollen, welche **Qualitätsprodukte** es gibt. Das Gütesiegel von Schleswig-Holstein hat in erheblichem Maße das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Frau Kruse, ich möchte Ihnen ein ganz klein bisschen widersprechen, wenn Sie sagen, Sie wollten auch mitbestimmen. Die Regierungskoalition ist im Beirat des Gütesiegels immer vertreten gewesen und hat immer auch mitbestimmt. Insbesondere Frau Kollegin Kötschau hat in diesem Landtag sehr oft deutlich gemacht, dass es das Ziel war, die Anforderungen möglichst hoch zu halten. Ich erinnere ebenfalls daran, dass möglichst hohe **Anforderungen** an ein Gütesiegel einen hohen **Kontrollaufwand** bedingen. Da finde ich es schon wichtig, wenn eine solche Mitwirkung der Regierungskoalition vorhanden ist, dass eine Mitfinanzierung der Regierungskoalition gegeben bleibt und die Beschlüsse, sie auf null zu fahren, zurückgenommen werden.

Der Grundsatz: „Willst du Schleswig-Holstein oben sehen, musst du die Tabelle sehen“,

(Heiterkeit des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

gilt für fast alle Wirtschafts- und Finanzdaten dieses Landes im Bundesvergleich. Was das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ anbelangt, gilt er ausnahmsweise nicht. Da sind wir vorn. Wer außerhalb des Landes Podiumsdiskussionen bestreitet, wird immer wieder darauf angesprochen, was

für ein **gut eingeführtes Gütezeichen** wir in Schleswig-Holstein haben.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Seit seiner Einführung 1965 ist dieses Qualitätsgütesiegel immer mehr bekannt geworden. Über 65 % der Bevölkerung in Deutschland - nicht nur in Schleswig-Holstein - kennen es. Es ist ein Wertmaßstab, ein solches Gütesiegel zu führen. Es macht die schleswig-holsteinischen Produkte außerdem über die Grenzen des Landes hinaus bekannt. Dies ist für ein Land, das auch vom Export agrarischer Produkte lebt, eine ganz wichtige Tatsache.

Die BSE-Krise hat das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Fleischprodukte erschüttert. Die Menschen sind verunsichert. Dies ist ein Problem. Probleme sind - das ist hier vielfach gesagt worden - immer auch eine Chance. Man sollte sie nutzen. Die Landwirtschaftskammer hat diese Chance mit der Erarbeitung des Konzepts für ein neues Gütezeichen genutzt. Die Neuorientierung sollten wir als politisch Handelnde unterstützen. Deswegen begrüßen wir die **Überarbeitung des Gütezeichenkonzeptes**.

Es gibt allerdings noch einige problematische Aspekte, die nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Es bleibt zu klären, inwieweit ein regionales Qualitätssiegel gegen europäische Wettbewerbsvorschriften verstößt. Wir müssen in diesem Bereich aufpassen, um unser Gütesiegel zu erhalten.

Für hochwertige Nahrungsmittel ist neben der Produktionsmethode insbesondere auch die **Qualität des Endproduktes** von besonderer Bedeutung. Diese ist dann der Maßstab für die Vergabe des Qualitätssiegels. Sie muss entsprechend hoch angesetzt werden. Es reicht nicht allein, die Produktionsmethode zu kontrollieren. Es muss auch immer hinzugehören, das Endprodukt speziell zu untersuchen.

Lassen Sie mich als letzten Punkt noch einmal die **Finanzierung** des **neuen Gütezeichens** ansprechen. Ursprünglich wurde das Gütesiegel zu 100 % vom Land finanziert. Inzwischen ist die Finanzierung auf 35 % zurückgegangen. Dies ist durchaus angemessen, sollte aber nicht weiter zurückgeführt werden. Es ist schon so, dass ein Teil der Kontrollen Landeskontrollen ersetzen und insofern auch vom Land zu finanzieren sind. Wir müssen aber auch sehen, dass es letztlich ein Marketinginstrument für die Produkte ist, die das Gütezeichen führen. Es ist schon richtig, auch von der Wirtschaft eine Beteiligung an der Finanzierung für ein solches Gütezeichen zu erwarten. Ich würde mich freuen, wenn wir in diesem Sinne den CDU-Antrag des Kollegen Hopp unterstützen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass der Kollege Claus Hopp hier zum Cato des Schleswig-Holsteinischen Landtages avanciert, ehrt ihn. Ich finde, das hat er auch verdient.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Ja, wir sprechen von dir! - Trotzdem führt es bei mir zumindest nicht dazu, dass ich in der Sache völlig mit Ihnen übereinstimme.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat auch keiner erwartet!)

Das **Gütezeichen** Schleswig-Holstein, lieber Kollege Kubicki - darin werden Sie mir sicherlich zustimmen - ist besser als viele seiner Konkurrenten. Es ist jedoch nicht gut genug für die **Anforderungen**, die wir jetzt erheben. Deshalb ist es auch unstreitig, dass wir an dieser Stelle eine **Neuausrichtung** benötigen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich bin der Landwirtschaftskammer dankbar dafür, dass sie sich dieser Herausforderung gestellt hat, seit Beginn dieser Debatte den Landwirtschaftsausschuss wöchentlich mit neuen Papieren überschüttet und deutlich macht, wie engagiert sie arbeitet. Trotzdem muss sich der Landtag natürlich der Frage stellen, wer in diesem Lande eigentlich was und warum finanziert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Das Gütezeichen Schleswig-Holstein ist ein Marketinginstrument. Es soll in der Zukunft ein hochwertiges Marketinginstrument werden, und zwar noch besser als bisher.

Wir müssen Folgendes beachten. Erstens. Wenn das Konzept Wirkung zeigen soll, dann muss es gut sein und in die neuen Strukturen, die auf Bundesebene erarbeitet werden, passen. Es wäre fatal, wenn wir die schon jetzt unübersichtliche Landschaft der Gütezeichen nur durch ein weiteres bereichern würden.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Wir brauchen **klare Strukturen**, auch im Sinne eines vernünftigen Verbraucherschutzes, an denen man sich orientieren kann. Deshalb müssen die Qualitätssiegel, die auf Bundesebene entwickelt werden - ein einheitliches Ökosiegel -, die Grundlage sein. Ich plädiere in den Diskussionen immer sehr dafür, dass wir aufgrund

der von der EU festgelegten Kriterien ein europaweites Gütesiegel für den ökologischen Landbau anstreben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Dies ist eine Forderung, auf die man sich gut einigen kann. Beim ökologischen Landbau ebenso wie beim konventionellen Landbau wird es allerdings so sein, dass diese Qualitätssiegel, die auf Bundesebene kreiert werden, durch die unterschiedlichen Hersteller eine unterschiedliche Siegelung erfahren. Die Frage ist, wie das **Gütesiegel Schleswig-Holstein** dort hineinpasst und ob es tatsächlich noch eine Zukunft hat. Diese Frage müssen wir uns bei allen Qualitätssiegeln, die angestrebt werden, tatsächlich stellen.

Ich bin mit Ihnen, Frau Ministerin, insofern nicht einer Meinung, als ich dagegen bin, dass den ökologischen Anbauverbänden hier in Schleswig-Holstein gegen deren Willen ein regionales Gütesiegel - jetzt verwende auch ich einmal diesen Begriff - „übergestülpt“ werden soll. Ich glaube, wir sollten **regionale Gütesiegel** in Schleswig-Holstein nur denjenigen anbieten, die das auch wollen. Die ökologischen Verbände hier in Schleswig-Holstein wollen das nicht. Neben dem europaweiten Gütesiegel wollen sie ihre Herkunftsbezeichnung weiter verwenden. Ich halte das auch für richtig, weil das eingeführte Gütesiegel sind und weil es nicht notwendig ist, dass es für jedes Produkt etwa zehn Gütesiegel gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Ich weiß aus vielen Betrieben der Ernährungswirtschaft, dass sie ihre eigenen Qualitätssiegel wollen, die ihre Marke transportieren. Sie wollen, dass man Vertrauen in ihre Herkunftsmarke hat. Das ist aus Sicht der Wirtschaft auch verständlich. Deshalb muss man aufpassen, ob man nicht in die Gefahr einer Doppelförderung läuft oder in ein Produkt investiert, das die Wirtschaft so nicht mehr nachfragen will. Das wird die Zukunft zeigen.

Ich wehre mich dagegen, dass der Staat das **Marketing der Ernährungswirtschaft** mit Subventionen unterstützt. Gerade die rechte Seite des Hauses strengt immer wieder Diskussionen um Subventionen an. Aber wenn es ihren Interessen dient, dann gibt es niemanden, der mit der Forderung nach staatlichen Subventionen schneller dabei ist als die Freie Demokratische Partei. Wenn es gilt, Ihre eigene Klientel zu bedienen, sind Sie immer fix dabei.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, dass die Industrie die Frage des Marketings zunächst einmal selber lösen muss. Sie muss für

(Rainer Steenblock)

ihr Marketing aufkommen. Das gilt auch für das Gütezeichen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Aufgabe des Staates liegt für mich darin, hier unterstützend zu wirken, nämlich insofern - das hat die Ministerpräsidentin heute Morgen gesagt -, als das **Qualitätsmanagement** unterstützt werden muss. Die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen in der Ernährungswirtschaft, auch in der Landwirtschaft, ist aus meiner Sicht ein Projekt, das staatlich unterstützt werden muss. Dort ISO-Norm genauso wie das Öko-Audit einzuführen, in diese Richtung sollte man denken.

(Glocke des Präsidenten)

- Ja, ich komme zum Schluss. - Wenn die Landwirtschaftskammer uns nun ein neues Konzept vorlegt, das doppelt so viel kostet wie das alte, dann haben Landesregierung und Landtag die Pflicht zu überprüfen, ob dies vernünftigerweise vom Steuerzahler bezahlt werden sollte oder nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin dagegen, dass der Steuerzahler das bezahlt, aber dafür, dass Qualitätsmanagementsysteme bezuschusst werden. Wir sollten uns - nach den Kriterien, die die Landesregierung vorgelegt hat - eine ausführliche Debatte darüber leisten, wer was zu bezahlen hat und in welchen Bereichen die Industrie die Verantwortung trägt. Dann kommen wir weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaftskammer hat ein neues Konzept für das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ vorgelegt. Von den Inhalten her ist dies eine konsequente Weiterentwicklung des bisherigen Gütezeichens. Gleichwohl muss man sich Gedanken machen, ob das **Gütezeichen** Schleswig-Holstein in seiner jetzigen Ausprägung noch zeitgemäß ist. Es wurde 1965 aufgelegt, um schleswig-holsteinische Qualität darstellen und um Absatzmärkte, unter anderem in Nordrhein-Westfalen, zu erschließen. Es war ausschließlich auf das Image Schleswig-Holsteins in Deutschland ausgerichtet und für den deutschen Binnenmarkt gedacht.

Für die damalige Zeit war die Einführung eines Gütezeichens für den deutschen Binnenmarkt ein hervorragender Gedanke. Schleswig-Holstein hat damit eine Vorreiterrolle übernommen. Heute gibt es jedoch zwei maßgebliche Entwicklungen, die man auch bei der Weiterentwicklung von Gütezeichen beachten muss: zum einen die fortschreitende Globalisierung der Märkte - man tummelt sich nicht mehr nur auf dem deutschen Markt - und zum anderen der Wunsch der Verbraucher nach einer Art Unbedenklichkeitssiegel, das heißt einem allgemein anerkannten **Qualitätsnachweis**, der auch für den Verbraucher überall uningeschränkt nachvollziehbar ist.

Die kommende EU-Osterweiterung und die Globalisierung der Märkte führen dazu, dass sich die hiesige Land- und Ernährungswirtschaft einer enormen Konkurrenz ausgesetzt sehen werden. Dies gilt im Übrigen auch für andere west- und nordeuropäische Länder, die vor dem gleichen Problem stehen und sich ja auch schon entsprechend vorbereiten. In Dänemark hat man diese Aufgabe erkannt und ein staatlich geprüftes Ökosiegel eingeführt, mit dem man hofft, auf dem europäischen Markt bestehen zu können. Dort hat man erkannt, dass regionale Gütesiegel auf dem europäischen Markt nicht weiterhelfen.

Die politische Entscheidung, der EU-Osterweiterung zuzustimmen, führt dazu, dass zukünftige europäische Fördermittel vornehmlich in die neuen EU-Beitrittsländer gehen werden, um eine europaweite, wirtschaftlich homogene Zone zu schaffen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Lars Harms [SSW]:

Das bedeutet aber auch, dass wir uns in Schleswig-Holstein darauf einstellen müssen, dass sich die **EU-Förderkulissen** in erheblichem Maße zu unseren Ungunsten ändern werden. Durch die gleichzeitig relativ geringen Arbeitskosten, die in den neuen Beitrittsländer existieren, hat man dort einen gewissen Marktanteil, dem wir nur begegnen können, wenn wir nachprüfbar Qualität bieten können, die vom Verbraucher in Europa auch nachvollzogen werden kann.

Der SSW ist der Auffassung, dass ein schleswig-holsteinisches Gütezeichen nicht mehr ausreichend ist. Wir müssen erkennen, dass wir künftig nur dann bestehen können, wenn wir in der Lage sind, weiträumiger zu denken. Daher kann der Weg eigentlich nur hin zu einem **deutschlandweiten Gütesiegel** gehen, mit

(Lars Harms)

dem man in aller erster Linie **Qualität** verbindet, und zwar basierend auf einer entsprechenden **unabhängigen Kontrolle**. Hier könnte Schleswig-Holstein durchaus wieder - wie damals - eine Vorreiterrolle übernehmen, indem man versucht, unsere guten Qualitätskriterien auf ganz Deutschland zu übertragen. Einen Versuch wäre das zumindest wert. Unsere Gespräche mit der Landwirtschaftskammer haben gezeigt, dass man sich dort durchaus mit diesem Gedanken beschäftigt. Denn die sprechen schon mit Bayern.

Es freut uns, dass der Regierungserklärung heute zu entnehmen war, dass auch die Landesregierung dies erkannt hat. So soll ein Produkt erst bestimmte Qualitätstore durchlaufen, bevor es durch ein nachvollziehbares Gütesiegel prämiert wird. Die angestrebten Qualitätskriterien lassen sich auf jedes landwirtschaftliche Produkt anwenden und auch auf andere Länder übertragen. Das ist eigentlich die Kernaussage, die dahinter steckt. Diesen Schritt der Landesregierung begrüßen wir außerordentlich, auch wenn das für uns nichts Neues ist.

Hat man ein deutschlandweites Gütesiegel, so braucht man nicht unbedingt auf eine zusätzliche **regionale Kennung** zu verzichten. Dass ein Produkt in Schleswig-Holstein hergestellt oder veredelt wurde, lässt sich ohne weiteres durch ein Schleswig-Holstein-Logo oder Ähnliches ausdrücken.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Dieser Gedanke lag zum Beispiel auch der damaligen Dachmarkenidee im Tourismus zugrunde. Zwar ist diese Idee aufgrund von Regionalismen vorerst ins Stocken geraten, doch sollte man sich weiter mit diesem Gedanken beschäftigen - was ja nun anscheinend auch wieder in Gang kommt.

Zumindest ist für den SSW in der Diskussion um das Gütezeichen deutlich geworden, dass ein weiteres Festhalten am Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ auch bei höheren qualitativen Anforderungen durchaus die Konsequenz haben kann, dass wir uns auf dem europäischen Markt nicht mehr richtig positionieren. Eine solche Entwicklung gilt es in jedem Fall zu verhindern.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Zunächst schlage ich vor, dass wir den Bericht dem Agrarausschuss zur abschließenden Beratung überweisen. Mitberatung ist nicht gewünscht. Wer so vorgehen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ge-

genstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/842, den ich hier nun wirklich nicht verlesen muss, in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? -

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Heinz Maurus [CDU]: Deutlicher geht es nicht mehr! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der SSW ist unglaublich! - Unruhe)

Bitte seien Sie geneigt, mir zuzuhören. Wer das nicht tun will, den bitte ich, nach draußen zu gehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung zur BSE-Problematik/neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit sowie gesundheitspolitische Konsequenzen aus dem Auftreten von BSE

Landtagsbeschluss vom 21. Februar 2001
Drucksache 15/717

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/831

Ich erteile der Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Frau Moser, das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Modellsystemen weisen - wie dies in der Sprache der Wissenschaft heißt - die Erreger von **BSE** und der so genannten neuen Variante der **Creutzfeldt-Jakob-Krankheit** praktisch dieselben biochemischen und biologischen Eigenschaften auf. Dies und der zeitlich-räumliche Zusammenhang zwischen dem Auftreten von BSE und der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit machen einen ursächlichen Zusammenhang der beiden Krankheiten wahrscheinlich. Die Befunde - alle Befunde, muss man wohl sagen - deuten darauf hin, dass diese neue Variante einer seit Jahrzehnten bekannten Krankheit, die vor allem bei jüngeren Menschen auftritt, sozusagen die Manifestation von BSE beim Menschen darstellt.

Die gesundheitspolitische Konsequenz aus dieser wissenschaftlichen Einschätzung - mehr als eine Einschätzung ist es eben noch nicht - kann daher nur lauten: Alle Aktivitäten, alle Initiativen und alle Maß-

(Ministerin Heide Moser)

nahmen müssen darauf gerichtet sein, das Infektionsrisiko für die Menschen nach Möglichkeit völlig auszuschließen. Einen Zielkonflikt kann es eigentlich nur da geben, wo bei lebensnotwendigen und lebenserhaltenden Arzneimitteln noch kein völliger Risikoausschluss möglich ist, zum Beispiel bei Gelantinekapseln, verbunden mit bestimmten Medikamenten.

Präventiver **Gesundheitsschutz** heißt: Wir dürfen nicht erst handeln, wenn die Gefahren wissenschaftlich bewiesen sind. Losgelöst davon ist es natürlich erforderlich, die **Forschung** zu BSE und Creutzfeldt-Jakob auf allen Ebenen zu intensivieren. Besonders wichtig ist dabei die Erforschung der Übertragungswege von Tierart auf Tierart, von Tier auf Mensch und die Entwicklung von Diagnosemethoden und Tests am lebenden Tier und Menschen.

Parallel dazu müssen ab sofort auf allen politischen Ebenen in Kooperation mit den beteiligten Einrichtungen, Verbänden, Organisationen und der Ernährungs- und Landwirtschaft weiterhin die notwendigen und am jeweiligen wissenschaftlichen Kenntnisstand ausgerichteten Entscheidungen im Sinne dieses vorbeugenden Gesundheitsschutzes getroffen werden. Die Gesundheit der Bevölkerung und die Sicherheit der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Vorrang vor allen anderen Interessen, auch vor wirtschaftlichen Erwägungen.

Alle in unserem Bericht dargestellten gesundheitspolitisch relevanten Maßnahmen und Initiativen der Landesregierung - ich verweise im Einzelnen auf den Bericht - orientieren sich an dieser Leitlinie. Die darüber hinausgehenden berechtigten Fragen, die in Ihrem Antrag aufgeworfen worden sind, haben wir nach unserem heutigen Kenntnisstand beantwortet. Dabei wird deutlich, dass es noch gewaltiger Anstrengungen bedarf, um den häufig zitierten Paradigmenwechsel im gesundheitlichen **Verbraucherschutz** erfolgreich zu gestalten. Ich werde mich an diesen Anstrengungen hoch motiviert beteiligen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Weil externer Sachverstand bei der Bewältigung der Krise eingebunden werden muss und alle Erkenntnisse und Kompetenzen, über die wir im Land verfügen, herangezogen werden müssen, habe ich am 12. März zu einem Gesprächskreis zum Thema Sicherheit von **Arzneimitteln** und **Medizinprodukten** eingeladen. Ziel war - ich glaube, wir sind dem auch ein Stück näher gekommen -, bei der Herstellung sicherer Arzneimittel und Medizinprodukte problemangemessene Standards, Selbstverpflichtungen und entsprechende Kontrollen zu entwickeln, um das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen.

Ich hatte Ihnen bereits im Rahmen der letzten Landtagstagung berichtet, dass mich die BSE-Problematik darin bestärkt, auch im Bereich Gesundheitsförderung insgesamt neue Impulse zu setzen. Umfassende Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger ist angesagt. Ich setze intensiv auf eine Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, mit den Akteuren des Gesundheitswesens und mit den Gesundheitsämtern. Das bringen wir - das heißt, mein Haus und ich - sozusagen als Basiserweiterung für den Verbraucherschutz ein.

Die BSE-Problematik und das nicht auszuschließende Infektionsrisiko erfordern im Übrigen - lassen Sie mich das sagen - einen besonderen, verantwortlichen Umgang mit allen bisherigen Defiziten und allen zukünftigen Lösungen. Für scheinheilige Schuldzuweisungen und parteipolitischen Eskapismus ist bei diesem Thema eigentlich kein Platz.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vertrauen in den gesundheitlichen Verbraucherschutz kann Politik nur dann wieder herstellen, wenn die Leute nicht nur dem Fleisch auf ihrem Teller vertrauen, sondern auch wieder stärker der Sachorientierung von Politikern vertrauen können.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD], Jürgen Weber [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich folgenden Gedanken ein bisschen polemisch zusammenfassen. Die Opposition ist heute Morgen ihrer politischen Deklarationspflicht nicht nachgekommen. Insofern gleicht sie ein wenig der Kalbsleberwurst ohne Kalbsleber.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte bei der Vorlage dieses dritten Berichts zu diesem Thema heute in diesem Haus die Gelegenheit nutzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den betroffenen Ressorts für ihre intensive Arbeit bei der Problembewältigung der BSE-Krise zu danken.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Allein zu dieser Tagung sind - wie gesagt - drei Berichte erstellt worden. Wir haben eine Fülle von Kleinen Anfragen beantwortet. Wir haben vor allen Dingen die Besorgnisse der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen und arbeiten in zahlreichen Bund-Länder-Arbeitsgruppen, in Fachministerkonferenzen und in Gremien auf euro-

(Ministerin Heide Moser)

päischer Ebene mit. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Häusern gebührt ein großes Dankeschön für ihren Beitrag zur Problembewältigung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank für diesen Bericht, Frau Ministerin!

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst Herr Abgeordnete Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Moser, ich möchte Ihnen für den guten und informativen Bericht und gleichfalls allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Was Sie vorgelegt haben, ist eine Hilfe für die weitere Diskussion und umfasst alle wesentlichen Problembereiche, die wir angesprochen haben.

Verbraucherschutz ist vorbeugende **Gesundheitspolitik**. Herr Hay hat heute Morgen gesagt, er habe von der Opposition nichts gehört. Ich möchte ihn an die Debatte in der letzten Landtagstagung erinnern, in der wir Kompetenzbündelung und diverse andere Maßnahmen angeregt haben, die auch in diesem Bericht deutlich geworden sind. Zu behaupten, von der Opposition sei nichts gekommen, halte ich nicht für richtig.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Richtig!)

Wir wollen mehr Gesundheits- und Verbraucherschutz. Ich möchte dazu einige Punkte nennen und zusätzlich auf einige Problembereiche aufmerksam machen, was Sie sicherlich nicht anders erwarten.

Punkt eins ist die Forderung nach klaren Kompetenzen in dieser Frage. Wir hätten uns gewünscht, dass der **Verbraucherschutz** im Gesundheitsministerium angesiedelt worden wäre.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das wäre ein richtiger Schritt gewesen. Wir hätten Sie gern auf diesem Weg begleitet.

Wir wünschen uns, dass dies in den Gesundheitsämtern zentraler angesiedelt wird und dass wir bei der Gestaltung des Gesundheitsdienstgesetzes zu gemeinsamen Wegen kommen. Frau Moser, Sie haben unsere volle Unterstützung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

- Wolfgang, mit uns zusammen hätte es ja gereicht, wenn die von der linken Seite gesprungen wären. Das war das Problem.

Zweitens: mehr Forschung! Sie stellen in dem Bericht fest, es sei erforderlich, die **Forschung** zu intensivieren. Dann endet allerdings die Aussage, konkret kommt nichts. Es wäre angeraten, darüber nachzudenken, ob wir im Land beispielweise einen Lehrstuhl zu diesen Fragen haben könnten.

Mehr Verbraucher- und Gesundheitsschutz heißt für uns mehr Arbeits- und Übertragungsschutz. Sie haben wichtige Problemfälle angesprochen. Im medizinischen Bereich gibt es Risikobereiche. Heute Morgen war von Apotheken und Arzneimitteln die Rede. Ich möchte noch eine Frage aufwerfen: Ist beispielsweise die Kleidung, die in den Schlachtereien und Schlachthöfen verwandt werden muss, praktikabel?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ganzkörperkondom!)

Sollte man nicht bei der Finanzierung ein wenig helfen? Das sind sich ergebende Fragen, über die wir uns gemeinsam unterhalten sollten.

Frau Moser, Sie wollen die Praxis der Aufbereitung medizinischer Instrumente überprüfen. Das ist gut. Sie haben in Ihrem Bericht zugleich darauf aufmerksam gemacht, dass Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts aus den vergangenen Jahren schon vorgelegen haben. Vielleicht hätte hier schneller etwas passieren sollen und müssen.

Mehr Verbraucher- und Gesundheitspolitik in diesem Bereich heißt auch, sich ein Stück weit auf den **Tierschutz** zu konzentrieren. Die Fragen von Arzneizufuhr, kürzeren Transportwegen und artgerechter Haltung gehören natürlich dazu. Es wäre zu fragen, welche Bundesratsinitiativen beispielweise vonseiten der Landesregierung auf diesem Sektor vorgesehen sind. Wir bitten, uns diese Fragen im Rahmen der Diskussion zu beantworten.

Wir brauchen Kontrollen, die den Namen verdienen. Erst seit Anfang Februar sind Kontrollen in den Schlachthöfen, den Labors und den Entsorgungsbetrieben ein Schwerpunkt. Nach den Worten des Berichts ist das Ziel, möglichst alle Betriebe zu erreichen. Das ist entschieden zu wenig.

Zu den Zahlen, die heute Vormittag zum Thema **Lebensmittelkontrolle** genannt wurden: 1995 hatten wir 31.000 Betriebe und immerhin 33.000 Betriebskontrollen. Statistisch gesehen wurde jeder Betrieb mindestens einmal pro Jahr überprüft. Dabei gab es 9.800 Beanstandungen. 1999 gab es 34.000 Betriebe, aber nur 18.000 Kontrollen. Die Kontrollen in diesem Land

(Werner Kalinka)

sind nicht mehr, sondern weniger geworden. Dabei gab es 1999 immer noch 4.100 Beanstandungen. Was ist mit diesen Beanstandungen geschehen? Was ist dort erfolgt? Das interessiert uns. Wie wurden diese Dinge abgestellt? Auch dazu erfahren wir leider nichts. Es bleibt auch die Frage nach den meldepflichtigen Lebensmittelkrankheiten. In Schleswig-Holstein gab es im vergangenen Jahr immerhin 6.000 Fälle. Auch dies ist eine ganze Menge mit einer hohen Dunkelziffer.

Ich fasse meine Bewertung zusammen: Wir haben eine Analyse, der wir zustimmen. Wir halten es für wichtig, dass den Worten Taten folgen, dass wir jetzt erfahren, wo das Mehr an Personal und Sachmitteln herkommt. Hier war davon die Rede, dass Schleswig-Holstein Spitze sei. Erinnern Sie sich an Bayern, dort gibt es 360 neue Veterinäre und Kontrolleure. Zum Regieren gehört das Handeln. Schnacken allein ist noch kein Regieren. Den Ankündigungen müssen jetzt Taten folgen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Tenor-Alschausky das Wort.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke der Landesregierung und insbesondere Frau Ministerin Moser für den vorgelegten Bericht. Der Bericht erfüllt den Auftrag des Landtags, den Stand der **BSE-Forschung** und die erzielten Forschungsergebnisse darzulegen sowie in diesem Zusammenhang die vorliegenden Erkenntnisse über die neue Variante der **Creutzfeldt-Jakob-Krankheit** einzuordnen.

Festzuhalten bleibt, dass bis heute zwar in Großbritannien 96 Fälle der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit belegt sind, in Deutschland aber kein einziger Fall. Trotzdem hat mit dem ersten Auftreten von BSE in Deutschland eine tief greifende Verunsicherung der Bevölkerung eingesetzt. Der Informationsbedarf ist groß. Diesem Bedürfnis der Bevölkerung hat die Landesregierung rasch durch geeignetes Informationsmaterial und durch Aufklärungsarbeit über die Medien, das Bürgertelefon und auch durch Internetangebote entsprochen.

Die Landesregierung verhehlt in ihrem Bericht nicht, dass in Bezug auf BSE beziehungsweise die neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit noch große Forschungsanstrengungen unternommen werden müssen. Besonders wichtig sind dabei die Übertragungswege von Tierart auf Tierart, von Tier auf Mensch

sowie die Entwicklung von Diagnosemethoden am lebenden Tier oder Menschen.

In Schleswig-Holstein gibt es zurzeit Forschungsprojekte an der Christian-Albrechts-Universität. Auf Initiative des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wird die Vernetzung verschiedener Forschungsansätze und Forschungspotenziale organisiert. Dass sich das Land Schleswig-Holstein an den Diskussionen auf nationaler und europäischer Ebene beteiligt, macht beispielhaft der Einsatz auf der Sonderkonferenz der für den gesundheitlichen Verbraucherschutz zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren Ende Januar 2001 für eine zielgerichtete Verstärkung und bessere Koordinierung der BSE-Forschung einschließlich der humanmedizinischen Seite deutlich.

Es bleibt festzuhalten: Forschungsergebnisse werden dargestellt, Erkenntnisdefizite werden nicht verschwiegen. Ansätze für weiterführende Forschungsvorhaben werden entwickelt und unterstützt. Arbeitsschutz und gesundheitlicher Verbraucherschutz, zum Beispiel zur Vermeidung von Gesundheitsgefahren, die durch die Verwendung bestimmter Stoffe in Arzneimitteln ausgehen könnten, werden überprüft und - wo erforderlich - ausgebaut. Die Arbeit der Landesregierung, der Ministerien und der nachgeordneten Behörden ist gut. Es gibt allerdings noch viel zu tun. Dies hat auch die Ministerin in ihrem Bericht gesagt. Ich zitiere aus dem vorlegten Bericht:

„Aber auch vier Monate seit dem Auftreten der BSE-Problematik sind der Informations- und Handlungsbedarf nach wie vor enorm.“

Ich möchte hier insbesondere die Notwendigkeit von Informationen betonen, Informationen, die möglichst viele Menschen erreichen. Hier sind weitere Anstrengungen erforderlich. Die Annahme der Opposition, **Verbraucherschutz** im Zusammenhang mit BSE beziehungsweise der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit ließe sich verwirklichen, wenn Verbraucherberatung im alten Stil nur weiter betrieben würde, greift entschieden zu kurz.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat diesen Vorschlag geäußert?)

Hier sind neue Wege zu beschreiten, insbesondere um auch bildungsfernere Bevölkerungsschichten zu erreichen. Gesundheitlicher Verbraucherschutz ist keine Mittelschichtveranstaltung.

(Beifall bei SPD und SSW)

(Siegfried Tenor-Alschausky)

Neue Wege zu beschreiten, kann zum Beispiel heißen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Mittel kürzen!)

die Kompetenz der Landfrauen und die Akzeptanz ihrer Organisation zu nutzen, um in diesem Bereich zu informieren.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Die Landesregierung ist auf dem richtigen Weg. Sie setzt zur Stärkung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes auf eine konzertierte Aktion aller in Schleswig-Holstein beteiligten Einrichtungen, Verbände und Organisationen.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie uns alle mitmachen und neue, unkonventionelle Informationswege gehen sowie Ideen entwickeln.

Ich beantrage für die SPD-Fraktion, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich bin mir aber sicher, dass uns das Thema weiter beschäftigen wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, zunächst einmal möchte ich feststellen, dass ich weder eine Kalbsleberwurst bin noch mich als Kalbsleberwurst fühle. Ich sage das, weil Sie die Opposition vorhin mit einer Kalbsleberwurst verglichen haben.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Frau Tenor-Alschausky, ich hoffe, es war nur ein Versprecher, dass Sie die Landfrauen insbesondere im Zusammenhang mit bildungsferneren Schichten genannt haben. Ich gehe davon aus, dass Sie in dieser Hinsicht keinen kausalen Zusammenhang herstellen wollten.

Ich freue mich besonders darüber, dass der Umweltminister wieder anwesend ist, denn an seine Adresse würde ich gern folgende Botschaft richten. Sie haben heute Morgen gesagt, der Bevölkerung sei es völlig egal, wie die Ressortzuständigkeiten im Einzelnen zugeschnitten seien. Wenn man auf die Straße gehe, stelle man fest, dass es der Bevölkerung Wurst sei, wo **Verbraucherschutz** und gesundheitspolitische Akti-

vitäten im Zusammenhang mit BSE ressortierten. In dieser Hinsicht haben Sie völlig Recht. Das ist der Bevölkerung natürlich egal. Ich kenne auch keine Regierung, die ihre Ressorts nach den besonderen Wünschen irgendwelcher Bevölkerungsschichten zuschneidet.

Herr Minister, es ist aber nicht egal, wie die Entscheidungswege im Einzelnen abgekürzt werden können, wie Entscheidungsprozesse vorbereitet werden und wie Entscheidungen umgesetzt werden. Insofern halte ich eine Bündelung der Kompetenzen beispielsweise im Gesundheitsministerium sehr wohl für dringend notwendig.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Ministerin, der vorgelegte Bericht, für den ich mich im Übrigen auch im Namen meiner Fraktion bedanken möchte, zeigt, dass zum Thema BSE mittlerweile eine ganze Reihe von Aktivitäten entfaltet worden sind, im Übrigen natürlich auch angestoßen von der Opposition.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht nur!)

- Nein, nicht nur, Herr Hentschel, aber auch! - Was ich bisher vermisst habe - das habe ich Herrn Minister Müller gerade gesagt -, ist die Bündelung der Kompetenzen auf der politischen Ebene. Da wird beispielsweise ein runder Tisch eingerichtet, um mit Arbeitsgruppen neue Schwerpunkte zu erarbeiten. Das ist völlig in Ordnung. Mittels Workshops und Gesprächsrunden kann man über das Thema BSE zwar weiter vertieft diskutieren; Lösungen kann man dabei allerdings höchstens andiskutieren, man kann sie dort nicht vorantreiben. Die Diskussion in diesen Gremien ist mit Sicherheit eine gute Grundlage, um ein gemeinsames Vorgehen zu erarbeiten. Es muss aber letzten Endes woanders entschieden werden. Die Landesregierung könnte - das sehen wir jedenfalls so - sehr wohl ihre Möglichkeiten nutzen, um die Maßnahmen, die am runden Tisch angedacht und diskutiert werden, weiter voranzutreiben. Dazu gehört nach Ansicht meiner Fraktion auch die Zusammenfassung der Bereiche **Gesundheit und Lebensmittelkontrolle und -überwachung** in einem schlagkräftigen Ressort. Wenn es nach mir ginge, könnte die Zusammenfassung in Ihrem Ressort, Herr Minister Müller, erfolgen. Ein Signal an die verunsicherten Verbraucher, dass die Landesregierung die Gesundheit ihrer Bürger als Schutzaufgabe besser wahrnimmt, wäre hier mit Sicherheit richtig gewesen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang muss vonseiten der Landesregierung dafür Sorge getragen werden, dass insbe-

(Dr. Heiner Garg)

sondere die **Forschung** im Bereich **BSE** mit allen Kräften massiv vorangetrieben wird.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Forschung ist und bleibt bei unserem derzeitigen Wissensstand das A und O, um der Problematik überhaupt Herr zu werden. Deshalb muss beispielsweise alles darangesetzt werden, die Anwendungsreife sicherer BSE-Tests am lebenden Tier zu beschleunigen, um auch entsprechende Diagnoseverfahren entwickeln zu können.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Dazu gehört natürlich, dass die hierfür notwendige Grundlagenforschung generell intensiviert wird. Einen Teil dieser Grundlagenforschung, Frau Ministerin, sehe ich auch darin, dass ein Screening menschlicher Operationspräparate durchgeführt wird. In dieser Hinsicht bin ich etwas anderer Meinung als Sie. Es ist zwar richtig, dass bei einem ersten Screening in Großbritannien keine wissenschaftlichen Ergebnisse erzielt werden konnten. Dort hat man dieses Screening aber nicht eingestellt, sondern man hat es erweitert, um möglicherweise doch entsprechende Erkenntnisse zu gewinnen. Ich glaube, dass es etwas vorschnell ist zu sagen, wir bräuchten im Moment nicht weiterzumachen. So ähnlich steht es in dem Bericht. Ich halte es für notwendig, die Arbeit in diesem Bereich voranzutreiben.

Ich bin auch im Hinblick auf den Vorschlag des Kollegen Kalinka, einen eigenen Lehrstuhl einzurichten, etwas skeptisch, weil es sich im Bereich BSE um interdisziplinäre Forschung handelt. Es wird aber mit Sicherheit notwendig sein, dass die Landesregierung all ihre Möglichkeiten nutzt, um sich dort, wo bundes- und europaweit bereits geforscht wird, zu beteiligen. Sie sollte die entsprechenden Möglichkeiten ausschöpfen und an allen Forschungsaktivitäten aktiv partizipieren.

Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident!

(Zuruf von der SPD: Frau Präsidentin!)

Frau Ministerin, noch ein abschließender Satz zum Gesundheitsdienstgesetz. Ich habe damit meine Probleme, denn ich zweifle daran, dass quasi per Dekret gesunde und gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse für die Bürger verordnet werden können. Der Entwurf, den Sie im Kabinett beschlossen haben, liest sich wie ein Dekret. Er beinhaltet viele wohlfeile Ziele. Ich habe nicht den Eindruck, dass man der Problematik mit diesem Gesetzentwurf tatsächlich Herr wird, und zwar insbesondere deswegen, weil die Rahmenbedingungen für die Bewältigung der BSE-Krise noch gar

nicht so gesetzt wurden, wie wir es eigentlich bräuchten.

Ich fasse zusammen. Ich bedanke mich für den Bericht. Er ist eine ausgezeichnete Grundlage für die Diskussion im Ausschuss. Ich glaube, viel mehr, als in dem Bericht steht, durften wir derzeit gar nicht erwarten.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, vielen Dank für die freundliche Begrüßung. Ich bleibe dennoch weiterhin gern eine Frau.

Jetzt erteile ich der Abgeordneten Frau Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Moser, herzlichen Dank für den sehr sachkundigen und auch sehr deutlichen Bericht. Der Bericht ist sehr deutlich in der Hinsicht, wie jeweils die Wissensgrundlage für die Zusammenstellung einzuschätzen ist. Wir können dem Bericht die Annahme entnehmen, dass ein **Ansteckungsrisiko bei BSE** auf dem Weg vom Tier zum Menschen, aber auch wahrscheinlich im gesamten Krankheitsfeld der TSE-Erkrankungen nicht über den einfachen Kontakt - Luft, Tröpfchen oder Berührung -, sondern wahrscheinlich über die so genannte Darmschranke oder über Blut und die lymphatischen Bahnen gegeben ist. Dies nehmen wir aufgrund des bisherigen Wissensstandes an. Sehr viel weiter ist die Wissenschaft noch nicht.

Das führt zu der ersten Konsequenz, die meines Erachtens aus dem Bericht zu ziehen ist. Es ist sehr gut, dass interdisziplinäre Forschungskapazität hier in Schleswig-Holstein - beispielsweise auch im Rahmen der CAU - geschaffen wird. Es ist sehr gut, dass die Ministerin den gesamten Sachverstand der Landesregierung mobilisiert hat, um den einschlägigen Fragen nachzugehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist ja nicht viel!)

Es ist auch sehr gut, dass sich auf Bundesebene Forschungsverbände um dieses Thema kümmern. Das alles erfolgt aber viel zu spät. Es gibt vor allem keine systematische **Technikfolgenabschätzung**. Insofern brauchen wir nicht einen einzelnen Lehrstuhl zum Thema **BSE**. Wir brauchen vielmehr eine Debatte in Deutschland und damit auch in Schleswig-Holstein darüber, welche Art der Technikfolgenabschätzung wir benötigen, um solchen systematischen Fragen, wie

(Angelika Birk)

sie hier im Bericht dargestellt worden sind, nicht immer im Nachhinein nachzugehen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens brauchen wir auch eine Debatte darüber - dies hat die Ministerin in dankenswerter Deutlichkeit aufgezeigt -, wie sicher unsere Operationsmethoden im Augenblick sind. Es geht nicht um Panikmache. Das möchte ich hier in aller Deutlichkeit unterstreichen. Es geht aber sehr wohl um die Frage, warum den Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes zur besseren Sterilisierung von Operationsbesteck, die schon aus dem Jahre 1998 stammen, nicht schneller Nachdruck verliehen wurde. Ich unterstütze die Ministerin darin, dass wir in dieser Hinsicht nicht locker lassen dürfen. Wir brauchen tatsächlich Sterilisationsmethoden, die der extrem resistenten Form der Prionen Rechnung tragen.

Was den Bereich der Blutkonserven angeht, so ist im Bericht noch einmal sehr deutlich gemacht worden, dass der Arbeitskreis „Blut“, den die Bundesgesundheitsministerin berufen hat, dezidierte Anmerkungen gemacht hat, um die weißen Blutkörperchen bei Blutkonserven zu vermindern. Man kann dem Bericht entnehmen, dass die Ministerin hier Handlungsbedarf sieht. Ich denke, wir sollten sie bei ihren Bemühungen unterstützen.

Offen bleibt für mich die Frage, ob die bisherigen Vorsichtsmaßnahmen, die sich auf bestimmte Länder beschränken, betreffend die Erlaubnis von Blutspenden ausreichen. Die F.D.P. hatte mehr Länder ins Spiel gebracht. Ich denke, diese Frage sollten wir im Fachausschuss klären.

Natürlich ist auch ein Drittes ganz wichtig: Wie kommen wir überhaupt zu Erkenntnissen, ob jemand die alte oder die neue Variante der **Creutzfeldt-Jakob-Krankheit** hat? Hier müssen wir wahrscheinlich die Frage nach der Obduktion noch einmal stellen. Das macht der Bericht deutlich. Wir müssen die Frage stellen: Wird tatsächlich immer an den notwendigen Obduktionen festgehalten? Dies ist oft ein sehr schwieriges Thema, nicht zuletzt aufgrund der Rücksichtnahme auf Angehörige. Es ist aber sicher richtig, dass man in dieser Hinsicht klare Verhaltensregelungen fordert, wie es die Ministerin tut. Ebenso müssen wir uns klarmachen, dass hier eine ärztliche Meldepflicht notwendig ist, um tatsächlich bei allen unklaren Fällen von Demenzerkrankungen wenigstens im Nachhinein sicherzugehen, dass wir nicht durch Schlussigkeit die mögliche Ausbreitung dieser Krankheit falsch einschätzen.

Zum Screening hat Herr Garg einiges gesagt; auch das sollten wir im Ausschuss noch einmal erläutern. Ich bin jedenfalls dankbar, dass wir heute Nachmittag, nachdem es heute Morgen ein großes Kampfgetümmel gab, zu den Sachfragen zurückgekehrt sind, wenigstens in diesem Bereich. Das ganze Thema Ernährung verdiente eine eigene Debatte. Da werden noch weitere Anträge, auch von unserer Seite, erfolgen. Denn um eine große Initiative zu starten, die tatsächlich der gesamten Bevölkerung und nicht nur denjenigen, die sich ohnehin mit dem Thema Ernährung befassen, Anhaltspunkte gibt, was wichtig ist, auch gerade für die Ernährung von Kindern, dazu braucht es sicherlich einer gesamten Anstrengung der Landesregierung wie auch des Parlaments. Ich hoffe, dass wir hier im weiteren Verlauf dieser Legislaturperiode zu erfolgreichen Initiativen kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in der letzten Debatte habe ich darauf hingewiesen, dass der geforderte Bericht der Landesregierung deutlich machen wird, dass wir aus medizinischer Sicht in Sachen **BSE** und der neuen Variante der **Creutzfeldt-Jakob-Krankheit** noch in den Kinderschuhen stecken. Wenn ich mir den Bericht durchlese, fühle ich mich in meiner Aussage leider bestätigt. Die human- und veterinärmedizinischen Forschungen stehen noch am Anfang. Es wäre zwar wünschenswert gewesen, wenn ich mich geirrt hätte, aber ich bin anscheinend doch Realist.

Es ist erst vier Monate her, dass wir in Schleswig-Holstein schlagartig mit der BSE-Problematik konfrontiert wurden, und seitdem ist in Europa, Deutschland, aber auch in Schleswig-Holstein viel geschehen. Angefangen mit einer umfassenden Aufklärungsarbeit über Bürgertelefon, Internet oder Presse hat die Landesregierung das Ihre getan, um die Bevölkerung ausführlich über BSE zu informieren. Aber auch auf dem Sektor der BSE-Untersuchungen hat die Landesregierung schnell gehandelt. So wurden Kapazitäten geschaffen, dass die untersuchungspflichtigen Rinder auf BSE untersucht werden konnten. Diese Maßnahmen begrüßt der SSW, sie sind ein Zeichen für ein vorbildliches Krisenmanagement. Das habe ich heute Morgen bereits erwähnt.

(Beifall beim SSW)

(Lars Harms)

Derzeit sind uns zwei Übertragungswege von BSE bekannt: zum einen die Übertragung vom infizierten Muttertier auf das Kalb und zum anderen die Übertragung durch Futtermittel. Das heißt jedoch nicht, dass es keine anderen Übertragungswege gibt. Der Bericht weist daraufhin, dass zwischen Futtermittelsatz und auftretender Erkrankung regelmäßig mindestens vier Jahre liegen. Dies ist bedingt durch die lange Inkubationszeit. Es wurde mittlerweile zwar ein Tiermittelverfütterungsverbot beschlossen, doch das bedeutet nur, dass wir letztendlich mit einem Effekt des Verbotes in frühestens vier Jahren rechnen können.

Der Infektionsweg der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit ist derzeit noch nicht erforscht, jedoch wird auch hier davon ausgegangen, dass die Infektion über die Aufnahme hochinfektöser, BSE-verseuchter Nahrungsmittel erfolgt. Daher ist richtig, die Übertragungswege von Tier auf Tier und von Tier auf Mensch zu untersuchen und diesen Teil der Forschung zu intensivieren. Dies gilt im Übrigen auch für die Forschung von Diagnosemethoden am lebenden Menschen und Tier.

Dass derzeit die Kooperation und Forschung bereits auf nationaler und internationaler Ebene läuft, ist begrüßenswert. Der Bericht weist daraufhin, dass die Landesregierung plant, noch vor der Sommerpause ein internationales Symposium zu diesem Thema durchzuführen. Hier sollten meines Erachtens die Übertragungswege und Diagnosemethoden ein Schwerpunkt des Symposiums sein.

(Unruhe)

Leider ist die Erforschung von BSE und der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit bisher kein Forschungsschwerpunkt in Schleswig-Holstein gewesen. Dies lässt sich anhand der Tatsache, dass Deutschland lange Zeit als BSE-frei gegolten hat, erklären. Trotzdem ist man auch nicht untätig gewesen. So wurde am Institut für Agrarökonomie der CAU und an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der CAU separat **BSE-Forschung** betrieben.

(Unruhe)

Wenn nach dem heutigen Stand der Wissenschaft BSE und die neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit in Zusammenhang stehen, sehe ich es als notwendig an, dass an der CAU auch in diese Richtung geforscht wird. Das bedeutet, dass eine Zusammenarbeit der eben genannten Fakultäten auch mit der Medizinischen Fakultät der CAU in diese Richtung forciert werden soll. Es muss darum gehen, gemeinsame Wege aus der Misere zu finden. In diesem Zusammenhang halte ich das geplante Symposium für wertvoll, weil

man dort auch Anstöße für eine wissenschaftliche Zusammenarbeit bekommen kann.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] - Anhaltende Unruhe)

Wir müssen erkennen, dass uns das gesamte Thema in den nächsten Jahren beschäftigen wird, da wir in der ganzen Angelegenheit noch ziemlich am Anfang stehen. Jedoch müssen wir die bestehenden nationalen und internationalen Kapazitäten nutzen, damit wir die Probleme gemeinsam lösen können.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], Friedrich-Carl Wodarz [SPD], Uwe Eichelberg [CDU] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Ein Antrag ist nicht gestellt worden, es ist lediglich Kenntnisnahme beantragt. Wer zustimmen will, dass der Tagesordnungspunkt mit Kenntnisnahme erledigt ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Bundesforschungsprogramm zur grünen Gentechnik

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/736

Wir das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag will die CDU-Fraktion erneut auf die Politik der Beliebigkeit und Unzuverlässigkeit des Bundeskanzlers Schröder aufmerksam machen.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist ja ein Anspruch!
- Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um was geht es diesmal, Herr Hay? - Im Juni 2000 schlug Bundeskanzler Schröder der Saatgutindustrie ein **Bündnis für Gentechnik** vor. Die Wirtschaft möge prüfen, ob für den Bereich der grünen Gentechnik auf freiwilliger Basis ein Forschungs- und Beobachtungsprogramm vereinbart werden könnte.

(Brita Schmitz-Hübsch)

Damit wollte Schröder die Dynamik im Bereich der Biotechnologie allgemein auch auf das Gebiet der Pflanzenzüchtung übertragen. Für die Produzenten müsse es vor allem darum gehen, das Vertrauen der Menschen zu gentechnisch veränderten Pflanzen zu gewinnen, sagte Schröder.

Deshalb sollte neben dem bereits gestarteten Forschungsprogramm „Gabi“ von den Pflanzenzüchtern ein großes Forschungs- und Untersuchungsprogramm zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen unter „kontrollierten Bedingungen“ begonnen werden, um das Verhalten der Pflanzen in größeren Anbaubereichen besser zu erforschen und sichere Erkenntnisse zu erlangen. Im Gegenzug sollte sich die Industrie bis Ende 2003 dazu verpflichten, keine gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland anzubauen. In der Zwischenzeit wollte Schröder einen gesellschaftlichen Konsens über den weiteren Umgang mit der grünen Gentechnik erreichen.

So sprach der Kanzler im Juni 2000. Heute ist das alles nicht mehr wahr. Die Aktion von Schröder war falsch, die Bewertung durch die Öffentlichkeit von Anfang an zwiespältig. Für die Grünen war sie der Einstieg in den Ausstieg. Für die Industrie war die Kanzlerinitiative eine politische Unterstützung bei der Markteinführung ihrer neuen herbizid- oder insektenresistenten Sorten. Damit war der Konflikt vorprogrammiert.

Es dauerte lange, bis das Programm überhaupt Konturen annahm. Im vergangenen Jahr kam es immerhin zu zwei Gesprächen im Bundeskanzleramt und der Aussage, dass das Bundesforschungsministerium das Programm mit rund 50 Millionen DM finanzieren sollte. Der Schwerpunkt der Untersuchungen sollte sich mit Fragen der Sicherheit und der Umweltverträglichkeit beschäftigen.

Am 23. Januar 2001 kam dann die enttäuschende schriftliche Absage aus dem Kanzleramt. Konkret heißt es in dem Schreiben, dass die Regierung von den Bemühungen um die kurzfristige Erstellung eines Verständigungspapiers mit der Industrie zurzeit Abstand nehmen wolle.

Anbauversuche in diesem Programm sind damit am Votum des Kanzleramtes gescheitert. Aus Schröders Bündnis für Gentechnik ist eine reine Nullnummer geworden.

(Beifall bei der CDU)

Am Geld kann es nicht liegen. In den nächsten drei Jahren will die Bundesregierung 870 Millionen DM in die Genomforschung stecken und auch das Forschungsprogramm zur grünen Gentechnik soll weiterlaufen. Gescheitert aber ist das Anwendungsprogramm

zur wissenschaftlichen Begleitung des Nutzens der **grünen Gentechnik**, das mit nur 50 Millionen DM dotiert war.

Nach nur sieben Monaten war also die Kanzlerinitiative schon wieder vom Tisch. Die Verfallszeit von Kanzlerversprechungen ist also verflüchtigt kurz. Das mag man in Berlin mit einem Achselzucken abtun, in Schleswig-Holstein ist dieses Signal aber fatal. Den Wissenschaftlern sagt es: Forschen dürfen sie, aber der Erforschung der **Anwendung** und des Nutzens ihrer Ergebnisse wird ein Riegel vorgeschoben.

Ebenso fatal ist das Signal an unsere mittelständischen Betriebe. Die Botschaft lautet: Liebe Freunde, es lohnt sich nicht, in neue Technologien und neue Produkte zu investieren; ihr bekommt den Ertrag für eure Investitionen nicht zurück, weil wir euch Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Haltung wird der Sache selbst und dem Land Schleswig-Holstein großer Schaden zugefügt.

Es geht hier um Wissenschaftler, die in Schleswig-Holstein tätig sind. Und es geht um neun mittelständische Betriebe. Es geht um die Zukunftschancen dieser Betriebe und ihrer Arbeitnehmer. Allein einer dieser Betriebe hat drei marktfähige Produkte, die seit Jahren auf ihre deutsche Sortenzulassung warten. Dieser Betrieb ist dabei, einen Teil seiner Produktion nach Kanada auszulagern, und das bedeutet im Klartext den Export von Arbeitsplätzen. Wir, die CDU-Fraktion, appellieren deshalb an die Landesregierung, diesem Export von Arbeitsplätzen nicht tatenlos zuzusehen. Es ist die wichtigste Aufgabe vorausschauender Politik, vorhandenes Potenzial in einem Land zu entdecken, für den Standort Schleswig-Holstein nutzbar zu machen und zu fördern.

Angesichts der Krise im ländlichen Raum fordern wir gerade deshalb die Landesregierung auf, sofort tätig zu werden. Arbeitsplätze in der Pflanzenzüchtung sind Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer hier als Politiker Kleinmut zeigt, beweist, dass er die Chancen von Zukunftstechnologien

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

nicht erkennt, Frau Fröhlich, dass er keine Verantwortung übernehmen will und fehl am Platz ist, wo er für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land tätig sein soll.

(Brita Schmitz-Hübsch)

Ich beantrage die Überweisung des Antrages federführend an den Wirtschaftsausschuss, mitberatend an den Agrar- und in den Umweltausschuss.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich den CDU-Antrag, verehrte Kollegin Schmitz-Hübsch, richtig interpretiere, möchten Sie, dass die Forschung zur **grünen Gentechnik** möglichst schnell in Fahrt kommt und wir mit dem Segen aus dieser Forschung dann Forschungsprozesse optimieren und irgendwann schneller auf den Markt bringen können.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja!)

Zu Ihren Aussagen zu dem, was der Kanzler im Juni 2000 gesagt hat, müssen wir feststellen, dass wir im Juni 2000 noch eine ganz andere Sicht und ganz andere Erwartungen an die Entwicklung der Landwirtschaft hatten als dann im November 2000.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Was hat sich denn geändert?)

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung hat - das wissen auch Sie - in ihrem Bericht zum Stand und zu den Perspektiven der Genomforschung auch für die Pflanzengenomforschung durchaus hoch gesteckte Ziele formuliert, nach denen Deutschland innerhalb Europas eine führende Rolle in diesem Forschungsbe-
reich spielen soll. Sie hat ein Biotech-Forschungsprogramm aufgelegt, das mit fast 1,9 Milliarden DM ausgestattet ist und das nicht ausgesetzt worden ist.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Für Human-genomforschung!)

Von daher verstehe ich die Intuition Ihres Antrages auch nicht - zumal Schleswig-Holstein mit dem „Top-Plant-Nord-Projekt“ im Rahmen dieses Programmes auch gefördert wird. Das können wir heute in der „Landeszeitung“ oder auch im Internet nachlesen.

Wir müssen heute zur Kenntnis nehmen, dass sich die Unbefangenheit unserer Bürgerinnen und Bürger der grünen Gentechnologie gegenüber und gegenüber gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln als Folge von BSE und der Diskussion um agro-chemische Stoffe in eine eher kritische Skepsis gewandelt hat.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir haben hier heute zuhauf gehört, dass **Verbraucherschutz** auch hier im Haus eine neue und unumstrittene Bedeutungsdimension angenommen hat.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir als Konsumenten erwarten heute eine lückenlose und umfassende Herkunftsangabe, eine „gläserne“ Produktion von Lebensmitteln und eine ebenso umfassende Kennzeichnungspflicht. Wir erwarten mehr denn je - das ist heute auch mehrfach zum Ausdruck gekommen - ein gesundes Lebensmittel, das auf natürliche Weise erzeugt wurde. Gentechnisch veränderte Nahrung unterliegt zwar heute schon nach der Novel-Food-Verordnung der EU einer Kennzeichnungspflicht, diese lässt allerdings zahlreiche Schlupflöcher zu, nämlich immer dann, wenn der Anteil der Beimengung gentechnisch veränderter Produkte das Produkt nur „unwesentlich“ verändert. Der neue Vorstoß von EU-Verbraucherschutzkommissar David Byrne, gentechnisch veränderte Lebensmittel nun grundsätzlich - also bei sämtlichen Zusatzstoffen - zu kennzeichnen, wird dem Verbraucher dann deutlich machen, dass er bei seiner Kaufentscheidung zukünftig zwischen einem natürlich erzeugten Nahrungsmittel und einem Gen-nahrungsmittel wählen kann.

Abgesehen von der Ethikdiskussion, die wir hier heute gar nicht führen wollen, wird sich die Markt- und Konkurrenzfähigkeit solcher Nahrungsmittel, die gentechnisch verändert worden sind, erst noch herausstellen müssen. Angesichts unserer Verbrauchererwartungen an natürlich erzeugte Lebensmittel wage ich hier die Prognose, dass sich beim Verbraucher ein ähnliches Bewusstsein entwickeln wird wie beim Reinheitsgebot des deutschen Bieres. Bierähnliche Getränke, wie wir sie aus den Beneluxstaaten oder aus Dänemark kennen, aus Rohfrucht, Glukosesirup und Konservierungsstoffen - und wie sich nach der Kennzeichnungspflicht wahrscheinlich herausstellt, zusätzlich auch mit gentechnisch veränderten Hilfsstoffen - sind auf dem deutschen Markt absolut chancenlos, wie wir wissen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel werden sich in diesem Bewusstsein am Markt etablieren müssen. Das wird auch bei uns - wie in den Vereinigten Staaten - nur in einem Niedrigpreissegment der Fall sein können. Das wird erneut und neuerlich zulasten

(Dr. Henning Höppner)

der landwirtschaftlichen Betriebe gehen. Holen wir uns doch bitte heute kein neues Problem auf die Höfe.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sie machen das Problem!)

Die Forschung zur grünen Gentechnik wird die veränderten Rahmenbedingungen des Agrarmarktes, so wie sie sich im letzten halben Jahr entwickelt haben, zu berücksichtigen haben. Die grüne Gentechnologie wird ihren Kompass neu einstellen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, es ist im Augenblick wenig sinnvoll, hier den Turbolader anzuwerfen. Lassen Sie ruhig die Bundesregierung das Tempo der Forschungsvorhaben bestimmen. Dieses Thema ist bei unseren drei Bundesministerinnen, Frau Bulmahn, Frau Künast und Frau Schmidt, in den besten Händen. Wir sehen hier als SPD-Fraktion keine Eile und deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne möchte ich jetzt die Besuchergruppen des CDA Rendsburg-Eckernförde und der SPD Seniorengruppe 60plus aus Malente begrüßen.

(Beifall)

Ich erteile jetzt Frau Abgeordneter Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass das Thema - wie mein Vorredner meint - bei den drei Ministerinnen in den besten Händen sei, kann ich nun wahrlich nicht ganz nachvollziehen.

(Beifall bei der F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich schon vermutet, dass Sie das so sehen! - Konrad Nabel [SPD]: Das war auch nicht zu erwarten!)

- Danke, Herr Kollege Nabel! Mich macht aber etwas besorgt, Herr Kollege, wenn man zu wissen vorgibt, was Verbraucherinnen und Verbraucher wollen. Die Verbraucher entscheiden an der Ladentheke, was sie tatsächlich kaufen.

(Konrad Nabel [SPD]: Wenn sie wissen, was drin ist, ja! - Weitere Zurufe)

Auch wenn die SPD-Kollegen hier beschlossen haben, dass sie mehr bezahlen müssen, wissen wir auch, dass sich viele Verbraucher nach dem Preis entscheiden und lieber weniger zahlen. Insofern sollten wir aufhören, vorher zu sagen, in welcher Weise sich **Verbraucherinnen und Verbraucher** in Zukunft entscheiden werden. Wir sollten sie ordentlich informieren, sie sollten die Wahl haben und dann sollten wir ihre **Entscheidungen** auch akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema grüne Gentechnik ist hier schon öfter Thema gewesen. Liebe Frau Kollegin Schmitz-Hübsch, wir haben bisher nicht vermocht, der rot-grünen Koalition bessere Einsichten zu vermitteln. Das bedauere ich.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Trotzdem muss ich feststellen, das **Forschungsprogramm zur grünen Gentechnik** der Bundesregierung läuft. Insofern ist Ihr Antrag tatsächlich erledigt.

Was Sie aber mit Ihrem Antrag tatsächlich meinen - das haben Sie in Ihrem Beitrag auch gesagt -, ist das gemeinsame Forschungs- und Beobachtungsprogramm für grüne Gentechnik von Bundesregierung und Wirtschaft. Bundeskanzler Schröder hatte auf der EXPO in Hannover am 21. Juni 2000 ein Bündnis für grüne Gentechnik angeboten. Bis 2003 sollten die Firmen auf den großflächigen Anbau und die Vermarktung von gentechnisch veränderten Pflanzen wie Raps oder Mais verzichten und sie nur in einem gemeinsamen Forschungsprogramm einsetzen. Was nun neu ist - da gebe ich Ihnen durchaus Recht -, ist die Tatsache, dass der Bundeskanzler im Januar 2001 von seiner Zielsetzung wieder abgerückt ist und letztlich einen Rückzieher gemacht hat. Man kann nicht ganz nachvollziehen, warum. Da erinnere ich mich doch an das Wort des Ex-Landwirtschaftsministers Funke: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik, aber er bestimmt nicht die Richtlinien der Vernunft.“ - Eine vernünftige Entscheidung ist das nicht gewesen.

Kanzleramtschef Franz-Walter Steinmeier hat in seinem Brief an die Wirtschaft ausgeführt: durch die BSE-Problematik sei man nun von Bundesseite gehalten, eine verbraucherorientierte Neuausrichtung der Agrarpolitik zu gestalten. - Man war dazu übrigens auch vor der BSE-Krise gehalten; verbraucherorientierte Politik war immer ein Ziel von Agrarpolitik. Insofern ist der Rückzieher des Kanzlers nicht zu verstehen.

Es wird so getan, als habe die BSE-Problematik etwas mit der grünen Gentechnik zu tun. Die Haltung der Bundesregierung ist in dieser Frage als panisch und

(Dr. Christel Happach-Kasan)

inkompetent abzutun und blockiert das geplante gemeinsame Forschungsprogramm, auch zum Schaden der Menschen. Auch wenn die Forschungsministerin Bulmahn erklärt, die Aussetzung der Gespräche bedeute nicht das Verbot der grünen Gentechnik und es würden weiter Freilandversuche mit genverändertem Mais genehmigt, so ist es doch ein gewaltiger Rückschritt für die grüne Genforschung als solche in der Bundesrepublik. Es ist auch ein Rückschritt im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, das hat Kollegin Schmitz-Hübsch richtig ausgeführt. Wer dieses Forschungsprogramm im Endeffekt für die Wirtschaft so unattraktiv macht, der will, dass sich die Firmen freiwillig - zumindest in der Bundesrepublik - aus den Forschungsprogrammen zurückziehen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist so!)

Im Rahmen der EU werden wir diese Produkte letztendlich doch auf unseren Märkten haben, sie aber nicht produzieren.

Dabei scheint diese Bundesregierung die Chancen und den Sinn grüner Gentechnik nicht verstanden zu haben. Grüne Gentechnik ist ein Beitrag zur **sicheren Nahrungsmittelherstellung**. Wir müssen in Alternativen denken und dürfen nicht so tun, als ob es bei Verbot der Gentechnik keine Forschung gebe.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Hier entstehen Möglichkeiten, beispielsweise für Allergiker verträgliche Lebensmittel zu entwickeln. Durch genetische Veränderungen an Pflanzen kann ein höherer Ernteertrag gesichert werden. Dadurch wird letztlich weniger Ackerfläche für mehr Erträge benötigt.

Insofern ist auch die Argumentation des Kanzleramtschefs in dem eben erwähnten Schreiben nicht schlüssig. Wenn hier nun BSE als Maßstab genommen wird und der berechtigte Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach sicheren Lebensmitteln angeführt wird, muss doch darauf hingewiesen werden, dass auch grüne Gentechnologie einen Beitrag dazu leisten kann. Dies muss den Menschen erklärt werden und darf nicht verteufelt werden. Es bringt nichts, immer nur Angst zu machen nach dem Motto: „Was liegt da heute wohl auf meinem Teller?“ Im Übrigen schmecken Ihnen doch auch Kohlrabi, Blumenkohl, Brokkoli, Grünkohl, Kopfkohl und Rosenkohl. Das sind alles gesunde Pflanzen, die nichts anderes als genetisch veränderter Wildkohl sind.

Die Sozialdemokraten sind ja letztlich von den Möglichkeiten, die die grüne Gentechnologie auch auf dem Arbeitsmarkt bietet, überzeugt. Sie müssen ja nur den Koalitionspartner vor dem Absturz unter die Fünfprozentgrenze retten und den Grünen etwas bieten, damit

sie ihnen im Streit um die rote Gentechnologie etwas entgegenkommen.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen: Das Handeln der Landesregierung widerspricht den Interessen des Landes Schleswig-Holstein. Es ist Aufgabe der Landesregierung, in Berlin die Interessen unseres Landes zu vertreten. Insofern stimmen wir dem Antrag der CDU zu.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einsatz gentechnischer Methoden und Produkte in der Landwirtschaft muss insbesondere unter Kriterien des Verbraucher- und Umweltschutzes betrachtet werden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist nicht Aufgabe der Politik, neuen Produkten der Gentechnik bei der Markteinführung zu helfen, Frau Schmitz-Hübsch, auch wenn Sie sich selbst eher als Produktvertreterin denn als Volksvertreterin zu verstehen scheinen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Was? Ich kämpfe für Arbeitsplätze!)

Es ist auch nicht Aufgabe der Politik, den Nutzen gentechnischer Produkte in der Landwirtschaft nachzuweisen. Unsere Aufgabe ist es, zum Wohle der Allgemeinheit die Rahmenbedingungen für eine gefahrlose und umweltverträgliche Nutzung der **Gentechnik** festzulegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Technikfolgenabschätzung und **Risikominimierung** müssen dabei oberste Priorität genießen. Gentechnisch veränderte Pflanzen fragen für gewöhnlich nicht nach einem Visum, bevor sie die Grenzen passieren. Deshalb dürfen wir in Schleswig-Holstein oder in der Bundesrepublik keine Alleingänge unternehmen, sondern müssen das Prinzip der Risikominimierung europaweit verfolgen. Das erforderte eine Novelle der EU-Freisetzungsrichtlinie, wie sie nun endlich vor einigen Wochen erfolgt ist. Damit erhalten die Verbraucherinnen und Verbraucher überhaupt erst die Freiheit, sich am Markt zu orientieren.

Das erfordert eine fundierte Technikfolgenabschätzung, wie das grenzüberschreitende Monitoring für

(Irene Fröhlich)

freigesetzte, gentechnisch veränderte Organismen, das zurzeit als europäisches Projekt im schleswig-holsteinischen Umweltministerium durchgeführt wird. Das erfordert aber auch eine parallele Entwicklung der nationalen und internationalen Kontrollbehörden, die dringend einen Katalog mit Ausschlusskriterien für die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen erarbeiten müssen.

Die bisher vorliegenden Erkenntnisse, dass gerade der in unseren Breiten intensiv angebaute Raps auf Wildpflanzen auskreuzt und dass von gentechnisch verändertem Raps offenbar Genmaterial nicht nur auf benachbarte Rapsfelder und verwandte Wildpflanzen, sondern auch auf Bakterien und Hefen im Darm von Bienen übertragen werden kann, mahnen uns zur Vorsicht. Umso wichtiger ist es, dass die **gentechnisch übertragenen Eigenschaften** im Labor und vor der Freisetzung umfassend auf ihre **Wechselwirkungen** innerhalb der Pflanze und auf die in der Nahrungskette folgenden Organismen untersucht werden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ist doch alles längst passiert!)

Einmal in die Umwelt entlassene gentechnisch veränderte Pflanzen lassen sich durch eine Rückrufaktion nicht wieder einfangen,

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das stimmt nicht!)

auch wenn sie nur von wissenschaftlichen Versuchsfeldern stammen sollten. Sowohl die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch die Pflanzenzüchter haben ein Sicherheitsinteresse, wenn sie mit gentechnisch veränderten Produkten in der Landwirtschaft zu tun haben. Dieses besteht völlig zu Recht.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ganz abgesehen davon, dass nach wie vor eine Mehrheit der Menschen im Land keinen Bedarf für gentechnisch veränderte Erzeugnisse sieht, gehören zur Befriedigung des Sicherheitsinteresses mehr als nur die vollmundigen Bekenntnisse der CDU zur grünen Gentechnik. Eine eindeutige **Kennzeichnungspflicht** für gentechnische Erzeugnisse ist erforderlich, die sich an den derzeit empfindlichsten wissenschaftlichen Nachweismethoden zu orientieren hat.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Was meinen Sie, was die Wissenschaft macht?)

Eine klare **Haftungsregelung** im Schadensfalle, wie zum Beispiel bei der Vermischung von Saatgut oder der Verbreitung von gentechnischen veränderten Organismen auf benachbarte Felder, ist zwingend notwendig.

Auch eine europäische Regelung zum Export gentechnischer Produkte in Drittstaaten muss erst verabschiedet werden, sonst bleiben die von der CDU so gern als Argument angeführten Arbeitsplätze in der Pflanzenzucht nichts als heiße Luft.

Weder die Fragen der Rückverfolgbarkeit noch der Kennzeichnungspflicht, weder die Haftung für durch Freisetzung verursachte Schäden noch Regelungen zum **Export von gentechnisch veränderten Organismen an Drittstaaten** sind bisher auf EU-Ebene hinreichend genau geklärt beziehungsweise durchgesetzt worden. Solange dies nicht geschehen ist, ist es unverantwortlich, das De-facto-Moratorium auf EU-Ebene zu durchbrechen und in Schleswig-Holstein weitere gentechnisch veränderte Organismen auf die Äcker zu bringen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

auch nicht zu Forschungszwecken.

Wer ernsthaft anstrebt, der Nutzung der Gentechnik in der Landwirtschaft eine Zukunft zu geben, der muss auch bereit sein, die notwendige Zeit für ökologische Risikovorsorge und europaweite Richtlinienentwicklung einzuplanen. Diese Bereitschaft vermisste ich leider auf der rechten Seite des Hauses. Deswegen, Frau Happach-Kasan, werden Sie uns nicht überzeugen. Wer jedoch in blinder Technikgläubigkeit den Herstellern von gentechnisch veränderten landwirtschaftlichen Produkten das Wort redet, der handelt schlichtweg verantwortungslos.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Letztes: Die CDU will - Sie, Frau Schmitz-Hübsch, haben das sehr freundlich gesagt - auf Beliebigkeit und Unzuverlässigkeit des Bundeskanzlers aufmerksam machen. Außerdem will sie neun mittelständischen Betrieben zum Markterfolg verhelfen. Das sehe ich nicht als unsere Aufgabe an.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein?)

Deswegen werden wir Ihnen Antrag ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die Gentechnologie zu einem enorm entwicklungsfähigen Bereich gehört, ist unbestritten. Gerade die grüne Gentechnologie kann für Schleswig-

(Lars Harms)

Holstein besondere Zukunftsperspektiven eröffnen. Wenn allerdings die Veränderung des Erbmaterials von Pflanzen erforscht werden soll, um später eventuell gentechnisch veränderte Organismen zu erzeugen, dann muss man dies in jedem Fall hinterfragen. Schon in der letzten Debatte zur Gentechnologie habe ich gesagt, dass **Technikfolgenabschätzung** die Grundvoraussetzung für die **Gentechnologie** darstellt. Welche Entwicklung in der Gentechnologie noch vertretbar ist, konnte bis heute nicht abschließend geklärt werden.

Da die natürlichen und gesundheitlichen Entwicklungen und Auswirkungen nicht vollends abzuschätzen sind, bedarf es in erheblichem Umfang noch einer ethischen Festlegung dessen, was künftig sein darf.

Die BSE-Krise hat die Bundesregierung zu neuen Überlegungen in der Land- und Ernährungswirtschaft veranlasst. Dieser Schritt war auch nötig. Der Wandel in der Land- und Ernährungswirtschaft muss daher auch zu einem Nachdenken in der **Gentechnologie** führen. Die vorgesehenen Investitionen des Bundes in Höhe von 144 Millionen DM für die Tier- und Pflanzengenomforschung zeigen, dass die Bundesregierung durchaus bereit ist, in diesen höchst sensiblen Bereichen zu forschen. Allerdings ist es richtig, dies nur im Rahmen einer **Technikfolgenabschätzung** zu tun. Rein wirtschaftliche Erwägungen sind auf keinen Fall der richtige Maßstab. Das ist die Lehre, die wir aus der BSE-Krise ziehen können.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Im letzten Jahr hat Bundeskanzler Schröder der Wirtschaft eine Vereinbarung über ein Forschungs- und Beratungsprogramm für die grüne Gentechnik vorgeschlagen. Die Aspekte des Verbraucherschutzes und die ethische Vereinbarkeit sollen nun höher bewertet werden. In Gesprächen mit der Wirtschaft soll im Vorwege die Zielrichtung der Forschung näher definiert werden. Daher kann derzeit natürlich kein konkretes Forschungsprogramm umgesetzt werden, da die Gespräche mit der Wirtschaft erst einmal abgeschlossen sein müssen.

Solche Gespräche sind im Übrigen nicht nur im Interesse der Regierung und der Bevölkerung, sondern gerade auch im Interesse der Wirtschaft. Sie muss wissen, welche Produkte und damit welche Forschungsprogramme gesellschaftlich anerkannt sind. Alles andere wäre - um es einmal aus wirtschaftlicher Sicht darzustellen - Forschung am Markt vorbei. Bevor man Geld einsetzt, muss man erst einmal wissen, welche gemeinsamen Ziele man verfolgt. Aus diesen

Gründen ist die derzeitige Zurückhaltung der Bundesregierung ohne weiteres nachzuvollziehen.

Der Bundeskanzler hat am 12. Februar die Einrichtung eines **nationalen Ethikrates** angekündigt, der sich gerade mit der vorgenannten Problemstellung befassen soll. Dies ist eine vernünftige Initiative. Gleichwohl müssen die wichtigen ethischen Fragen in Zukunft gerade mit denen diskutiert werden, die es am meisten angeht, nämlich mit der Bevölkerung. Dieser Denkansatz scheint in Deutschland immer noch nicht sehr verbreitet zu sein. Da ist man in Dänemark schon weiter, denn hier läuft bereits eine breite Diskussion mit und in der Bevölkerung.

Die **grüne Gentechnik** kann eine Zukunftsbranche für Schleswig-Holstein sein. Es besteht aber keine Eile bei der Umsetzung eines festumrissenen Forschungsprogramms grüne Gentechnik. Vielmehr muss ich sagen, dass die Bundesregierung auf einen vernünftigeren und besseren Weg umgeschwenkt ist. Jetzt gilt es, über den künftigen Umgang mit der Gentechnologie verantwortungsbewusst mit der Wirtschaft und mit den Kritikern einer allzu schnellen Entwicklung gemeinsam zu diskutieren und gemeinsame Lösungen zu finden. Dies wird mit Sicherheit ein mehrjähriger Prozess sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Minister Müller.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Vielleicht ist der Bundeskanzler, Frau Schmitz-Hübsch, den Sie vorhin mit dem Stichwort der Beliebigkeit so gescholten haben, ja auch ein Bundeskanzler, der sein Ohr am Volk hat

(Beifall bei der SPD)

- natürlich tut er das mit kräftiger grüner Unterstützung, das ist gar keine Frage -,

(Martin Kayenburg [CDU]: Da sage ich nur ein Wort: Ver.di!)

der genau zuhört, was denn der Wunsch von Verbraucherinnen und Verbrauchern ist. Der Wunsch besteht nach gesunden und natürlich produzierten Lebensmitteln.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer sagt denn das Gegenteil? Das ist unglaublich! - Unruhe)

Dies ist durch die BSE-Krise - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung, ich bitte um etwas mehr Ruhe. - Sie haben das Wort, Herr Minister!

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Die so genannte grüne Gentechnik, also die Verwendung gentechnischer Organismen in der Landwirtschaft, stößt in Deutschland, in der EU und neuerdings eben auch in den USA und in Großbritannien auf große Ablehnung. So planen die Mitgliedstaaten Frankreich, Dänemark, Griechenland, Österreich und Luxemburg trotz der neuen verschärften EU-Freisetzungsrichtlinien, an dem Quasi-Moratorium für das kommerzielle In-Verkehr-Bringen gentechnisch veränderter Pflanzen festzuhalten, solange klare Bestimmungen über die Rückverfolgbarkeit, die Etikettierung und die Umwelthaftung noch nicht in Kraft sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das heißt doch nicht, dass man dagegen ist!)

Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass ein großflächiger Anbau transgener Kulturpflanzen in Europa in größerem Umfang fragwürdig erscheint.

Frau Happach-Kasan, zwei Dinge sollten wir hier nicht mehr vor uns hertragen. Erstens. Ich glaube, es ist ein Gerücht, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ausschließlich am Preis entscheiden. Das stimmt nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wenn sie in Lebensmittelläden gucken oder den Markt betrachten, dann entscheiden sie vor allem nach Geschmack und danach, was Sie mit ihrem Genuss erleben wollen. Ich glaube, hier besteht sehr wohl ein Bewusstsein für ein Preis-Leistungs-Verhältnis. Es gilt nicht nur, immer den Preis zu senken.

Das Zweite ist, was Sie eben als Verharmlosung gebracht haben, als Sie sagten, die Entwicklung des Kohls

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Welcher Kohl?)

wäre vergleichbar mit dem, worüber wir gerade reden. Das glauben Sie selbst nicht.

Wir haben - drittens - heute Morgen schon die Frage diskutiert, was BSE und Gentechnik miteinander zu tun haben. Die haben sehr viel miteinander zu tun, weil auch damals die Politik den Weg in eine Entwicklung bereitet hat, die uns heute mehrere Milliarden DM kostet. Ich glaube, dass Politik die hohe Verantwortung hat zu überlegen, ob sie Mittelständler und

ob sie Verbraucherinnen und Verbraucher wieder auf diesen Weg schickt.

Die Bundesregierung hat die Gespräche mit Unternehmen aus dem Bereich der grünen Gentechnik über ein Forschungs- und Beobachtungsprogramm zu den Umweltauswirkungen des großflächigen Anbaus **transgener Pflanzen** ausgesetzt, aber nicht beendet. Die Bundesregierung wird dieses Programm im Lichte ihrer neu ausgerichteten Agrar- und Verbraucherpolitik überprüfen. Es ist aus meiner Sicht auch sinnvoll, bei einer grundsätzlichen Neuausrichtung des Agrarbereiches auch die grüne Gentechnik als möglichen Bestandteil einer intensiven Überprüfung zu unterziehen. Das gilt dann auch für den großflächigen Anbau transgener Kulturpflanzen.

Neben diesem ersten **Forschungs- und Beobachtungsprogramm** plant die Bundesregierung das Forschungsprogramm Biologische Sicherheitsforschung und Monitoring. Dieses vom BMBF am 21. März 2000 ausgeschriebene Programm umfasst drei Punkte: die freisetzungsbegleitende Sicherheitsforschung, die Methodenentwicklung für Anbau, begleitendes Monitoring und das Kommunikationsmanagement in der biologischen Sicherheitsforschung. Als spezifische Forschungsansätze wurden Raps, Zuckerrübe, Kartoffel, Mais und Getreide sowie Gehölz benannt. Dieses zweite Forschungsprogramm soll noch in diesem Jahr beginnen und über drei Jahre fortgeführt werden. Das entspricht einer sofortigen Umsetzung.

Die biologische Sicherheitsforschung an und das Monitoring von transgenen Pflanzen sind aus meiner Sicht auch sehr zu begrüßen. Es ist zwingend erforderlich, gerade auch in einem so kontrovers diskutierten Feld wie der grünen Gentechnik die Datenbasis in Bezug auf die möglichen Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit massiv zu erweitern und dem Vorsorgeprinzip des Karagena-Protokolls für die biologische Sicherheit Rechnung zu tragen. Es gibt also nicht nur ein mögliches mehrjähriges Forschungsprogramm, sondern meines Wissens mindestens zwei. Allein deswegen ist Ihr Antrag leider sehr unverständlich gestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass sich die Mitglieder im Wirtschaftsausschuss, die an der letzten Sitzung teilgenommen haben - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -, nicht erinnern können, dass wir vereinbart hätten, auch diesen Antrag dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen, wo bereits mehrere andere Anträge im Zusammenhang mit Biotechnologie schmoren, um dazu eine gemeinsame Anhörung von Experten vorzunehmen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: So ist es!)

Insofern „verkämpfe“ ich mich jetzt an dieser Stelle nicht. Es hat keinen Sinn. Aber der Anhörung werden Sie nicht entgehen. Das möchte ich schon einmal sagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr schön!)

Jetzt zu ein paar Dingen, die in der Diskussion fehlerhaft herübergebracht worden sind. Herr Minister Müller, Sie behaupten, der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sei in den USA zurückgegangen. Dies ist nicht richtig. Im Gegenteil, wir haben eine weltweite Ausweitung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen! Wir sind inzwischen bei 44 Millionen ha. In der Bundesrepublik Deutschland sollten jetzt im Rahmen des Anwendungsforschungsprogramms 500 ha im Rahmen eines dreijährigen Versuchs mit umfangreichem Monitoring ausgesät werden. Was ist das für eine lächerlich kleine Fläche, die Sie sich nicht trauen zuzulassen? Was ist das für ein Kleinmut und Kleingeist?

(Widerspruch bei der SPD)

Und dann, Herr Minister und auch die Kollegen auf der linken Seite des Hauses, sind Sie offensichtlich nicht ganz auf dem neuesten Stand, was Aussagen der Bundesregierung betrifft. Ich zitiere aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Heiderich und anderer zu diesem Thema, die am 15. März erfolgte. Auf die Frage der Verbindung von BSE-Problematik und Agrargentechnik antwortet die Bundesregierung:

„Die Bundesregierung sieht keinen fachlichen Zusammenhang zwischen der BSE-Problematik und dem Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen.“

Wenn man einen Zusammenhang sähe, Herr Minister, müssten Sie doch auch den Import verbieten. Wie können Sie solche Pflanzen überhaupt noch nach Deutschland hineinlassen? Das verstehe ich nicht; das ist völlig inkonsequent. Die Bundesregierung weiß sehr wohl, dass das nicht geht. Auf die Frage, ob sie

den Import verbieten will, antwortet sie schlicht und einfach: Nein. Es geht auch gar nicht anders.

Nun zu Ihrem ständigen Hinweis, dass das Forschungsprogramm von Frau Bulmahn fortgesetzt wird: Mein Antrag - er ist von allen hier verstanden worden; wir wollen uns hier nicht in Semantik üben - bezieht sich auf die Kanzlerinitiative, die eine Mischung aus Forschungsprogramm und Anwendungsprogramm ist. Sie wissen ganz genau, dass eine Forschung sinnlos ist, wenn die Anwendung nie erforscht werden darf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was die finanzielle Relation anbetrifft, so möchte ich erneut aus dieser Kleinen Anfrage und der Antwort zitieren. Frage 32:

„Werden die Forschungsvorhaben im Rahmen des Projekts ‘biologische Sicherheitsforschung und Monitoring’ voll umgesetzt?“

Antwort:

„Ja, es handelt sich hier jedoch um kleinräumigere Untersuchungen, als in der gemeinsamen Initiative der Bundesregierung und der Unternehmen der grünen Gentechnik vorgesehen.“

Es ist also gut, dass es sie noch gibt, aber im Verhältnis zu dem, was einmal geplant war und wofür 50 Millionen DM eingesetzt werden sollten, sind die Untersuchungen, die hier gemacht werden, Peanuts.

Der Kanzler hat sein Ohr am Volk. Wie wäre es denn, wenn er das Volk auch einmal von den Chancen dieser Technik zu überzeugen versuchte, statt ständig von den Risiken zu reden?

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Richtig! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin!

Die Sprache verrät Sie. Die Aussage, die Herr Höppner vorhin getroffen hat, dass es immer noch „Schlupflöcher“ gäbe, durch die solche Produkte nach Europa kämen, zeigt doch, wie Sie darüber denken: Sie sind nicht bereit, die Chancen zu sehen, sondern bleiben fest bei den Risiken. So kommen wir nicht von der Stelle. - Schade.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat der Herr Abgeordnete Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will einige Sätze dazu sagen, warum dieser Antrag für uns nicht überweisungsfähig ist, und dann noch eine Bemerkung zu Ihren letzten Ausführungen machen, Frau Schmitz-Hübsch.

Ein Kernproblem, weswegen es schwierig ist, in Deutschland das Thema „Anwendung der grünen Gentechnik“ in verantwortbarem Maße zu entwickeln, ist, dass sich zwei Fundamentalismen gegenseitig blockieren. Bei dem einen handelt es sich um apokalyptische Risikoszenarien, bei dem anderen um eine gedankenlose Unbedenklichkeitsideologie. Beide Szenarien, sind schädlich; beide haben wir auch heute in diesem Hause - ich nenne keinen Namen - wieder gehört.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ihr Antrag ist wenig geeignet, die Grundsatzdiskussion über die Gentechnik aufzurollen. Sie haben sich auf einen einzigen Punkt bezogen, der da lautet: Das beabsichtigte Anwendungsprogramm der Bundesregierung ist sofort umzusetzen. Ich weise noch einmal auf Folgendes hin - Herr Minister Müller hat das in hervorragender Weise deutlich gemacht -: Dieses Programm wurde nicht abgeschafft, wurde nicht weggewischt, sondern es wurde storniert, weil die deutschen Verbraucher ein Recht darauf haben, dass wir aus der BSE-Debatte so viel lernen, dass man zumindest eine Denkpause einlegen kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie das befördern wollen, was darin steht, dann beteiligen Sie sich nicht an Gedankenlosigkeiten und Unbedenklichkeitsformeln, sondern kombinieren Sie beide Seiten und führen Sie darüber eine öffentliche Debatte! Dann, Frau Schmitz-Hübsch, bin auf Ihrer Seite. Ich bin der Letzte, der das Thema vom Tisch wischen will.

Deshalb können wir diesen Antrag, so wie er hier steht, nur ablehnen. In den Ausschüssen schmoren genügend Dinge, über die wir diskutieren können und die für Anhörungen jeder Form eine wunderbare Grundlage sind. Wir verweigern uns diesen Anhörungen nicht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist nur Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 22 auf:

Tätigkeitsbericht des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2000

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 15/685

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Eingabenausschusses, Herrn Abgeordneten Poppendiecker, das Wort.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren jetzt den Bericht des Eingabenausschusses aus dem letzten Vierteljahr des Jahres 2000. Er behandelt nicht das Thema BSE oder Probleme im Ernährungsbereich, sondern er handelt von den kleinen und großen Problemen der Menschen in unserem Lande.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir hatten im Berichtszeitraum den Eingang von 147 neuen Petitionen zu verzeichnen. In dem gleichen Zeitraum haben wir 145 Eingaben abschließend behandeln können. An dieser Stelle möchte ich der Geschäftsstelle des Eingabenausschusses, die hervorragend arbeitet, ein Dankeschön sagen.

(Beifall)

Derjenige oder diejenige, die nichts mit Eingaben zu tun haben, können kaum ermessen, wie viele Anfragen, Nachfragen, Schriftverkehr manchmal für eine einzige Eingabe notwendig sind, um diese relativ schnell - das ist ja das, was wir als Eingabenausschuss sehr gern möchten - zu erledigen.

In fünf Sitzungen haben wir uns mit diesen Eingaben befasst und gleichzeitig fünf Ortstermine gemacht. Ich komme nachher noch einmal auf den einen oder anderen Ortstermin zu sprechen, in dem es bestimmte Probleme gab.

Während der Ausschusssitzungen haben wir darüber hinaus eine Anhörung abgehalten sowie zwei Gesprächsrunden außerhalb der Ausschusssitzung durch-

(Gerhard Poppendiecker)

geführt. Eine Bürgersprechstunde fand zudem in der Justizvollzugsanstalt Lübeck statt. Dies bedeutet aber: Wenn wir aus dem - um das einmal volkstümlich zu sagen - Knast herauskommen, dann folgt uns eine Masse von Eingaben; diesmal waren es 67 Eingaben. Sehr oft können wir in diesen Fällen nicht helfen. Ich unterstelle einmal, dass die dort Einsitzenden ein bisschen Zeit haben, sich mit Eingaben zu beschäftigen, und dass daher vieles auf uns zukommt, bei dem Hilfe einfach nicht möglich ist.

Wir haben diesmal eine nicht so hohe Erfolgsquote, wie Sie das sonst von uns gewohnt sind. Elf Eingaben - 7,6 % - haben wir positiv abschließen können. 35 Eingaben - rund 25 % - sind teilweise im Sinne der Petenten abgeschlossen worden und bei 77 Eingaben haben wir keinen Erfolg gehabt. Das liegt aber nicht daran - auch das will ich an dieser Stelle einmal sagen -, dass sich die einzelnen Häuser der Landesregierung nicht bemühten, relativ zügig zu arbeiten; dass 77 Eingaben nicht erfolgreich behandelt worden sind, bedeutet auch nicht, dass wir nicht helfen wollten. Wir hatten sehr viele Eingaben, die dem Justizbereich zuzuordnen sind; hier ist Hilfe oftmals nicht möglich.

Lassen Sie mich nun zwei, drei spezielle Eingaben ansprechen, mit denen wir uns befasst haben. Es gab eine Eingabe, mit der sich Nachbarn über ihre Nachbarn beschwerten, weil sie sich durch Lärm von Tieren belästigt fühlten.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Was für Tiere?)

- Darauf komme ich. Wir sind hingefahren und haben uns das einmal angeschaut. Wir waren in der Tat erstaunt. Man stelle sich vor: ein Einfamilienhaus mitten in einer Wohnsiedlung, das auf einem etwa 700 qm großen Grundstück steht. Um dieses Haus herum schnattern 600 bis 700 Enten, laufen zudem eine Masse Hühner und galoppieren noch drei Pferde. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, sich davon nicht belästigt zu fühlen. Interessant in dem Zusammenhang war: Das Einzige, was auf dem Grundstück noch grün war, war die Haustür. Wir haben erreicht, dass die Veterinäre des Kreises sehr schnell handelten, sodass die Pferdehaltung eingestellt wurde und die restliche Tierhaltung in dieser Größenordnung nicht mehr möglich war.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Zu einer weiteren Eingabe: Es ging um einen Menschen, der an einem See einen Bootssteg pachtete und von der zuständigen Behörde die Auflage bekam, diesen Bootssteg instand zu halten, damit von diesem keine Gefährdung ausgehe. Dies hat er getan. Er hat vielleicht ein bisschen viel getan, jedenfalls sagte daraufhin die andere Behörde: Das ist ein neuer Steg; der muss weg.

Das ist für den Betroffenen natürlich nicht lustig, weil er genau das getan hat, was ihm laut Pachtvertrag zur Auflage gemacht worden ist. Wir haben zumindest erreicht, dass die beiden Behörden in Zukunft miteinander kommunizieren und den Betroffenen sagen, wie weit sie gehen können und was zu viel ist. Also schon einmal positiv!

Einen bitteren Fall gab es im Kreis Stormarn. Dort will jemand an seinem Haus einen neuen Eingang bauen und der Kreis genehmigt diesen Bau. Hinterher stellt man fest - wir haben einen Ortstermin durchgeführt -, dass der Petent um wenige Zentimeter überbaut hat. Der Kreis sagt dann: Jetzt musst du abreißen.

Wir haben versucht zu helfen und eine Brücke zur Genehmigungsbehörde zu bauen. Es war nicht möglich. Der Petent ist vor Gericht gegangen, hat diesen Prozess leider verloren. Es tut schon weh, wenn man erlebt, dass jetzt fast 100.000 DM Kosten entstehen und wegen ganzer 22 cm ein ganzer Anbau und ein Türeingang abgerissen werden müssen.

Ich denke, unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Wir sind mit uns sehr zufrieden. So werden wir auch in Zukunft handeln.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Es ist beantragt worden, den Bericht des Eingabenausschusses zur Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 15 auf:

Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/802

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Behm.

Joachim Behm [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Bündnisses Anfang der 90er-Jahre brach in Europa ein neues Zeitalter an, ein Zeitalter der Verständigung und der Kooperation. Auch heute sind wir noch in der vollen Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen ehemals

(Joachim Behm)

Ost und West und der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten.

Die Ostsee, vor einigen Jahren eine maritime Grenze des Kalten Krieges, bietet heute allen angrenzenden Staaten eine Chance für eine kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auch wenn der Grundstein für diese Entwicklung schon einige Jahre zurückliegt, sage ich für die F.D.P.-Fraktion und wohl im Namen des gesamten Hauses noch einmal: Wir sind froh, dass Europa auch an der Ostsee weiter zusammenwächst.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Gerade für Schleswig-Holstein ist die Ostsee von wichtiger wirtschaftlicher Bedeutung. Schleswig-Holstein ist für die anderen Ostseestaaten als Verkehrsknotenpunkt und in der Schifffahrt von großer Wichtigkeit. Die wichtigste Seeverbindung zwischen den Ostseestaaten und den anderen Weltmeeren geht durch den Fehmarnbelt und durch die Kieler Bucht; sie verläuft also quasi vor unserer Haustür.

Die Landverbindungen nach Skandinavien gehen durch unser Land. Dies ist umso gewichtiger, als nun auch noch eine direkte Landverbindung durch die Brücke über den Öresund zwischen Dänemark und Schweden vorhanden ist.

Das Interesse für eine gute Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und den übrigen Ostseeländern besteht somit auf allen Seiten. Diese Chance müssen wir auch für die Zukunft weiter und mehr als bisher nutzen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Gerade in Zeiten, in denen die Landesregierung das Wellness-Konzept der Ministerpräsidentin aus Geldmangel nicht wie angedacht verwirklichen kann und die Grünen permanent gegen den Koalitionsvertrag verstoßen, indem sie den Widerstand gegen den Bau der A 20 in den Kreisen Pinneberg und Segeberg organisieren,

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Unerhört!)

ist jede Möglichkeit zu nutzen, die Schleswig-Holstein auch ökonomisch weiterbringen kann.

Das wirtschaftliche Fundament für den Ostseeraum muss aber bereits heute gelegt werden, damit die Potenziale auch in Zukunft wirksam genutzt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Bundesrepublik Deutschland hat zurzeit, das heißt bis zum 31. Juni 2001, die Präsidentschaft im Ostseerat inne. Die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz findet vom 2. bis 4. September in Greifswald

statt. Wir möchten dem Bundesaußenminister die Gelegenheit geben, den Parlamentariern zu berichten, welche Aktivitäten seitens des Bundes während seiner Präsidentschaft stattgefunden haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Bundesaußenminister hat dadurch, dass er persönlich berichtet, die Möglichkeit, die Bedeutsamkeit der Zusammenarbeit im Ostseeraum für die Bundesregierung zu unterstreichen.

Im Vorweg zu unserem Antrag waren Meinungen zu hören, dass es diplomatische Verwicklungen dadurch geben würde, dass Russland zum Zeitpunkt der Greifswalder Konferenz die Präsidentschaft innehat

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schlicht gaga!)

und wir den Bundesaußenminister einladen wollen. Dies können wir nicht nachvollziehen. Die Bundesrepublik ist bei der nächsten Konferenz Gastgeber. Da bietet sich ein Bericht über die Tätigkeiten der Bundesrepublik Deutschland während ihrer eigenen Präsidentschaft geradezu an.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Hoffentlich hat er auch etwas zu berichten!)

Bei der Konferenz der Ostseeparlamentarier in Malmö hatte die Bundesrepublik Deutschland die Präsidentschaft bereits inne. Auf dieser Konferenz anwesend waren unter anderem die schwedische stellvertretende Ministerpräsidentin und die Parlamentspräsidentin Schwedens. Dort gab es auch keine diplomatischen Verwicklungen.

Der ehemalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nutzte jede Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und internationale Veranstaltungen durch seine Anwesenheit aufzuwerten.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das war noch ein Außenminister!)

Außenminister Fischer sollte Herrn Genscher wenigstens in diesem Punkt nacheifern -

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

zum Nutzen unseres Landes und der Ostseeregion.

Die Ministerpräsidentin hat bereits in der Vergangenheit betont, dass die Entwicklung der Ostseeregion ein wichtiges Anliegen für unser Land ist. Wir erwarten daher auch die Zustimmung der Regierungsparteien zu unserem Antrag.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Behm, es gab - das ist richtig - nach der Parlamentarierkonferenz in Malmö einmütig Kritik daran, dass der Außenminister dort nicht gewesen ist,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf)

dass er sich dort - vielen Dank! - durch Herrn Zöpel hat vertreten lassen. Aber ich will Ihnen auch offen sagen: Ich habe den Eindruck, dieser vorliegende Antrag - Sie haben es ja eben offen angesprochen - ist eine späte Reaktion auf dieses Ereignis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Reaktion kommt zu spät.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Wir reagieren nicht, wir agieren!)

Wir müssen insbesondere im Hinblick auf die europapolitische Entwicklung den Blick nach vorn richten und nicht zurück. Dazu werde ich Ihnen ein paar Punkte sagen.

Es gibt aber auch formale Gründe, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir als Parlament können erstens gar nicht über die Rednerliste einer solchen Konferenz entscheiden. Das tut nämlich die Konferenz selbst

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und das tut sie in den Planungen des Standing Committee sowie in Abstimmung mit allen Beteiligten.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich könnte mir vorstellen, dass wir dann, wenn alle Parlamente über eine solche Rednerliste entscheiden könnten, eine sehr attraktive Rednerliste hätten, aber wahrscheinlich eine Woche tagen würden und die Teilnehmerzahl sehr gering wäre. Das sollten wir nicht tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie gehen davon aus, die anderen wollen Fischer nicht, oder wie?)

Zum Zweiten sage ich Folgendes. Der Bericht des Außenministers - so interessant er wäre - über die weiteren Planungen und Ideen der Bundesregierung in der Ostseekooperation sollte - darauf weise ich hin - nach demokratischen Gepflogenheiten zunächst in den parlamentarischen Gremien im Bundestag vorgetragen werden und nicht auf einer internationalen Konferenz.

(Beifall der Abgeordneten Gisela Böhrk [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Lassen Sie mich einen Aspekt ansprechen, den ich für viel wichtiger halte. Ab Juni 2001 wird Russland den Vorsitz im Ostseerat innehaben. Ich sage: Dieser Wechsel in der Präsidentschaft bietet eine historische Chance.

(Beifall der Abgeordneten Gisela Böhrk [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW] - Günther Hildebrand [F.D.P.]: Richtig!)

Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz sind nämlich die einzigen Institutionen, in denen EU-Mitglieder, Noch-Nichtmitglieder und Nichtmitglieder an einem Tisch sitzen und gleichberechtigt zu Wort kommen. Darin liegt übrigens einer der großen Vorteile unserer Ostseepolitik, die in dieser Frage weit über ihre regionale Bedeutung hinausreicht.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Wir in Schleswig-Holstein haben uns als Parlament und Regierung aktiv in beiden Gremien beteiligt und sollten deshalb nicht darum bitten, den deutschen Außenminister als Ex-Ostseeratsvorsitzenden zu hören - dafür gibt es andere Gremien -, sondern wir sollten darum bitten, den russischen Außenminister zu hören. Denn die Menschen in der Ukraine, in Weißrussland und natürlich in Russland wollen eine gemeinsame Antwort von uns auf die Frage haben, wie wir mithelfen, dass die europäische Integration nicht an den neuen Beitrittsgrenzen aufhört.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Das gilt für die EU-Erweiterung und ihre ökonomischen Konsequenzen. Es geht darum, dass die neue Außengrenze keine Grenze zwischen Arm und Reich werden darf. Es geht darum, dass die NATO-Erweiterung bevorsteht. Wir brauchen auch hier eine neue Sicherheitspolitik, damit es nicht zu neuen Blockgrenzen kommt. Das gilt aber auch für die friedliche Regelung in kritischen Regionen. Ich nenne Kaliningrad und Sankt Petersburg. Deshalb muss dieser Dialog beginnen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, schon auf der vergangenen Parlamentarierkonferenz hat sich die russische Delegation darüber beschwert, dass sie nicht ernst genommen wird. Vor wenigen Tagen gab es eine große Tagung der EU in Moskau, wo wiederum gesagt wurde, es bestehe ein Monopolrecht der EU für die Gestaltung Europas. Wenn das der Fall ist, dass einer der großen europäi-

(Rolf Fischer)

schen Partner das Gefühl hat, dass er nicht mehr ernst genommen wird, dann ist das das Thema, über das wir reden müssen, nichts anderes.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

An der Frage, wie wir mit Russland umgehen, wird sich die Zukunft des neuen Europas mit entscheiden, und zwar in den nächsten Jahren. Genau an dieser Stelle muss eine aktive Europapolitik ansetzen. Genau dort liegen die Chancen für unsere Ostseepolitik. Wir müssen die **Politik der nördlichen Dimension** umsetzen. Deshalb ist es richtig, dass das Thema Zivilgesellschaft in Greifswald auf der Tagesordnung steht. Das bietet den Einstieg in diesen Dialog.

Ich begrüße außerordentlich, dass Berlin endlich die Ostseepolitik entdeckt hat. Minister Fischer hat sich vor wenigen Tagen auf einer Ostseewirtschaftskonferenz klar und eindeutig für eine Stärkung des Ostseeraums ausgesprochen. Dort hat er übrigens auch die drei wichtigsten Punkte der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat genannt: ökonomischer Fortschritt, Vernetzung der Hochschulen - also Einstieg in die Wissensgesellschaft - und Stärkung der Demokratie. Das sind drei Schwerpunkte, die wir - ausgehend von unserem Politikansatz - teilen können.

Berlin liegt eben auch politisch näher an der Ostsee als Bonn. Der deutsche Außenminister kann von unseren Erfahrungen profitieren. Dafür wollen wir werben. Wir wollen das zusammen mit der Regierung und im Europaausschuss tun. Dafür bedarf es aber nicht eines solchen Antrages. Soviel von Europa-Fischer (rot) über Europa-Fischer (grün).

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Lehnert hat das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für den Antrag, Kollege Behm, gibt er uns doch Gelegenheit, heute über die bisherigen Aktivitäten der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat kritisch zu diskutieren. Wir unterstützen natürlich Ihre Forderung, dass der Bundesaußenminister bei der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald endlich einmal persönlich erscheint, um uns über seine Aktivitäten im Bereich der Ostseezusammenarbeit zu berichten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Tatsache, dass Herr Fischer bei mehreren wichtigen Anlässen im Zusammenhang mit der Ostseekooperation bisher durch Abwesenheit glänzte, ist an sich schon erschreckend. Nachdem Deutschland bereits vor neun Monaten die Präsidentschaft im Ostseerat übernommen hat, erreicht die Ostseezusammenarbeit nun endlich auch die Bundeshauptstadt. Erfreulich wiederum ist, dass dieses mangelnde Engagement des Außenministers nicht nur bei CDU und F.D.P. auf Kritik stößt. Den „Lübecker Nachrichten“ können wir entnehmen, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Ministerpräsidentin mit einer Gegenveranstaltung aktiv wurden.

Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nord, Peter Deutschland, äußerte sich im Gespräch mit den „Lübecker Nachrichten“ enttäuscht über Fischers Einsatz für die Ostseekooperation: „Da hätten wir schon ein bisschen mehr erwartet.“

Weiter heißt es, der Außenminister habe seinen Job als Vorsitzender des Ostseerates nur pflichtgemäß erfüllt. Selbst über diese kritische Betrachtung könnte man noch streiten. Aber ich glaube, statt Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, sollten wir lieber nach vorn blicken. Ich bin sicher, Sie werden mir zustimmen, dass eine erfolgreiche Zukunft Schleswig-Holsteins in der Ostseeregion, eine positive Entwicklung der Ostseekooperation und verbindliche Vereinbarungen mit den Anrainerstaaten unverzichtbar sind. Ich denke, es müssen - auch im eigenen Land - die erforderlichen Schritte für die Schaffung von Standortbedingungen in Schleswig-Holstein eingeleitet werden, die unserem Land gute Chancen im Wettbewerb mit den anderen Ostseeanrainerstaaten eröffnen. Das ist insbesondere unter dem Aspekt der EU-Osterweiterung für unser Land von entscheidender Bedeutung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es müssen klare Handlungsrahmen entwickelt werden, um die Handelsbeziehungen schleswig-holsteinischer Unternehmen im Ostseeraum aktiv durch die Landesregierung zu fördern. Ebenso muss der Wissenschafts- und Forschungsaustausch mit den Anrainerstaaten aktiv durch die Landesregierung gefördert werden. Es müssen konkrete Maßnahmen verabredet werden, um die Zusammenarbeit im Ostseeraum zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verbessern. Nicht zuletzt müssen der Jugendaustausch und die Förderung von Jugendreisen unterstützt und die kulturelle Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

(Peter Lehnert)

Wenn wir in diesen Bereichen vorankommen wollen, muss die Landesregierung jetzt aktiv werden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist doch jetzt Chefsache!)

Sie können dabei mit unserer wohlwollenden Unterstützung rechnen. Leider müssen wir feststellen, dass die Ostseepolitik innerhalb der Landesregierung immer mehr an Gewicht verloren hat. Nachdem Björn Engholm während seiner Amtszeit ein sehr großes Engagement in diesem Bereich zeigte, das von Gerd Walter fortgeführt wurde, haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, vor einem Jahr diese Aufgabe übernommen.

(Klaus Schlie [CDU]: Merkt man gar nicht!)

Seitdem ist deutlich festzustellen, dass der Bereich keine politische Priorität mehr genießt und von der Landesregierung in wichtigen Bereichen vernachlässigt wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies führt leider auch zu Frustration bei den zuständigen Mitarbeitern. Vorläufiger Tiefpunkt dieser Entwicklung ist der plötzliche Weggang des Abteilungsleiters Werner Kindsmüller, dem ich an dieser Stelle für die geleistete Arbeit herzlich danken möchte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man hat fast den Eindruck, in der Staatskanzlei wird Personalpolitik nach dem Motto betrieben: Der Letzte macht das Licht aus. Im Interesse Schleswig-Holsteins können wir nur hoffen, dass diese Lethargie bald überwunden wird und die Ostseepolitik bei der Landesregierung wieder den Stellenwert erhält, den sie verdient.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Steenblock hat das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Kubicki, jetzt sind wir - was die Bedeutung der F.D.P. angeht - in der Frage der Außenpolitik von Herrn Genscher über Herrn Kinkel bei Herrn Behm angelangt. Leider ist dabei ein Grundsatz der deutschen Außenpolitik etwas „über den Jordan“ gegangen, nämlich das Problem, dass Sie mit Ihrem Antrag überhaupt nicht realisieren, dass wir internationale Konferenzen nicht mit dem kleinen politischen Hickhack von Landtagen oder Parteipolitik ausfüllen können. Das ist der Fehler in Ihrem Antrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist doch albern. Was hier mit diesem Antrag realisiert wird, ist ein Nachkarten nach der Ostseeparlamentarierkonferenz. Der Kollege Fischer hat es völlig zu Recht gesagt: Ihr Antrag widerspricht diametral den Grundsätzen, nach denen internationale Konferenzen vorbereitet werden. Das ist kein guter parlamentarischer Stil.

Lieber Kollege Behm, ich schätze Sie sehr in Ihrer Arbeit. Ich will gar keinen Hehl daraus machen, dass das Verhalten der Bundesregierung bei der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz hart zu kritisieren ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dass der Bundesaußenminister nicht da war, war ein Fehler. Das habe ich immer schon gesagt. Der Auftritt des Staatsministers Zöpel, den er als Ersatz geschickt hat, war keine große Bereicherung dieser Veranstaltung. Beides war eine ausgesprochen schlechte Vorbereitung und hat dem Image unseres Landes - mit dem besonderen Interesse, das wir an der Ostseekooperation haben - nicht gut getan. Das habe ich intern auf allen Kanälen immer so transportiert. Ich sage das auch hier, weil ich nicht jemand bin, der Corpsgeist innerhalb der Politik besonders hoch schätzt. Deshalb hätte ich viel Verständnis dafür gehabt, wenn Sie nach dieser Konferenz zum Beispiel die Landesregierung auch offiziell aufgefordert hätten, diese Kritik noch einmal nach Berlin zu spiegeln. Da hätten wir sogar mitmachen können, das wäre der richtige Ausdruck gewesen. Aber man kann doch nicht ein halbes Jahr oder ein Dreivierteljahr später damit kommen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist doch dummes Zeug. Diese Chance haben Sie nicht genutzt.

Jetzt kommt es darauf an, nach vorn zu gucken. Ich glaube, dass auch die interne Kritik dazu geführt hat, dass der Bundesaußenminister und auch die Bundesregierung den Ostseeraum im Laufe ihrer Arbeit deutlich stärker in den Blick bekommen haben. Das, was zum Beispiel zur **Wissensgesellschaft** im Ostseeraum und zur Kooperation von Hochschulen an Initiativen dargestellt worden ist, kann nur in unserem Interesse liegen, sodass wir die Initiativen der Bundesregierung weiter unterstützen. Das ist ein Zukunftsfeld von Politik, das auch dem Bundesland Schleswig-Holstein und seinen Bürgerinnen und Bürgern nützt. Unsere Hochschulen müssen in diese Strukturen eingegliedert werden.

(Raider Steenblock)

Wir haben als Land zweitens ein Interesse daran, dass diese Konferenz in Greifswald ein Erfolg wird. Aus diesem Grunde müssen wir gerade mit den Russen, die dann die Präsidentschaft haben, kooperieren. Kleinliche Initiativen wie diese hier haben eher parteipolitischen Unterhaltungswert, sind aber nicht dazu angeeignet, solche Konferenzen zu bereichern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deswegen bitte ich Sie, Ihren Antrag zurückzuziehen und damit zufrieden zu sein, dass wir unseren Beitrag - Herr Fischer hat das auch getan - dazu geleistet haben, die Bundesregierung an dieser Stelle zu Recht zu kritisieren. Was den letztgenannten Punkt angeht, so sind wir mit Ihnen einer Meinung. Die Initiative, die Sie daraus herleiten, halte ich eigentlich für unverantwortlich. Sie ist zumindest undiplomatisch und den auswärtigen Beziehungen, die wir haben, überhaupt nicht angemessen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe große Lust, jetzt etwas zu polemisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich den vorliegenden Antrag anschaut, stellt man fest, dass er weniger mit Ostseepolitik als mit allem möglichen anderen zu tun hat. Deshalb werde ich in meinem Beitrag auch nicht viele Worte zur Ostseeoperation verlieren. Es ist offensichtlich, dass dieser Antrag nach dem Motto „Wissen ist Macht, nichts wissen macht aber auch nichts“ verfasst worden ist.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag macht deutlich, dass sich der Antragsteller zumindest in den Strukturen der Ostseezusammenarbeit nicht auskennt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte auch sagen, dass ihm dieses Thema egal ist, weil es um etwas anderes geht. Vielleicht soll der Landtag einfach instrumentalisiert werden, um dem Bundesaußenminister eins auszuwischen. Das sollten wir ganz einfach nicht mitmachen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welch ein Unsinn!)

- Lieber Kollege Kubicki, ich habe Lust, jetzt ein bisschen zu polemisieren, und das tue ich auch. Nach dem Willen des Antragstellers soll der Landtag den Bundesaußenminister ersuchen, der Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald einen Bericht über die Aktivitäten während der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat und über weitere ostseepolitische Vorhaben der Bundesregierung vorzulegen. Wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag sollen ihn außerdem bitten - so steht es im Antrag -, der Ostseeparlamentarierkonferenz diesen Bericht persönlich vorzutragen.

Der F.D.P. geht es, wie bereits gesagt, vermutlich nicht um die Sache. Ihr kann es angesichts des Antrages auch nicht um die Sache gehen, denn der Bundesaußenminister wird am 1. Juli den Vorsitz an seinen russischen Kollegen Iwanow übergeben. Die Ostseeparlamentarierkonferenz findet aber erst im September, also zwei Monate später, statt. Das bringt wirklich einige Komplikationen mit sich.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum einen ist ein Auftritt Fischers gar nicht vorgesehen. Er müsste also beim russischen Außenminister gewissermaßen ein bisschen Redezeit schnorren. Doch wir haben ja gehört, dass es viel wichtigere Probleme gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch völliger Unsinn!)

Er könnte auch in dem Standing Committee um das Wort bitten.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, Frau Abgeordnete. Auch wenn es um eine Europadebatte geht, die nicht alle im Saal interessiert, bitte ich um etwas mehr Ruhe. Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich will es auch noch anders formulieren: Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist Vorsitzender des Standing Committee. Ich brauche Ihnen nicht vorzubeten, wie ein Antrag aussehen könnte, wenn man das **Standing Committee** bitten würde, dies alles jetzt in die Wege zu leiten. Durch einen Antrag wie den vorliegenden wird der Landtagspräsi-

(Anke Spoorendonk)

dent als Vorsitzender des Standing Committee desavouiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das ist das Ergebnis des Antrages.

Zum anderen ist nicht abzuschätzen, was unsere Ostseebarn vom Geisteszustand der Deutschen halten würden, wenn der Bundesaußenminister zwei Monate nach Beendigung der Präsidentschaft über die ostseepolitische Programmatik in der Zeit seiner Präsidentschaft reden würde. Wie dem Ansehen der Bundesrepublik bei unseren Ostseebarn dadurch diplomatisch geschadet würde, müsste die F.D.P. eigentlich wissen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Immerhin hat sie in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich alles getan, um für sich den Posten des Bundesaußenministers zu erhalten. Das setzt eigentlich eine gewisse Kompetenz in diesem Bereich voraus.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott, was redest du für einen Schrott!)

Ich sage es noch einmal: Der Schleswig-Holsteinische Landtag sollte nicht dafür herhalten, dass die F.D.P. dem Bundesaußenminister mit diesem Antrag eins auswischen will. Die Initiative der F.D.P. gehört entweder in den Papierkorb oder in den Bundestag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort hat man nämlich die Möglichkeit, mit den Mitteln unserer parlamentarischen Demokratie den Außenminister für sein fehlendes ostseepolitisches Engagement zu rügen, wenn man dafür eine Mehrheit bekommt.

Es besteht überhaupt kein Zweifel - das will ich noch einmal sagen -, dass der Bundesaußenminister die Bedeutung der letztjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz vollkommen verkannt hat. Ich habe das kritisiert. Wir haben das parteiübergreifend kritisiert. Er hätte um die Bedeutung dieser Konferenz wissen müssen. Sein Vertreter hätte zumindest keine „Wiedergebrauchsrede“ vortragen dürfen. Was Staatsminister Zöpel in Malmö sagte, hatte er wortwörtlich eine Woche vorher bei einer Veranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern gesagt. Das ergab kein gutes Bild.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile habe ich mich wieder beruhigt. Die Konsequenzen aus all diesen Peinlichkeiten müssen dort gezogen werden, wo

sie zu ziehen sind, nämlich im Bundestag. Im **Bundestag** hat es eine ostseepolitische Debatte gegeben. Dort hat man den Bundesaußenminister - wie ich finde, auch zu Recht - kritisiert. Dort hätte man auch weitere Anträge stellen können. Verschonen Sie uns hier im Lande aber bitte mit solchen Anträgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kubicki das Wort.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der, der immer noch etwas sagen muss!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Kollege Hentschel, im Gegensatz zu Ihnen habe ich schon einmal im Deutschen Bundestag gesessen. Das werden Sie nie erreichen.

Wenn ich das, was die Kollegin Spoorendonk eben gesagt hat, ernst nehmen würde, könnten wir uns 80 % der Debatten in diesem Parlament sparen, weil die Debatten im Deutschen Bundestag geführt werden müssten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Sache! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Kollege Nabel, mit der Peinlichkeit, mit der Sie hier ab und zu auftreten, kann ich allemal konkurrieren.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Sache!)

- Ja, Herr Kollege Hentschel, jetzt zur Sache. Da Sie von der Sache wie immer nichts verstehen und Herr Steenblock uns als omnipotenter abgelöster Minister jetzt erklären muss, wie Diplomatie stattfindet, will ich einmal etwas zur Sache sagen. Deutschland ist Ausrichter der Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald. Das allein schon würde eigentlich bedingen, dass bei dieser Konferenz ein hochrangiger deutscher Regierungsvertreter anwesend ist, wenn die Parlamentarier sich selbst ernst nehmen und die Bedeutung der Ostseeparlamentarierkonferenz ernst nehmen wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In der Vergangenheit haben hochrangige Diplomaten, auch um im Ost-West-Konflikt entspannend zu wirken, jede Gelegenheit genutzt, an Treffen teilzunehmen und dort auch persönlich Meinungen auszutauschen,

(Wolfgang Kubicki)

wobei das Ziel war, zur Entspannung von möglichen Konfliktlagen beizutragen. Ich erinnere daran, dass wir uns über die Situation der **Kaliningrader Region** werden unterhalten müssen. Der Bundesaußenminister wäre durchaus gut beraten, wenn er von sich aus die Gelegenheit nutzen würde - es geht nicht darum, dass er einen umfangreichen Bericht vorträgt -, anlässlich einer solchen Konferenz einmal Herrn Iwanow zu treffen. Herr Fischer beklagt, dass die russische Delegation zu Recht das Gefühl hat, sie würde nicht ganz ernst genommen. Dazu, dass sie das Gefühl hat, ernst genommen zu werden, könnte beitragen, dass man sich nicht darauf beschränkt, Berichte im Parlament abzugeben, sondern eine Dokumentation in der Sache vorlegt.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Herr Fischer, wir können Herrn Fischer nicht zu etwas zwingen. Wir wollen das auch gar nicht tun. Wir können als Landesparlament, obwohl wir eine diplomatische Zuständigkeit nicht haben, nur die Anregung geben - das tun wir gelegentlich auch in anderen Bereichen -, diese Konferenz zum Anlass zu nehmen, um ihrer Bedeutung nicht nur dadurch Ausdruck zu verleihen, dass man sich trifft, sondern auch dadurch, dass man möglicherweise gemeinsame, sich überschneidende ostseepolitische Perspektiven entwickelt, wodurch ganz andere Möglichkeiten als bisher eröffnet werden, weiter zu diskutieren. Ich weiß, dass unsere Auffassungen eigentlich gar nicht so weit auseinander liegen.

Das Problem bei Ihnen und übrigens auch bei Anke Spoorendonk ist, dass Sie unseren Antrag als Ohrfeige für Joschka Fischer interpretieren. In diesem Sinne ist er aber gar nicht gedacht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Er soll nichts anderes als eine zukunftsgerichtete Handreichung dafür sein, unsere Aktivitäten auf eine fundiertere Grundlage zu stellen, als es bisher der Fall gewesen ist.

Ich sehe, dass der Kollege Steenblock lacht.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht über Sie!)

Herr Steenblock, ich will Ihnen eines sagen, vielleicht trägt das zu Ihrer historischen Bildung etwas bei.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er wirklich nicht verdient! - Unruhe)

- Das muss man bei Ihnen gelegentlich ja tun, weil die historische Bildung offensichtlich fehlt. Die Entspannungspolitik, die Entwicklung in Osteuropa und in der

DDR hat auch damit begonnen, dass sich beispielsweise anlässlich eines Treffens des World Economic Forums in Davos Gorbatschow und Genscher über eine ganz bestimmte Frage ausgetauscht haben, nämlich über die Frage, ob man jemanden ernst nehmen soll oder nicht.

(Glocke der Präsidentin)

Ich höre auf, Frau Präsidentin! - Ich denke, dass unsere russischen Gesprächspartner, die das Gefühl haben, sie werden im Moment nicht ernst genommen, auch von den Deutschen nicht ernst genommen, dieses Gefühl weniger stark hätten, wenn wir eine Hand dafür reichen würden, dass nicht nur wir Parlamentarier uns treffen, sondern auch hochrangige Regierungsvertreter die Bedeutung dieser Konferenz durch ihre persönliche Anwesenheit unterstreichen würden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch drei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst erteile ich der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Im Bundestag behandeln! - Jürgen Weber [SPD]: Immer wenn es um nichts geht, wird viel geredet! - Weitere Zurufe)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es mag sein, dass wir in diesem Hause viele Debatten führen, die eigentlich im Bundestag geführt werden müssten. Das ist richtig. Aber was ich in meinem Redebeitrag eben anprangerte, war, dass die Auseinandersetzung mit dem Bundesaußenminister - -

(Widerspruch bei der F.D.P.)

- Ich versuche, deutlich zu machen, was an dem F.D.P.-Antrag wirklich stört.

Noch einmal vorweg folgende Bemerkung: Wenn man sich mit dem Bundesaußenminister auseinander setzen will, wenn man ihn rügen will, muss das da passieren, wohin eine solche Rüge gehört, nämlich im Bundestag.

(Werner Kalinka [CDU]: Wir rügen ihn doch gar nicht!)

Ich meine auch, dass es ganz wichtig ist, dass man die Ostseeparlamentarierkonferenz ernst nimmt. Das macht man nicht, indem man so tut, als gebe es keine Struktur der Ostseeparlamentarierkonferenz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

Man macht es nicht, indem man sich ganz flott über die Strukturen der Konferenz hinwegsetzt. Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist eine Konferenz mit einem Standing Committee; zufälligerweise heißt der Vorsitzende des Standing Committees in diesem Jahr Heinz-Werner Arens. Wenn man einen ernst gemeinten Antrag stellen will, muss man auch formal deutlich machen, dass man weiß, wie die Strukturen der Ostseeparlamentarierkonferenz sind.

(Beifall der Abgeordneten Gisela Böhrk [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann hätte man darüber diskutieren können. Dann wäre alles möglich gewesen. Dann wäre zu Recht auch deutlich geworden, dass man dann, wenn in Greifswald eine Ostseeparlamentarierkonferenz abgehalten wird, auch den Bundesaußenminister hätte einladen können. All dies ist nicht erfolgt, weil es dem Antragsteller egal ist. Es geht nämlich nicht um die Sache, es geht um etwas anderes.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eine Anmaßung! Nur dem SSW geht es immer um die Sache! - Unruhe)

- Lieber Kollege Kubicki, ich kann zum Glück nur die Hälfte von dem mitkriegen, was du sagst. - In dieser Sache ist das auf jeden Fall so; denn wenn man meint, dass man gute Nachbarschaft dadurch fördert, indem man von sich aus sagt: „Jetzt machen wir das einmal,“ und überhaupt nicht darauf Rücksicht nimmt, wie das Verfahren ist, welches Procedere es gibt, weiß ich nicht, wie man in der Ostseepolitik, in der Ostseezusammenarbeit weiterkommen will.

Denn - darauf hat auch der Kollege Fischer hingewiesen - das bemerkenswerte an der Ostseezusammenarbeit ist doch, dass es eine viel gefächerte Zusammenarbeit von EU-Mitgliedern, von Nicht-EU-Mitgliedern, von Regionen und Nationen ist. Diese Arbeit wird zum Beispiel auch dadurch getragen, dass sich Parlamentarier auf gleichwertiger Ebene zu einer jährlichen Konferenz treffen, damit man dort Gedanken austauschen, Beschlüsse oder Resolutionen beschließen kann, die zu Hause im Sinne der Ostseekooperation umgesetzt werden müssen. Das ist die Idee der Ostseeparlamentarierkonferenz. All das wird mit so einem Antrag vom Tisch gewischt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, ich will es an dieser Stelle sagen: Ich halte mich oft zurück, aber ich finde es zum Teil unerträglich, wie sehr Sie hier unter der Gürtellinie arbeiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wen interessiert das?)

Wenn Sie gern möchten, dass wir hier die Vergangenheit einzelner Abgeordneter diffamierend darstellen, sage ich Ihnen: Das können wir mitmachen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Was soll das denn hier? Was soll das? - Unruhe)

- Lesen Sie die Rede von Herrn Kubicki nach! Sie hören das anscheinend gar nicht mehr, was er hier immer so locker flapsig herüberbringt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die F.D.P. stellt einen Antrag, der - ich formuliere das einmal genau so nett wie Frau Spoorendonk - offensichtlich eher in den Papierkorb gehört,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das entscheiden immer Sie!)

weil er das Land in der Sache nicht voranbringt, sondern ein halbes Jahr später nachkarten will.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es geht um die Zukunft, nicht um das Versagen von Herrn Fischer!)

Nur weil Sie so einen Antrag gestellt haben - was ja einmal passieren kann -, lasse ich es mir nicht gefallen, dass Herr Kubicki hier moralisierend und diffamierend zurückschlägt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Günther Hildebrand [F.D.P.]: Wer moralisiert denn hier?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidenten! Meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Das Eurothema verträgt Polemik, das ist wichtig, weil es nach vorn bringt und weil wir darüber nicht immer nur die Soße Harmonie gießen sollten. Ich will aber deutlich sagen: Eine Polemik, wie sie hier vonstatten geht, schadet dem europäischen Gedanken, auch in diesem Parlament. Ich würde mich freuen, wenn wir in Teilen der Europapolitik - Kaliningrad war ein Stichwort, Russland habe

(Rolf Fischer)

ich genannt; es gibt weit mehr Probleme in dieser Richtung - in Form eines Konsenses weitergehen könnten. Sie wissen ganz genau, dass Ihr Antrag daran völlig vorbeigeht, weil er die Delegierten der Konferenz ignoriert, die vorbereitenden Institutionen der Konferenz ignoriert. Ich habe das Gefühl, dass es eher ein Beitrag zur Frage um Platz drei oder vier in der bundespolitischen Debatte ist und nicht unbedingt ein Beitrag zur Europapolitik.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis das Wort.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist nicht beantragt worden! - Martin Kayenburg [CDU]: Zu Europa hat sie nichts zu sagen! - Thorsten Geißler [CDU]: Wir hätten schon ein Wort der Regierungschefin erwartet! - Weitere Zurufe)

Dann habe ich eine falsche Information.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist nur Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, Tagesordnungspunkt 18 morgen früh nach Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln.

Ich rufe jetzt für heute als letzten Punkt den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Schaustellergewerbe fördern

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/807

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 15/839

Auf der Tribüne möchte ich Vertreter der Schaustellerverbände Schleswig-Holsteins begrüßen.

(Beifall)

Wird das Wort zur Begründung der Anträge gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Müller.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU]: Müller weiß doch gar nicht, was ein Karussell ist!)

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Mein lieber Freund Ehlers, ich fahre gleich mit dir Karussell!

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sorge um unsere Volksfeste und die Sicherung des Markt- und Reisegewerbes in Deutschland hat schon den Deutschen Bundestag beschäftigt und ist heute Thema unserer Plenarsitzung. Warum? - Das Schaustellergewerbe und der Markthandel sind immer wieder unterschätzte Gewerbe. Dies gilt sowohl für ihre Bedeutung für den Erhalt unserer Volksfeste als Kulturgut und wichtigen Beitrag zum Städtetourismus als nachfragestärkstem Segment des Deutschlandtourismus als auch für ihr volkswirtschaftliches Gewicht.

(Beifall der Abgeordneten Claus Ehlers [CDU] und Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

- Jetzt will er das wieder gutmachen.

Im Markt- und Reisegewerbe sind 1,2 Millionen Menschen in 320.000 Betrieben in Deutschland tätig. 6.000 sind Schaustellerbetriebe, davon haben 200 ihren Sitz in Schleswig-Holstein; im Markthandel sind es deutlich mehr.

Auch die betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten von Schaustellerbetrieben werden allzu häufig unterschätzt. Ich habe viele Bilanzen von Unternehmen dieser Art in meiner Eigenschaft als Berater und Vorsitzender des Gewerbe- und Rechtsausschusses des Bundesverbandes Deutscher Schausteller und Marktkaufleute gesehen. Ein Fahrgeschäft kostet nicht selten 4 Millionen bis 8 Millionen DM und mehr. Schausteller müssen sich um jeden Standplatz auf jedem Markt neu bewerben. Hohe Investitionen bei unsicheren Einnahmeperspektiven kennzeichnen diese Branche.

Zunehmend sehen sich die Schaustellerbetriebe zwei für sie bedrohlichen Entwicklungen gegenüber: In einer Zeit virtueller Welten verliert insbesondere das Volksfest auf dem Lande für jüngere Menschen immer mehr an Zugkraft. Sie sind Großevents mit technologisch anspruchsvollen Fahrgeschäften gewohnt, die gerade kleine Märkte nicht mehr zu bieten haben. Zum anderen werden traditionelle Volksfeste und Jahrmärkte mehr und mehr privatisiert. Der damit verbundene Übergang vom Kostendeckungsprinzip zum Prinzip der Gewinnmaximierung führt bei den Schaustellern zu enormen Kostensteigerungen, die nur teilweise über Preiserhöhungen aufgefangen werden können.

Sicherlich, wir alle in diesem Hause sind davon überzeugt, die Kommunen sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Wenn aber Plätze meistbietend

(Klaus-Dieter Müller)

versteigert werden, wird der Kostendruck an die Betreiber weitergegeben und sehr hoch. Nicht selten trauen sich seriös rechnende Unternehmer die Teilnahme an solchen Veranstaltungen nicht mehr zu und überlassen das Feld den gastronomischen Eintagsfliegern, von denen es leider gerade in der Branche mehr als genug gibt.

Darüber hinaus unterliegen die Schaustellerbetriebe einer Reihe nicht mehr aufrecht zu erhaltender Restriktionen und Behinderungen, die wir mit dem vorliegenden Antrag aufheben helfen wollen.

Im Mittelpunkt des Anliegens stehen zwei Forderungen:

Während jeder Gastwirt nur ein einziges Mal in seiner beruflichen Karriere eine Gaststättenerlaubnis benötigt - und wir wissen, der Kollege Arp ganz sicher am besten, wie wenig Sachkenntnis dafür dem Antragsteller in aller Regel abgefordert wird,

(Widerspruch bei der CDU)

das bezog sich natürlich nicht auf den Kollegen Arp,

(Heiterkeit im ganzen Haus)

weil der Kollege Arp eine der Ausnahmen ist! -, muss der Schausteller nicht nur jedes Mal um seinen Standplatz kämpfen und eine Fülle von Überprüfungen auf jedem Markt über sich ergehen lassen, die in stationären Gastwirtschaften nicht annähernd praktiziert werden, nein, sie müssen auch jede Woche neu eine Gaststättenerlaubnis beantragen und bezahlen. Dies widerspricht dem Grundsatz der **Gleichbehandlung**. Im übrigen decken die so erzielten Einnahmen nur selten den Verwaltungsaufwand. Hier gilt es, durch eine klare Beschlussfassung eine ungerechtfertigte Benachteiligung beseitigen zu helfen.

Ein großes Problem für Schaustellerfamilien ist die Schulausbildung ihrer Kinder. Nicht selten besuchen Schülerinnen und Schüler aus Schaustellerfamilien 10 bis 20 verschiedene Schulen pro Saison. Das Ergebnis einer so strukturierten Schulausbildung können Sie sich vorstellen. Seit vielen Jahren versuchen die Schaustellerverbände, die Durchführung eines qualifizierten **Blockunterrichts** in den Wintermonaten durchzusetzen. Dankenswerterweise hat das Landesbildungsministerium erstmals im Februar dieses Jahres an der Theodor-Litt-Schule in Neumünster den ersten Lehrgang organisiert. Dieser Antrag soll festlegen, dass der Weg einer qualifizierten **Berufsschulausbildung** für Schaustellerkinder weiter gewährleistet ist.

Ich freue mich, dass dieses Haus auch in Zeiten rasanter technologischer Entwicklungen und Problemstellungen einem Gewerbebranchen Aufmerksamkeits schenkt, der zu den traditionellen Berufszweigen ge-

hört, dessen ungebrochene Bedeutung für Gesellschaft und Volkswirtschaft häufig unterschätzt wird.

Sie sehen auf Ihrer Vorlage, dass wir Abstimmung in der Sache beantragt haben. CDU und F.D.P. haben nun einen Antrag hinzugefügt. Ich meine, dass die Forderungen in den Nummern 9 ff. von uns abgeschrieben sind - die tragen Sie offensichtlich mit -, und die Forderungen in den Nummern 1 bis 8 entweder sehr unbestimmt in der Formulierung sind - dass es beim Immissions- und Nachbarschutzrecht nicht zu überzogenen Vorgaben kommen darf, ist zu unbestimmt - oder aber - wie die Forderung nach einer Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten; das hieße nämlich, es den Kommunen im Einzelnen zu überlassen - etwas abwegig sind. Diese Diskussion führen wir an anderem Ort schon sehr viel intensiver. Aber, mein lieber Kollege Arp und liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., das wollen wir gern mit Ihnen noch einmal im Ausschuss diskutieren. Deshalb beantragen wir die Überweisung der Anträge an den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Müller, Sie haben in dem Punkt sicherlich Recht, dass Gastwirt fast jeder werden kann; Sie hätten es auch werden können.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darüber diskutieren wir heute nicht, wir debattieren heute über die Situation der Schausteller in unserem Land und wollen damit das Schaustellergewerbe fördern. Hierzu kann ich Ihnen auf der linken Seite des Saales die volle Unterstützung der CDU-Fraktion zusagen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh!)

67 % der Gesamtbevölkerung besuchen regelmäßig unsere Volksfeste. Damit sind Volksfeste, Schützenfeste und Weihnachtsmärkte der mit Abstand größte Freizeitbereich in Deutschland. Sie tragen natürlich - auch das haben Sie gesagt, Herr Kollege - ganz wesentlich zur Attraktivität des Tourismusstandorts Schleswig-Holstein bei. Dabei wird das Kulturgut „Volksfest“ - das vergessen ganz viele - nicht durch öffentliche Mittel subventioniert. Wer es nicht weiß: Ein Jahrmarktsbesuch kostet nichts, anders - Frau

(Hans-Jörn Arp)

Kollegin Spoorendonk - als zum Beispiel in Dänemark. Dort wird regelmäßig Eintritt für einen Jahrmarktsbesuch erhoben. Das unterscheidet uns glücklicherweise von den Dänen.

Die enorme wirtschaftliche Bedeutung, die die Volksfeste für einzelne Regionen besitzen, wird an Aushängeschildern wie beispielsweise der Kieler Woche, der Travemünder Woche, dem Lübecker Weihnachtsmarkt, der Flensburger Rumtage oder der Husumer Krabbentage deutlich. Darüber hinaus bleiben sie sowohl für den Einzelhandel, die Taxiunternehmen, die Gastronomie und Hotellerie als auch für unsere Busunternehmen eine **Wertschöpfung** in unserem Land.

Einen großen Beitrag zum Erfolg dieser teilweise Jahrhunderte alten Volksfeste leisten hier ganz besonders die Schaustellerunternehmen und Marktleute, die oft auch persönlich mit den Marktstandorten über viele Jahrzehnte eng verbunden sind. Das mittelständisch geprägte Schaustellergewerbe leidet nicht nur unter einem Umsatzrückgang, sondern ganz besonders unter der Einführung der Ökosteuer sowie unter der Neuregelung der 630-DM-Jobs. Herr Kollege, ich hätte von Ihnen erwartet, dass wir gerade hier darüber diskutieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben gestern über das Thema Ökosteuer gesprochen. Fragen Sie einmal die beteiligten Betriebsinhaber, wie sie das sehen. Die Mehrbelastung der Unternehmen des Schaustellergewerbes allein durch die **Ökosteuer** ist schätzungsweise zehn bis zwanzig Mal höher als die Entlastung durch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. Das liegt zum einen an den hohen Energiekosten der aufwendigen Fahrgeschäfte, zum anderen an den ständig anfallenden Beförderungskosten von Festplatz zu Festplatz und darüber hinaus an einem Beschäftigungsanteil, der im Wesentlichen von Familienangehörigen geleistet wird und - Gott sei Dank - von ausländischen Hilfskräften, für die keine Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden.

In Anbetracht der eben genannten Entwicklung sind wir - da sind wir uns ja auch einig - als verantwortlich handelnde Politiker aufgerufen, die Rahmenbedingungen für den Erhalt unserer Volksfeste und des Schaustellergewerbes in unserem Land deutlich zu verbessern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei sollten wir darauf achten, dass die traditionellen Volksfeste wie der Wilsteraner Jahrmarkt und der Brarupmarkt - die wurden schon angesprochen - eine kommunale Angelegenheit bleiben.

Besonders wichtig wären folgende Wettbewerbsverbesserungen für die Situation des Schaustellergewerbes - der Kollege Müller sprach es schon an -: Das **Gaststättengesetz** muss in jedem Fall geändert werden.

Aber wir müssen auch daran denken, dass die **Genehmigungsgebühren**, die besonders die Städte erheben, nicht ins Uferlose treiben. Lag zu Zeiten der CDU-geführten Landesregierung - immerhin schon 13 Jahre her -

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- ich würde nicht klatschen, ohne bis zum Ende zugehört zu haben - die Höchstgrenze für eine Tageserlaubnis bei 30 DM, so liegt sie heute bei 360 DM. Herr Müller, Sie selber kennen diese Problematik, da Sie ja einmal Geschäftsführer des Verbandes waren und in dieser Funktion unter der rot-grünen Regierung gelitten haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

- Wir können den Dialog nachher an der Bar fortführen; jetzt rede ich.

Das Land und die Kommunen müssen sich dafür einsetzen. Sie sprachen eben davon, dass das nicht möglich sei. Ich kann Sie da nur auffordern: Schauen Sie einmal auf Bayern, wo das möglich ist. Die Regelung an Immissions- und Nachbarschaftsschutz, die in Bayern möglich sind, sollte auch in Schleswig-Holstein möglich sein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Im Zusammenhang mit den Öffnungszeiten kann ich Ihnen eine kurze Geschichte erzählen. Mein Freund Wolfgang Kubicki und ich waren nachts um ein Uhr in Brüssel auf einem Jahrmarkt.

(Zurufe von der SPD: Was?)

- Wir waren auf dem Jahrmarkt. Ich weiß nicht, wo die anderen waren!

(Beifall und Heiterkeit bei CDU, F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, ich muss Sie an die Redezeit erinnern.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich könnte noch einige wenige Punkte nennen, aber die können Sie auch dem Antrag entnehmen. Ich bitte noch darum, dass die Jahrmärkte weiterhin auf den Plätzen

(Hans-Jörn Arp)

bleiben können, auf denen sie heute stattfinden, und nicht an die Stadtränder gedrängt werden. Es gibt noch viele weitere Dinge, die ich dazu sagen könnte. Ich bitte auch, auf die Kommunen einzuwirken, dass nicht, wie an einigen Orten üblich, 30 verschiedene Abgaben und Gebühren für einen Stand kassiert werden. Dies ist auf Dauer unerträglich.

Ansonsten würde ich mich freuen, wenn Sie sich unserem Antrag anschließen. Das wäre im Sinne des Schaustellergewerbes.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mich würde interessieren, was die Kollegen Kubicki und Arp auf dem Jahrmarkt in Brüssel gemacht haben. Vielleicht weihst ihr mich da ein.

(Zuruf von der CDU: Die sind Karussell gefahren!)

- Karussell gefahren?

(Konrad Nabel [SPD]: Sie waren in der Geisterbahn!)

- Herr Nabel, in die Geisterbahn passen wir beide hinein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, manchmal ist es erstaunlich - der Kollege Müller hat es ausgeführt -, dass es erst eines Antrages bedarf, um deutlich zu machen, welche Bedeutung das Schaustellergewerbe für die Volkswirtschaft und für unser Land hat.

Man sollte auch einmal klar machen, wie viele Menschen nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit Volksfeste und Jahrmärkte besuchen. Dabei sollten wir auch nicht die Anziehungskraft vergessen, die solche Veranstaltungen auf ausländische Besucher hier in Schleswig-Holstein haben. Ich denke vor allem daran, dass nicht nur Volksfeste und Jahrmärkte wie das Münchner Oktoberfest eine Anziehungskraft ausüben, sondern auch Schleswig-Holstein mit den Veranstaltungen, die es zu bieten hat, durchaus mithalten kann. Ich möchte als regionales Beispiel die Rahmenveranstaltungen, die zum Gelingen der Kieler Woche beitragen, nennen. Diese sind ebenfalls in ganz erheblichem Maße durch das Schaustellergewerbe geprägt.

Wir reden hier also über ein kulturelles Aushängeschild jeder Gemeinde und einen wichtigen Bestandteil der **Freizeit- und Tourismuswirtschaft**. Unserem Land, das besonders stark vom Tourismus geprägt ist,

muss es deshalb ein besonderes Anliegen sein, das Schaustellergewerbe zu fördern. Um dies deutlich zu machen und um Ihnen, lieber Kollege Müller, ein wenig aus der Klemme zu helfen, greife ich hier noch einige Punkte aus dem Antrag von CDU und F.D.P. heraus, die in dem gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein wenig zu kurz gekommen sind. Dies sind die Gründe dafür, dass wir uns überhaupt entschlossen haben, einen Änderungsantrag zu stellen.

Es ist sicherlich ein großes Manko, dass der Betrieb von Volksfesten immer wieder mit **Immissions- und Nachbarschaftsschutzrechten** kollidiert. Ich kann es auf der einen Seite gut nachvollziehen, dass gerade in dicht besiedelten Räumen, in denen diese Volksfeste naturgemäß bevorzugt stattfinden, lärmgestresste Nachbarn nicht auch noch die Auswirkungen eines Volksfestes ertragen wollen. Auf der anderen Seite ist das Schaustellergewerbe von seiner Nähe zum Publikum abhängig. Eine Verbannung auf die grüne Wiese ist deshalb kontraproduktiv. Hier müssen Regelungen gelockert werden.

Man darf dabei nicht vergessen, dass der örtliche Einzelhandel, das Taxigewerbe und das Hotel- und Gaststättengewerbe - der Kollege Arp hat es schon ausgeführt -, also all die Institutionen, die sich bereits vor Ort befinden, ganz erheblich davon profitieren. Die Frage lautet also: Wie kann in diesem Spannungsfeld allen Beteiligten geholfen werden? Tatsächlich ist es ja so, dass die örtlichen Veranstaltungen nur zeitlich begrenzt stattfinden und sich bei einer guten Organisation die Belastung für die Nachbarschaft in Grenzen hält. Es ist deshalb nicht ganz einzusehen, dass Schausteller auf der einen Seite mit zu restriktiven Regelungen des Immissions- und Nachbarschutzrechtes belegt werden, auf der anderen Seite aber ein attraktives Angebot für die Besucherinnen und Besucher abliefern sollen.

Es ist deshalb notwendig, dass sich die Landesregierung in Zukunft dafür einsetzt, bereits bestehende gesetzliche Beschränkungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu lockern. Es ist schon ziemlich komisch, dass das Schaustellergewerbe zwar ein wichtiges Freizeitangebot stellen soll, aber gleichzeitig den **Regelungen** bezüglich der **Sonn- und Feiertage** unterworfen werden soll, von den **Öffnungszeiten** ganz zu schweigen - das ist vorhin schon angeklungen.

Da die Meinung der F.D.P. zu diesem Thema auch in diesem Hause hinlänglich bekannt sein dürfte - darauf hat auch schon der Kollege Müller hingewiesen -, möchte ich es kurz machen und erneut für eine Lockerung dieser teilweise völlig unsinnigen Regelungen plädieren.

(Dr. Heiner Garg)

Ich möchte abschließend noch einen weiteren Punkt aufgreifen, der auch in dem ursprünglichen Antrag angesprochen worden ist: Die Möglichkeiten der **beruflichen und schulischen Ausbildung** jugendlicher Schausteller müssen weiter gefördert werden. Deshalb ist es wichtig und richtig, Frau Kultusministerin, den Unterricht an Berufsschulen in den Winterpausen zu ermöglichen. Es ist doch angesichts der hohen Nachfrage im Rahmen von Volks- und Schützenfesten etwas seltsam, wenn es dem Nachwuchs nicht ermöglicht wird, in der Hauptsaison der praktischen Tätigkeit nachzugehen. Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass der Berufsschulunterricht darunter leidet, wenn den Schülern die Ruhe zu theoretischer Arbeit fehlt, wie es in den Sommermonaten, wenn diese Angebote stattfinden, ganz bestimmt der Fall ist.

Ich bin Ihnen dankbar, Kollege Müller, dass auch Sie eine Ausschussüberweisung vorgeschlagen haben und wir beide Anträge zusammenführen können. Ich gehe davon aus, dass dabei etwas Vernünftiges herauskommt.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit auch zu so vorgerückter Stunde.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es zeichnet sich hier ja weitgehende Einigkeit ab. Aber wenn ich den Ausführungen der Opposition zuhöre, stellt sich für mich die Frage, wer denn eigentlich vor 1998 zuständig gewesen ist. Wieso hat sich damals nichts gerührt, wo jetzt eine solche Entschlossenheit besteht, etwas zu bewegen. Wir lassen das einmal dahingestellt.

Das Schaustellergewerbe - da sind wir uns alle einig - hat für Schleswig-Holstein eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung. Dieses Gewerbe hat aber als eine alte Branche stark mit der zunehmenden Konkurrenz im Freizeitbereich zu kämpfen. Der Freizeitmarkt ist ein Wirtschaftsfeld mit hohen Zuwächsen, vielen neuen Trends und vielen neuen Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmern. Wer Freimärkte oder Jahrmärkte besucht, wird schnell feststellen, dass die Buden und Fahrgeschäfte nicht mehr so frequentiert sind, wie das früher einmal gewesen ist. Für uns im Kindesalter war doch der Jahrmarkt mit seinem Glitzer etwas Besonderes. Es war eine nicht vergleichbare Attraktion. Während des Zuhörens eben ist mir übrigens eingefallen, dass ich auf dem Jahrmarkt zum ersten Mal Geld, das

ich vom Großvater oder Vater bekommen hatte, selber ausgegeben hatte. Ich selber hatte plötzlich die Verfügungsgewalt über Geld. Diese Erfahrung haben Kinder heute schon viel früher gemacht. Auch diese Bedeutung der Jahrmärkte fällt weg. Ich finde, auch das ist bedenkenswert.

Genauso wie die seltenen Zirkusvorstellungen in den einzelnen Orten haben Jahrmärkte heute nicht mehr so das besondere Flair, sondern sind längst zum normalen Bestandteil des üblichen Jahreszyklus geworden, und zwar keineswegs nur in den Sommermonaten. Diese Aussage von Ihnen, Herr Dr. Garg, stimmt natürlich nicht. Es gibt zum Beispiel überall Weihnachtsmärkte mit Buden und Karussells und allem anderen, was dazu gehört.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das habe ich auch gar nicht gesagt!)

Die ganze Situation hat sich also komplett verändert. Im Freizeit- und Vergnügungsbereich gibt es mehr und mehr Angebote, die für Jugendliche sehr viel attraktiver zu sein scheinen. Ich nenne nur einmal als Beispiel Fernsehen rund um die Uhr, Video-Ausleihe, Pay-TV, im Internet surfen plus chatten, Cinemaxx-Kinos, Trendsportarten, Musikveranstaltungen, Unterhaltungsspiele, Freizeitparks, Spaßbäder mit riesigen Rutschen und so weiter.

Für die Kinder und Jugendlichen von heute sind Jahrmärkte nichts Besonderes, sondern ein Event von vielen, und erst recht kein Ereignis, das groß zieht. Wer mit seinen Kindern einmal im Hansa-Park oder sogar im Euro-Disneyland in Paris war, wird diese schwerlich für das Riesenrad oder ein normales Karussell begeistern können. Mein vierjähriger Enkel lehnt es ab, ein Karussell zu besteigen, weil ihm schlecht wird. Das hat er schon raus. Dem brauche ich damit gar nicht mehr zu kommen.

(Unruhe)

Trotzdem sollte sich der Landtag in seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik selbstverständlich auch für diese Branche einsetzen. Dazu liegt Ihnen ein umfangreicher und detaillierter Antrag der Sozialdemokraten vor. Herr Dr. Garg, es ist Ihnen offenbar entgangen, dass die Grünen hier ausnahmsweise mal nicht Mitautoren waren. Aus meiner Sicht möchte ich aber die nachfolgenden Punkte besonders betonen. Die Volksfeste in Schleswig-Holstein sind als Event mit aufzunehmen in - -

(Glocke der Präsidentin - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hier steht „SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“! Ist das falsch? - Sie ha-

(Irene Fröhlich)

ben doch einen gemeinsamen Antrag gestellt!
- Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hier steht
„Karl-Martin Hentschel“(!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, Frau Abgeordnete! Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Es ist den Rednerinnen und Rednern wirklich nicht zuzumuten zu schreien. Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete!

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke! - Ausnahmeregelungen wünschen wir uns für Volksfeste und Märkte an **Feiertagen**. Das ist ein Punkt, der nicht unumstritten ist.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Hier kommen wir in die Diskussion über **Ladenöffnungszeiten**. - Schön, dass Sie sich so freuen können, Herr Kubicki! Ich verweise auf die gestartete Volksinitiative der Videotheken für eine Änderung der Feiertagsgesetze. Ziel ist eine Formulierung, wie sie seit September in Hamburg gültig ist. Die Öffnung von Videotheken ist an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen ab 13 Uhr zugelassen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich muss sehen, dass ich fertig werde.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Die Frage ist ganz harmlos, Frau Fröhlich! - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

- Okay, dann haben wir zwei verschiedene Fälle. Lassen Sie mich einfach meine Rede zu Ende halten. Wahrscheinlich haben Sie Recht und ich habe mich vertan; sei es drum.

Die Lösung der Transportfrage für die Schaustellermaterialien und -ausrüstungen muss angesprochen werden. Hier geht es um die Sonn- und Feiertagsverbote und den Erhalt der Verladestellen an Nebenstrecken der Bahn und um die Genehmigung im Bereich des **Gaststättengesetzes**. Es kann aus unserer Sicht nicht angehen - das wurde auch schon gesagt -, dass die mobilen Schaustellerstände mit Angeboten für Essen und Trinken dreimal in der Woche eine Genehmigung einholen müssen, obwohl klar ist, dass sie die Aufla-

gen erfüllen. Diese Schausteller sind aus unserer Sicht quasi als Dauergaststättenbetriebe einzustufen.

Schließlich möchte ich hier noch die **steuerliche Anerkennung der Mehraufwendungen** bei auswärtiger Unterbringung schulpflichtiger Kinder erwähnen. Zusätzliche Belastungen müssen eben auch steuerlich berücksichtigt werden. Das gilt für alle vergleichbaren Branchen.

Mein letzter Satz sollte lauten: Ich bitte um Zustimmung zu diesem detaillierten Antrag, der die Lage des Schaustellergewerbes behandelt und konkrete Verbesserungen vorschlägt. Ich hätte mich gefreut, wenn wir uns dazu hätten durchringen können. Aber anscheinend lässt es Ihre Eitelkeit nicht zu. Deswegen müssen wir im Ausschuss noch eine Runde extra einlegen.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Nein, wollen wir gar nicht! Stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

Ich hätte der Landesregierung zugetraut, dass sie nach einem solch klaren Antrag entsprechende Regelungen findet, die man im Gesetzgebungsverfahren oder in einzelnen Aktionen und Programmen, die die Landesregierung wahrscheinlich auf unseren Impuls hin gestartet hätte, immer noch hätte diskutieren können. Aber Sie wollen die Extrarunde. Also müssen sich die Schausteller noch ein bisschen gedulden. Wir werden es schon richten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beim Schaustellergewerbe handelt es sich um eine wichtige Branche, die im Wesentlichen davon lebt, dass sie einfallreich und kreativ ist und viele Bürgerinnen und Bürger anspricht. So sagte es nämlich der Parlamentarische Staatssekretär Siegmund Mosdorf zutreffend in einer Debatte über dieses Thema im Bundestag.

Auch in Schleswig-Holstein - und nicht zuletzt im Landesteil Schleswig - gibt es eine Vielzahl von Jahrmärkten und Volksfesten, die eine lange Tradition haben. Ich denke dabei beispielsweise an den Brarupmarkt, an den Schleswiger Peermarkt, an die Wikingertage, aber auch an die Rumregatta und den traditionellen Jahrmarkt in Flensburg. Selbstverständlich möchte ich den Lecker Jahrmarkt nicht vergessen.

(Unruhe)

(Silke Hinrichsen)

Auf Bundesebene gibt es zirka 10.000 Veranstaltungen pro Jahr mit 200 Millionen Besuchern - nicht nur 170 Millionen. Diese Volksfeste tragen unbestritten zur Vielfalt des gesamt-kulturellen Angebots in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft bei. Es ist sicherlich richtig, dass es im Gegensatz zu anderen Kulturbereichen, die teilweise sogar erhebliche Subventionen erhalten, beim Kulturgut Volksfest aber oftmals an diesem rechtlichen Schutz und dieser Unterstützung fehlt. Insbesondere gibt es auch immer wieder Auseinandersetzungen zwischen den Kommunen vor Ort und den Schaustellern unter anderem über die Höhe der Standgebühren, über Lärmbelastigungen und bürokratische Anforderungen - dies haben die Kollegen auch schon erwähnt - wie beispielsweise **Nachbarschaftsrecht, Immissionsrecht**. Ich möchte nur gern wissen, wie Sie als Kommunalpolitiker über die Einschränkung beziehungsweise Aufhebung dieser Nachtverbote denken würden. Dort ist der Protest sehr groß, die Feste möglichst spätestens gegen 24 Uhr schließen zu lassen.

Schon vor fast zwei Jahren hatte daher die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Initiative zur Stärkung des Schaustellergewerbes und zur Sicherung der Volksfeste im Bundestag gestartet. In einem Entschließungsantrag wurde die Bundesregierung damals aufgefordert, eine ganze Reihe von Verbesserungen für das Schaustellergewerbe umzusetzen. SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS haben dann im Juli 2000 einen eigenen gemeinsamen Antrag eingebracht und damit das Ansinnen der CDU/CSU unterstützt.

Ende 2000 gab es eine mitternächliche Debatte über diese Problematik, in der die Bundesregierung dargelegt hat, dass sie einige der Forderungen in Abstimmung mit den Bundesländern bereits umgesetzt hat. Dabei ging es unter anderem auch um Aspekte, die sich in dem Antrag vom heutigen Tage wiederfinden. Es ging unter anderem um touristische Marketingaktivitäten, um Erleichterung bei der Ausführung des Gaststättengesetzes, insbesondere § 2, um die Dauererlaubnis - auch das ist schon beschlossen worden - und um **Ausnahmegenehmigungen** von den Fahrverboten an Sonn- und Feiertagen wie um besseren Unterricht für die Schaustellerkinder und die Bezuschussung von Heimunterbringungen.

Daher waren wir doch etwas über den nunmehr vorliegenden Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überrascht; denn er greift viele dieser schon zwischen Bund und Ländern beschlossenen Initiativen nochmals auf. Wir haben uns daher gefragt, warum die Landesregierung mit diesem Antrag dazu aufgefordert werden soll, initiativ zu werden. Dies geschieht doch bereits von der Bundesebene aus.

Selbstverständlich gibt es aber in diesem Antrag in einigen Bereichen Teile, die doch etwas verblüffend und unklar sind. Das gilt auch für den CDU-Antrag, der weitere Forderungen des Schaustellergewerbes aufgegriffen hat. So sollen sich beispielsweise die Landesregierungen - Punkt 2 des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - dafür einsetzen, dass Schaustellertransporte von den Regelungen beim Sonn- und Feiertagsverbot generell freigestellt werden. Wir hätten uns aber eher die Regelung des interfraktionellen Antrags der Bundestagsfraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P., und PDS gewünscht. Dort lautet die Forderung, weitere Erleichterungen bei den **Freistellungen** für Transportfahrten von Schaustellern und Marktkaufleuten von den Fahrverboten an Sonn- und Feiertagen zu prüfen und nicht grundsätzlich eine Freistellung zu erlauben. Uns scheint eine generelle Freistellung etwas übereilt und wenig durchdacht zu sein.

Bei der gewünschten Änderung der Spielverordnung - Punkt 4 - fehlt es uns an der konkreten Begründung. Zwar ist richtig, dass hier eine Euro-Umstellung erforderlich ist, aber warum sollen die Gestehungskosten steigen? Bei diesem Punkt bitte ich dringend um Aufklärung.

Darüber hinaus ist in Punkt 6 des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie in Punkt 12 des CDU/F.D.P.-Antrages Folgendes beantragt worden: Die Landesregierung möge die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftig Ausnahmeregelungen für Volksfeste und Märkte an Feiertagen möglich sind. - Wo und wie soll hier was geändert werden? Das habe ich auch nicht verstanden.

Das gilt auch bezüglich der steuerrechtlichen Seite bei der Internatsunterbringung von Kindern - Punkt 8 des Antrages -, weil diese Kosten schon heute im Steuerrecht als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Wir halten deshalb eine Ausschussüberweisung für angebracht.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Rohwer.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über die Bedeutung des Themas ist Einigkeit vorhanden: Fast 70 % der deutschen Bevölkerung besucht regelmäßig Volksfeste und Märkte. Bundesweit gibt es 200 Millionen Besucher pro Jahr. Wirtschaftlich interessant: 34.000 Beschäftigte bundesweit, davon ein erheblicher Teil auch in Schleswig-Holstein -, 1,5 Milliarden DM Umsatz. Das ist also auch ein Wirtschaftsfaktor.

Aber Volksfeste und Märkte sind nicht nur wirtschaftlich interessant, sondern auch ein wichtiger Beitrag für unsere **Freizeitkultur**. Es sind die Schaustellerbetriebe, die das bewirken. Schaustellerbetriebe bereichern unsere Freizeitkultur und sie tragen dazu bei, dass unsere Städte und ländlichen Regionen attraktiver werden.

Die einzelnen Punkte in dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN greifen wir gerne auf. Sie sind zum Teil kompliziert; sie betreffen unterschiedliche staatliche Ebenen. Es ist schon gesagt worden, dass auf Bundesebene zurzeit durchaus erfolgversprechende Gespräche darüber laufen, einiges zu ändern. Im Übrigen sind in der schleswig-holsteinischen Landesregierung unterschiedliche Ressorts betroffen, wie Sie wissen: der Kollege Buß, soweit es um die Feiertagsregelungen geht, die Kollegin Franzen, wenn es um Tourismus geht, die Kollegin Erdsiek-Rave, bei der Berufsschulpflicht. Bei einigen Punkten ist der Wirtschaftsminister angesprochen. Ich will an dieser Stelle nur auf die Punkte eingehen, die das Wirtschaftsministerium betreffen.

Bei den **Ausnahmegenehmigungen** für Schaustellert Transporte gibt es in Schleswig-Holstein bereits großzügige und unbürokratische Verfahren. Allerdings würden wir, über den Antrag hinausgehend, gemeinsam mit dem Bund versuchen, diese **Transporte** generell vom Sonn- und Feiertagsverbot freizustellen.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Sie sehen, Herr Kubicki: Es gibt auch in Ihrem Antrag einige Punkte, die wir sehr konstruktiv aufgreifen, sodass wir diese im Ausschuss vertiefen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar! Ich wollte noch auf Folgendes hinweisen: Frau Spoorendonk hat eben geklatscht! Sie scheint es nicht verstanden zu haben! - Heiterkeit)

Auch bei der Verlängerung der Frist für Sicherheitsüberprüfungen von Fahrzeugen von sechs auf acht Monate sind bereits Ausnahmen möglich. Bei den Gesprächen mit der Deutschen Bahn zur Übernahme regionaler Strecken werden wir auf die besonderen Bedürfnisse der Schausteller drängen. Voraussetzung ist allerdings Klarheit über die absolut notwendigen Verladestellen. Die Finanzierbarkeit wird hierbei natürlich eine Rolle spielen.

Schließlich: Eine Anhebung der Gestehungskostenobergrenze für Warengewinne in der Spielverordnung des Bundes wird von mir ebenso unterstützt wie die anderen gewerbe- und gaststättenrechtlichen Forderungen, die wir im Ausschuss vertieft diskutieren können.

Das Thema ist es wert; denn auch die Tourismusregion Schleswig-Holstein nutzt in diesem Bereich noch nicht alle Chancen. Sie können davon ausgehen, dass die Landesregierung die Möglichkeiten nutzen wird und sich auf Bundesebene in den Gesprächen für diese Punkte einsetzt.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen

Damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:14 Uhr